

wildcat

Zirkular Nr. 25

Mai 1996



Inhalt

● Editorial	3
● Zur Aktualität von Gewerkschaftskritik	5
● Sturmwarnung (Dezemberbewegung in Frankreich)	7
● Österreich – Massenbewegung gegen Euromonetarismus	27
● Die CUT am Wendepunkt	35
● They Won't keep on Truckin' (LA)	42
● Neues vom Bau:	47
Zwei Artikel aus der »neue ArbeiterPresse«	
Skandal um einen rassistischen Brief	
IG-BAU-Demo in Magdeburg	
Aktionen gegen Razzien (Wuppertal, Hamburg)	
● Flugblatt und Bericht aus Bielefeld	58
● Welt in Umwälzung	60
● Im Jahr III des zapatistischen Aufstands	67
● NS-Massenvernichtung, Antisemitismus und sozialer Antagonismus	78

kontakte

Ost: Sisina, Postfach 360 527, 10975 Berlin
Tel.: 030/612 1848 (jaa@wildber.snafu.de).

West: Sisina, Postfach 301 206, 50782 Köln
(wildcat@link-lev.dinoco.de).

Süd: Wildcat, VK Linkes Ufer 20-24, 68159 Mannheim
Tel: 0621/657746 Fax: 0621/657747
Wildcat, Postlagerkarte 17 26 49 E, 79001 Freiburg
(a.murillo@landbox.bawue.cl.sub.de)

Nord: Wildcat, Postfach 306 325, 20354 Hamburg

abos

Wer an der Diskussion teilnehmen will, soll das Zirkular abonnieren. Einzel exemplar 5 DM, 6 Ausgaben 30 DM. Schriftliche Bestellungen an Sisina, Berlin (s.o.) und Überweisung an Sisina GbR, Kto.-Nr. 315 02-109, Postbank Berlin, BLZ 100 100 00.
V.i.S.d.P. ist P.Müller

Editorial

Wie ihr seht, erscheint dieses Zirkular deutlich verspätet; wir sind vom monatlichen Rhythmus etwas abgekommen. Ein Grund dafür liegt darin, daß wir uns in der Westredaktion ausführlicher mit den Überlegungen zur fehlenden Diskussion im letzten Editorial beschäftigt haben. Am Anfang stand daher die Frage, klatschen wir als Redaktion einfach nur alle eingegangenen Texte zusammen, oder diskutieren wir sie, greifen rote Fäden der Diskussion auf und machen sie kenntlich. Das würde auch bedeuten, nicht nur abzuwarten, daß Leute etwas schicken (was ohnehin selten geschieht!), sondern in den Gruppen oder bei Einzelpersonen nachzufragen, ob sie sich an bestimmten Diskussionssträngen beteiligen. Wir haben daher gründlicher über die Beiträge in diesem Zirkular diskutiert und eigene Texte dazu geplant. Dies umzusetzen ist uns nicht an allen Punkten gelungen – zumal die Verstreutheit der Westredaktion über vier Städte die Diskussion erschwerten

Im einzelnen haben wir länger über das Verhältnis zwischen den beiden kritischen Texten im Zirkular 22 zur EZLN (von Sylvie Deneuve/Charles Reeve und von der griechischen Genossin Katerina) und der hier abgedruckten Einschätzung von »Land und Freiheit« diskutiert. Offensichtlich ist, daß die Texte sich an verschiedene Adressaten richten. Während die Kritiken im Zirkular 22 sehr genau nach dem revolutionären Charakter der EZLN fragen bzw. diesen in Zweifel ziehen, kämpft die Einschätzung von »Land und Freiheit« darum, überhaupt erst einmal die EZLN in einen revolutionstheoretischen Gesamtzusammenhang einzuordnen - was hierzulande keine Selbstverständlichkeit mehr ist. Er richtet sich an ein breites Spektrum von »Solidaritätsgruppen«, die in den seltensten Fällen ihre Unterstützung für die Kämpfe in Chiapas mit einem revolutionären Gesamtanspruch auch hier verbinden. Dadurch geht er aber an einigen Punkten zu glatt und blumig über Probleme und Fragen hinweg, die von Deneuve/Reeves und Katerina aufgeworfen werden. Mit unsere eigenen Diskussion sind wir an diesem Punkt stecken geblieben, sie soll aber weitergehen.

Der Text von Charles Reeve zur Bewegung in Frankreich, »Sturmwarnung«, ist nach den Texten von Martin und von Nicole in den Zirkularen 23 und 24 der dritte Text zu der Dezemberbewegung. Sicherlich behandelt er diese Bewegung auf einer ganz anderen Ebene als Nicole, die die Eindrücke aus dem Inneren der Bewegung heraus zusammenzufassen versucht, grundsätzlichere Fragen z.B. nach der Rolle der Gewerkschaften oder dem Nationalismus aber ausspart. Im Verhältnis zum Text von Martin sind Widersprüche deutlicher, da Reeve vor einem positiven Bezug auf die »Anti-Maastricht«-Tendenzen im Streik warnt.

Zu dem Text von Reeve, einem Artikel aus dem NACLA-Report über den Bürokratisierungsprozeß in der brasilianischen CUT, einer Übersetzung aus »Los Angeles View« über die gewerkschaftliche Organisation von prekarierten

Migranten, Kurzberichten zu Entwicklungen auf dem Bau, einem Überblick über die hier fast kaum bekanntgewordene Bewegung gegen Sozialkürzungen in Österreich und einem kurzen Bericht und Flugblatt aus Bielefeld hat einer aus der Redaktion eine Art Einleitung (»Zur Aktualität der Gewerkschaftskritik«) geschrieben, die auch noch einmal den Zusammenhang zur Diskussion um die Thesen von Karl Heinz Roth herstellt.

Da wir innerhalb der Westredaktion diese Diskussion erst ansatzweise begonnen haben (der Text von Reeve lag zum Beispiel zu spät in Übersetzung vor), sie aber wichtig finden, wollen wir bei den nächsten Treffen das Thema »Syndikalismus« gründlicher angehen. Als Einstieg dient uns ein Überblicksaufsatz über revolutionären Syndikalismus aus der Zeitschrift »1999« Nr. 3/90. (Es wäre gut, wenn auch andere Gruppen öfter über ihre aktuellen und geplanten Diskussionen berichten würden!)

In Köln haben wir uns anlässlich einer geplanten Veranstaltung zum »Bündnis für Arbeit« die Geschichte der Gewerkschaften an den sogenannten Wendepunkten 1933 und 1945 angesehen und versuchen, den Zusammenhang der damaligen gewerkschaftlichen Politik zum allgemeinen Charakter von Gewerkschaft und ihrem Verhalten zur Arbeit herauszuarbeiten. Interessanterweise gab es nicht nur Verbindungslinien zwischen dem ADGB der Weimarer Republik und der »Deutschen Arbeitsfront«, sondern auch Versuche führender Gewerkschaftsvertreter, nach 1945 die »positiven Aspekte« der DAF in die Neubildung des DGB einzubringen. Der Charakter der DAF als zwangsstaatlicher Einheitsorganisation mit größerer Kontrolle über ihre Mitglieder, entsprach durchaus dem – auch von Linken stets verteidigten – Ziel der »Einheitsgewerkschaft«. Die üblichen Mythen über »Zerschlagung« des ADGB und freiheitlichen Neuaufbau nach 1945 aufzubrechen (was mittlerweile in Gewerkschaftspublikationen unter der Rubrik »Geschichte« zugelassen wird), ist kein Selbstzweck, sondern soll in der aktuellen Debatte um »Bündnis für Arbeit« eine grundlegendere Kritik an gewerkschaftlicher Organisation und Verteidigung »sozialstaatlicher Errungenschaften« verdeutlichen. Was heute auf der Tagesordnung steht, ist eine radikale Front gegen die Arbeit, da sich nur so die nationalistischen und reformistischen Fallgruben der aktuellen Mobilisierungen gegen den »Sozialabbau« vermeiden lassen (dazu mehr im nächsten Zirkular).

Den Text »Welt in Umwälzung« haben wir erst kurz vor Fertigstellung bekommen. Er setzt die »Vorschläge zu Wiederbelebung der Diskussion« aus dem letzten Zirkular fort und sollte in diesem Zusammenhang gesehen werden. Über den Text aus Freiburg zu Zygmunt Bauman konnten wir auch nicht mehr diskutieren.

In der Hoffnung, das Zirkular in Zukunft stärker zu einem Diskussionsorgan entwickeln zu können, wünscht die Westredaktion eine heiße Mai-Sonne ... 🖱️

Zur Aktualität von Gewerkschaftskritik

Gewerkschaften befinden sich überall in den industrialisierten Ländern unübersehbar in der Krise. Ihre Mitgliederzahlen sinken, ihr Einfluß auf den Verlauf sozialer Konflikte geht zurück, Kapital und Staat scheinen auf ihre Rolle als »nützliche Idioten« verzichten zu wollen. Von einem revolutionären Standpunkt aus könnten wir das Problem der gewerkschaftlichen Organisation damit als erledigt betrachten und uns den »eigentlichen« Klassenkämpfen zuwenden. In gewisser Weise ist dies auch die Haltung, die in einigen Beiträgen zu unserer politischen Diskussion eingenommen wird.

Mit dem Vorschlag zu einem »Bündnis für Arbeit« scheinen sich die Gewerkschaften hier endgültig blamiert zu haben. Opposition keimt auf, selbständiges Handeln außerhalb und unabhängig von Gewerkschaften ist auch bei vielen Gewerkschaftslinken angesagt. Tatsächlich funktioniert aber gerade diese Kritik und die Hoffnung auf neue Kämpfe gegen den Sozialabbau als Bekräftigung gewerkschaftlicher, oder syndikalistischer, Grundgedanken. (Das Schielen hiesiger Linker auf den Erfolg der innergewerkschaftlichen Oppositionsströmung in den USA unterstreicht dies.) Aus zwei wesentlichen Gründen: 1. weil die Kritik an den existierenden Gewerkschaften mit keiner grundlegenden Analyse des Charakters von Gewerkschaft verbunden ist, 2. weil die politischen Lösungsorientierungen der Linken daher weder den gewerkschaftlichen noch den staatsorientierten Rahmen verlassen.

In revolutionär orientierten Diskussionen wird gerne statt gewerkschaftlich »syndikalistisch« gebraucht, womit das Problem nur vernebelt wird. Im der französischen politischen Sprache hat »syndikalistisch« immer eine doppelte Bedeutung: gewerkschaftlich im üblichen Sinne, und als Charakterisierung eines historischen Konzepts revolutionärer Gewerkschaft im Unterschied zur politisch-ökonomischen Aufgabenteilung zwischen Partei und Gewerkschaft. Karl Heinz Roth spricht daher von »revolutionär-syndikalistisch« (280). Wie schwierig es ist, diese Gegenüberstellung durchzuhalten zeigen die Widersprüche, bei denen er eingestandenermaßen bleibt: einerseits die reale Verbürokratisierung aller neuen Gewerkschaftsansätze (252f.), andererseits der Bezug auf diese Bewegungen als ein Moment des neuen Klassensubjekts (259ff.). Die gewerkschaftliche Tendenz scheint unerbittlich zu sein.

Eine zusätzliche Schwierigkeit liegt darin, daß Gewerkschaft und ihre Publikationsmöglichkeit oft der einzige Informationszugang ist, da sie über die Mittel verfügen und mit einer internationalen Informationsbourgeoisie (zu der viele Linke gehören) zusammenarbeiten kann. Wir wissen nur zu gut, wie oft die wirkliche Geschichte von Kämpfen ungeschrieben bleibt und in grotesken

publizistischen Verdrehungen endet. Bei Berichten wie dem über die LKW-Fahrer in LA oder denen aus Asien muß uns dies stets bewußt sein.

Auf »Syndikalismus« beziehen sich alle Versuche, den existierenden Gewerkschaften bessere, revolutionäre entgegensetzen. Dabei wird behauptet, in der Geschichte seien so unterschiedliche Dinge mit dem Begriff »Gewerkschaft« bezeichnet worden, daß sich allgemein nichts über sie sagen ließe, daher auch eine historische Offenheit für neue, gewerkschaftliche Organisationsansätze bestehe (siehe G. Soriano in Wandlitz-Reader III). In der Regel sind Begriffe keine Maskerade, sondern meinen etwas Identisches. Möglicherweise liegt es bei Gewerkschaft in einem Moment, das oft als nebensächlich gegenüber politischen und historischen Prägungen gewertet wird, nämlich in dem bloßen Fakt des abgeschlossenen oder angestrebten Vertrages. Das Moment des Vertrags enthält nämlich bereits vieles, was oft erst als nachträgliche Integration oder Bürokratisierung dargestellt wird und Rätsel aufgibt. Ein Vertrag unterstellt bereits den Bezug auf die staatliche Gewalt als rechtliche Absicherung und damit das Bestreben nach Anerkennung als kollektives Rechtssubjekt durch den Staat. Ebenso schließt ein kollektiver Vertrag von vornherein »Demokratie« aus; das Kollektivsubjekt Gewerkschaft muß den Vertrag auch gegen das einzelne Mitglied durchsetzen, sprich seine Erfüllung des Vertrags (= Arbeiten!) garantieren. Gegenüber diesem banalen Fakt ist alles Grübeln über innergewerkschaftliche Demokratie müßig. Der schon im Vertrag enthaltene Bezug auf den Staat bedeutet den Bezug auf einen territorialen (d.h. Grenzen absteckenden) und nationalen (d.h. Staatszugehörigkeit definierenden Staat). Gewerkschaftlicher Internationalismus erscheint schon von daher ein Widerspruch in sich. Das wäre auszuführen, wobei es nicht um abstrakte Ableitung historischer Besonderheiten geht, sondern darum, die inneren Grenzen *jeden* gewerkschaftlichen Ansatzes klarzumachen.

Wie fatal das linke Festhalten (bzw. erneute Interesse) an der Staatsorientierung ist, können wir an der Diskussion über die Bauarbeit beobachten. Auch hier geht es nicht um einen besonderen deutschen Charakter von Gewerkschaft oder einen auf sie überschwappenden Rassismus, sondern die rassistischen und nationalistischen Erscheinungen sind dem Wesen von Gewerkschaft eingeschrieben. In seiner Analyse der Dezemberbewegung in Frankreich rückt Reeves zu Recht die Frage der nationalistischen Orientierung einer Bewegung, die »ihren Sozialstaat« verteidigt, in den Mittelpunkt, wobei er nicht schwarz-weiß malt, sondern die verwirrende Widersprüchlichkeit der Bewegung betont. Das trübt die Hoffnung, in Frankreich die Lösung für die deutsche Misere zu finden, aber es macht aufmerksam auf die Fallgruben. Mit dem Abarbeiten an »Maastricht« haben wir keinen Blumentopf zu gewinnen, die Frage »Europa – ja oder nein?« ist so falsch gestellt wie die nach »Abbau oder Erhalt des Sozialstaats«. Bewegungen wird es hier in der nächsten Zeit ohnehin geben, gerade deswegen sollten wir jetzt unsere Argumente präzisieren. ■

F./Köln

Sturmwarnung

Anfang Dezember 1995 konnte man Angst, Resignation und Passivität für die meistverbreiteten Empfindungen und Verhaltensweisen in der französischen Gesellschaft halten. Die repressive Politik der Regierung im Anschluß an die befremdende Kampagne terroristischer Attentate kann so interpretiert werden, daß sie darauf gerichtet war, den Konsens um den Staat zu stärken. Die Zeiten sind vorbei, in denen der Kapitalismus die Orientierungspunkte setzte für eine Integration des Proletariats – Lebensweise und Set von Verhaltensweisen –, die den Kohl für die reformistischen Organisationen fett machten. Seit Jahrzehnten festigt der Geleitzug von Elend, Ausschluß und Gewalt das Gefühl der Unsicherheit in der Welt der Lohnarbeit. Das Handeln von Parteien und Gewerkschaften war folgenreich. Delegation der Verantwortlichkeiten, patriotischer Kult und fremdenfeindliche Praktiken, Gehorsam gegenüber den Chefs und Glaube an das System schufen schließlich verantwortungslose und unterworfenen Wesen, die wie gelähmt den Verödungen durch die Wirtschaftskrise ins Auge sehen. Und die Summe all dieser Frustrationen, Egoismen und Individualismen erschien als Rohmaterial einer autoritären gesellschaftlichen Mentalität die nach Ordnung und Sicherheit verlangt.

Da stehen wir nun mit unseren sachkundigen Überlegungen, die zwischen Militärs im Drill und Gendarmen an der Lafette mit sonnenverbrannten Gesichtern umherziehen, denn was die Wirklichkeit bringen wird, ist nicht abzusehen. Der Streik im öffentlichen Dienst hat sich wie ein Lauffeuer ausgebreitet und das Land paralyziert. Er macht die explosiven Gasflaschen vergessen und die rassistischen Razzien in Bahnhofshallen, Straßen und Metro-Stationen. Innerhalb weniger Tage sollte ein Klassenkonflikt alle anderen Konflikte und Probleme der Gesellschaft überlagern.

Hier machen wir eine erste Feststellung. Der Zustand der Machtbeziehungen zwischen den Klassen kann nie allein von den oberflächlichen, sichtbaren Formen der sozialen Unterwerfung aus gemessen werden. Sobald es sich um Klassensituationen handelt, ist niemals etwas erstarrt, alles ist möglich, auch das Unvorhersehbare. Ein machtvoller Kampf kann die Mauer der gesellschaftlichen Resignation aufreißen. Kollektive Fähigkeiten, die man für eingeschlafen und eingekerkert hielt, werden nun am großen Tag freigesetzt. Aber die von uns festgestellte soziale Unterwerfung und Passivität waren nicht nur eine theoretische Konstruktion. Sie waren auch Ausdruck dieser Machtbeziehung.

Diese Bewegung hat zahlreiche Fragen aufgeworfen. Welche Macht hat zehntausende von Arbeitern mobilisiert, Millionen Menschen, Junge, ArbeiterInnen, Arbeitslose und Rentner auf die Straßen der französischen Städte getrieben?

Warum sind sie aus der Lethargie und Resignation aufgewacht, auf die sie sich seit Jahren beschränkt hatten? Wie ist ihr Selbsterhaltungstrieb erwacht angesichts einer Bourgeoisie, deren Arroganz grenzenlos schien? Die folgenden Kommentare stellen einen Versuch dar, die Ereignisse und Erlebnisse zu verstehen. Kollektive Aktionen bieten die Gelegenheit, zu einem wirklichen Verständnis der Gesellschaft zu kommen. Eine soziale Bewegung dieses Ausmaßes ist die Möglichkeit auszuprobieren, ob ein Analyseschlüssel taugt oder abgelehnt oder gegebenenfalls revidiert werden muß. In diesem Text werden wir nicht auf die Chronologie des Streiks und seinen Ablauf zurückkommen. Gleichfalls werden wir nicht auf die Formen und Ziele der studentischen Agitation eingehen, die dem Streik im öffentlichen Dienst voranging. Uns interessieren insbesondere bestimmte Aspekte der Bewegung: die Rolle der Gewerkschaften, die Verbindung zwischen gesellschaftlicher Krisenstimmung und kollektiver Aktion, die politischen Auswirkungen des Streiks und das Auftauchen des Arbeiterinternationalismus als vereinigende Kraft des Kampfes.

I.

Das grundlegende Prinzip der Arbeiteraktion ist die Organisation. Gestern wie heute, wie auch immer die Arbeiterklasse zusammengesetzt sein mag, ohne Organisation geht nichts im Kampf gegen den Kapitalismus. Deshalb ist es wichtig, über die Rolle der Gewerkschaften in der Bewegung im Dezember '95 zu diskutieren. Dieser Streik wurde von den gewerkschaftlichen Organisationen angeführt und zwar ohne offenen Konflikt mit der Aktion der Arbeiter. Eine vielleicht störende Feststellung angesichts der Tatsache, daß sich alle großen Kämpfe der letzten Jahrzehnte in Opposition zu den Gewerkschaftsapparaten entwickelt und unabhängige gewerkschaftliche Strukturen neuen Typs hervorgebracht hatten: die Koordinationen.¹ Deren Abwesenheit sahen einige sofort als Beweis für die »Rückkehr der Gewerkschaften«, als »Rehabilitation des Syndikalismus«, kurz, als Widerlegung der Gewerkschaftskritik, bei der es sich um »*modernistische Theorien, die in den letzten Jahren durch die Pariser Salons geisterten*«, gehandelt habe. Auf diese billig Weise wollten sich als erste natürlich diejenigen beruhigen, die ihre Fleischtöpfe verteidigen mußten.² Andere, die einen opportunistischen Standpunkt einnahmen, meinten, das Problem habe

¹ Es ist eine symbolträchtige Tatsache, daß der Streik vom Dezember '95 bei den Eisenbahnern des Gare du Nord in Paris begann, dort wo 1986 eine der ersten Koordinationen gebildet worden war.

² »Die Rückkehr der Gewerkschaften«, Jean-Louis Mourgue, Sekretär der FO-PTT, in: *Maintenant*, 20. Dezember 1995.

sich in der Praxis gar nicht gestellt; daher sei es verfrüht – darüber hinaus unnötig und schädlich –, die Frage prinzipiell anzugehen. In welchem Maß sind die Gewerkschaften im Takt mit der Bewegung geblieben? Wäre die traditionelle Form von Gewerkschaft in einem von den Arbeitern selbst geführten Kampf nicht unausweichlich überholt worden? Kann man ernsthaft behaupten, daß die Erfahrung von fast einem Jahrhundert kapitalistischer Integration der gewerkschaftlichen Organisationen allein durch diesen einen Streik weggewischt worden ist?

Der Streik vom Dezember 1995 war gleichzeitig vorbereitet und spontan. Seit dem Sommer hatten die Gewerkschaftschefs, »*mehrmals vom Premierminister konsultiert, vor sozialen Spannungen gemahnt, von denen sie Kenntnis erhalten hätten*«. ³ Da ihnen klar war, daß die Regierung entschlossen war und ihre Warnungen ignorieren würde, hatten die Gewerkschaften ihre Basis (bei den Eisenbahnen und dem öffentlichen Nahverkehr) auf eine Aktion gegen die Streichung der besonderen Rentenregelungen in diesen Bereichen vorbereitet. Die Verallgemeinerung der Bewegung, die Überwindung des korporatistischen Rahmens waren jedoch im Programm nicht vorgesehen; sie waren das Ergebnis der Entscheidungen und der Aktion der Basis. Deshalb wäre es korrekter, von einer unerwarteten als von einer spontanen Bewegung zu sprechen, in dem Sinne, daß diese Explosion in einem Zustand der latenten Revolte stattfand. Vom Beginn bis zum Ende des Streiks sind die Gewerkschaftsapparate den Aktionen der Streikenden gefolgt, ja, sie haben sie sogar begleitet. Sie sind auf einer Grundwelle gesurft, die sie nicht immer meisterten, aber von der sie niemals wirklich überholt wurden.

Es wurde gesagt, die Gewerkschaften hätten ihre Lektion aus den vorangegangenen Jahren und dem Auftauchen der Koordinationen gelernt. Die Entwicklung neuer gewerkschaftlicher Strukturen (wie SUD), die mehr Basisdemokratie forderten, die relative, aber unstrittige Erneuerung der anarcho-syndikalistischen Strömung (die CNT) sind deutliche Zeichen für die tiefe Krise des französischen Syndikalismus und Ausdruck einer neuen Phase von Selbstorganisation. Die Epoche ist zuende, in der man auf die Demokratisierung der großen Gewerkschaftszentralen setzte. Heute verlassen die aktivsten Militanten die alten Gewerkschaften, um sich in neuen Strukturen neu zu gruppieren oder um solche zu schaffen. Was auch immer einige Bürokraten über den Schrumpfungsprozeß denken mögen: die Krise der Gewerkschaften ist keine Idee, die in den Pariser Salons entstand, sie ist gelebte Wirklichkeit in den Betrieben. Zu diesem Zeitpunkt von der Krise des Syndikalismus zu sprechen, ist zur Banalität vom Bistrotresen geworden. Hellsichtige Politiker sind beunruhigt, die Gewerk-

³ *Le Monde*, Paris, 21. Dezember 1995.

schaftsführer sind erschrocken, vom Staat bezahlte Forscher machen ihre Studien. Wenn man so wie wir denkt, daß die Funktion der Gewerkschaften in der modernen Welt die eines Regulators der kapitalistischen Produktion ist, dann hat man da eine Fährte, um die Natur des Übels zu erkennen. Über seine Kämpfe in der Vergangenheit hat der Syndikalismus die Bedingungen eines »normalen Kapitalismus« aufgezwungen und das Willkürliche und den Mißbrauch des wilden Kapitalismus zerschlagen. Er hat die Arbeiter integriert, indem er ihnen die Verbesserung der Lebensbedingungen versprochen hat und es so dem Kapitalismus ermöglicht, über eine weniger erschöpfte, zufriedenerere und produktivere Arbeitskraft zu verfügen. Wie drückte es nach den großen Streiks 1936 ein Führer der französischen reformistischen Strömung aus: *»Hier beginnt die Ära der direkten Beziehungen zwischen den beiden großen organisierten Wirtschaftsmächten im Land.«*⁴ Heute ist diese wesentliche Funktion des Syndikalismus durch die Krise des Systems selbst bedroht. In einem kapitalistischen System, das am Ersticken ist, können die Lohnerhöhungen nicht mehr wie in der Vergangenheit durch Produktivitätszuwächse absorbiert werden. Die Gewerkschaften sind nicht mehr in der Lage, wie früher den »sozialen Fortschritt« auszuhandeln. Die Produktivitätsgewinne werden vor allem über eine Intensivierung der Arbeit, Stellenstreichungen und steigende Arbeitslosigkeit erreicht; durch einen allgemeinen Tiefstand der Löhne wird die Ausbeutung intensiviert. Kurz, die Zusammenarbeit zwischen den »beiden großen Wirtschaftsmächten« kann sich nicht mehr auf die wirtschaftliche Expansion stützen; das unmittelbare Interesse der Ausgebeuteten wird immer weniger gleichgesetzt mit dem allgemeinen gesellschaftlichen Interesse. Und die Gewerkschaften garantieren den Verfall der Arbeits- und Lebensbedingungen, verbürgen sich für den Tiefstand der Löhne und die Schnitte in den Sozialleistungen, die lange Zeit einer der Stützpfiler für die Bindung der Arbeiter ans System waren; die berühmten »sozialen Errungenschaften«, von denen man am Ende glaubte, sie würden ewig währen.

Der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist heute in Frankreich einer der niedrigsten in den Industrieländern. Die Gewerkschaftsbeiträge gehen sogar noch schneller zurück als in den Leitländern der neoliberalen Politik.⁵ Diese Prozentzahlen sind natürlich kein exakter Maßstab für die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaften bei den Lohnabhängigen. Ihre tatsächliche Glaubwürdigkeit beruht auch auf einem individuellen Gebrauch der Gewerkschaft, sie werden als soziale

⁴ Jouhaus, Rede, 6. Juni 1936.

⁵ In Frankreich liegt der gewerkschaftliche Organisationsgrad bei neun Prozent (Privatsektor und öffentlicher Sektor zusammengenommen). Innerhalb von zwanzig Jahren ist er um zwanzig Prozentpunkte gefallen, während er in Großbritannien um sechs Prozentpunkte und in den USA um sieben Prozentpunkte zurückgegangen ist.

Einrichtungen oder Rechtsbeistände betrachtet. Auch wenn die massenhafte Ablehnung der Gewerkschaft offensichtlich nicht auf einer radikalen Kritik an ihrer Funktion beruht, so enthält sie doch einige Elemente einer solchen Kritik. Der durch die Krise vorangetriebene Individualismus und die neuen Arbeitsbedingungen können diese Veränderung in Frankreich nicht ausreichend erklären. Denn dieselben Bedingungen existieren auch in anderen Gesellschaften, in denen es nicht zu einer derart rasanten Entwertung der Gewerkschaften gekommen ist. Woran es auch liegen mag, die Folgen für die Funktion dieser Apparate und für ihre Funktion innerhalb des Systems sind enorm. Der Zusammenbruch der sozialistischen Ideologien hat die Gewerkschaftsarbeit deutlich geschwächt. Die militante Basis der Gewerkschaften ist auf ein Häuflein Gläubiger zusammengeschrumpft, unter denen sich außer den letzten Überlebenden der Kommunistischen Partei militante Trotzlisten und Libertäre befinden. Zum ersten Mal in der Geschichte der französischen Gewerkschaftsbewegung haben letztere eine Bedeutung bekommen, die weit über ihre soziale Verankerung hinausgeht. Viele ehemalige Aktivisten der Koordinationen sind zu Militanten eben der Gewerkschaften geworden, gegen die sie noch vor zehn Jahren gekämpft haben. Diejenigen, die vorher eine gewerkschaftliche [syndikalistische] Kritik an den »integrierten« Gewerkschaften geäußert haben, sind in dieselben Gewerkschaften integriert worden. Dies wirft ein neues Licht auf die Natur der Koordinationen. Was diese Militanten kritisierten, war nicht die Funktion der Gewerkschaft innerhalb des Systems, sie stellten auch nicht die Notwendigkeit von Verhandlungen und Kompromissen in Frage. Ihre Proteste richteten sich gegen die bürokratischen Methoden dieser Verhandlungen und die ungünstigen Bedingungen für Kompromisse. So wäre also das große Mysterium der gewerkschaftlichen Erneuerung in Frankreich aufgedeckt! Wir haben in den letzten Jahren mehr als die Transformation der Gewerkschaften erlebt, nämlich die Transformation ihrer gewerkschaftlichen Basis. Eine neue Schicht von Aktivisten hat gerade die alten Strukturen dynamisiert und ihnen ein demokratischeres Funktionieren beigebracht. Paradoxerweise wird der Syndikalismus um so mehr von der kommunistischen und anarchistischen extremen Linken verteidigt, je wirkungsloser er in den Augen der Arbeiter erscheint. Die gewerkschaftliche Praxis an der Basis ist zum militanten Rückzugsgebiet dieser Milieus geworden, und das Wort »Linker« heute fast zum Synonym für Gewerkschafter. Es ist leicht nachvollziehbar, warum die Gewerkschaftsbürokratie bestimmter Dachverbände (insbesondere der CGT, aber auch der FO) so viel Toleranz gegenüber diesen Aktivisten übt, die sie jahrelang beharrlich mit aller Gewalt verfolgt hatten. Es geht um das Überleben ihrer Institutionen, die von der großen Masse der Arbeiter verlassen werden, also um ihr eigenes Überleben. Als sich die Bonzen vorsichtig zur Abwesenheit der Koordinationen beglückwünschten, wollten sie damit ihr Image aufpolieren und ihre Kontrolle über die Bewegung

beweisen. Dabei haben sie sorgsam verschwiegen, daß die Ex-Mitglieder der Koordinationen zu ihrem eigenen Fußvolk geworden sind. Das Fehlen von Koordinationen beweist nicht, daß die Gewerkschaftsapparate heute stärker sind, sondern ganz im Gegenteil ihre größer gewordene Schwäche. Die Koordinationen waren eine zeitlang der organisierte Ausdruck der Krise der französischen Gewerkschaften; denn die Apparate hatten geglaubt, sie könnten sich dem Druck der Basis und den Bestrebungen nach mehr innergewerkschaftlicher Demokratie widersetzen. Heute können sich die Gewerkschaftschefs nicht einmal mehr widersetzen. Sie sind zur Tolerierung dieser Strömungen gezwungen, weil nur noch sie die gewerkschaftliche Basisarbeit aufrechterhalten können.

Im Zusammenhang mit einer solchen Abwesenheit des Konflikts zwischen den Apparaten und den Arbeitern wurde vom »Arbeitergebrauch der Gewerkschaft« gesprochen. Die Formel wurde unter anderem von den Strömungen der italienischen Autonomie in den 70er und 80er Jahre benutzt. Sie bezieht sich auf eine durchaus diskussionswürdige Konzeption der Gewerkschaftsfrage. Dieser Konzeption zufolge könne eine Arbeiterorganisation antagonistische Inhalte annehmen, wenn entsprechende politische Machtbeziehungen im Klassenkampf existieren. Von diesem Verständnis her wären die Organisationsformen quasi neutral. Die Arbeiteraktion »verläßt« die Gewerkschaft und das Kapital geht in die »Offensive«, um einen »Anti-Arbeiter-Gebrauch« von derselben Gewerkschaft zu machen. Nun ist es aber gerade die Glaubwürdigkeit der Gewerkschaft bei den Arbeitern, die einen kapitalistischen Gebrauch der Gewerkschaft erlaubt. Die Gewerkschaft kann innerhalb des Systems nur funktionieren, wenn sie tatsächlich unter den Arbeitern verankert ist. Die Macht der Gewerkschaft als eine (vom Kapitalismus anerkannte) Institution zur Regulierung des Arbeitsmarkts ist selbst das Resultat des Klassenkampfes und der Arbeiteraktion. Mit den Worten eines unerbittlichen Antikapitalisten aus der ersten Hälfte des Jahrhunderts und eines scharfen Kritikers der integrierenden Funktion der Gewerkschaft: *»All das, was die Arbeiter an die Gewerkschaften bindet (diese Organismen, die sie selbst geschaffen, für die sie so viele Opfer gebracht, so viele Kämpfe geführt und soviel Enthusiasmus aufgebracht haben), kurz, all das, was die Gewerkschaften ihrem Herz teuer macht, macht die Arbeiter gerade auch gehorsam gegenüber dem Willen ihrer Meister.«*⁶ Anders gesagt: der »Arbeitergebrauch der Gewerkschaft« ist nicht zwangsläufig antagonistisch zum kapitalistischen Interesse. Im übrigen, und um wieder auf den Streik vom Dezember '95 zurückzukommen, schiene es korrekter, im Gegenzug von einem »Gebrauch der Gewerkschaft durch die Gewerkschaftsmilitanten« zu sprechen.

⁶ A. Pannekoek, »Arbeiterräte«, Ed. Spartacus.

Hinter der Formel vom »Arbeitergebrauch der Gewerkschaft« steckt allerdings auch eine bestimmte Vorstellung von Politik und von Autonomie. Es würde ausreichen, daß sich die Lohnabhängigen »antizipierende« oder gegen den »kapitalistischen Willen« gerichtete Ziele setzen, um die gewerkschaftliche Organisation zum Ort des autonomen Handelns zu machen. Die Autonomie wird demnach durch die Existenz eines politischen Projektes herbeigeführt, das die Arbeiterinitiative gegen die »Kontrolle durch das Kapital« mobilisieren kann. In diesem Schema bilden die ökonomischen Zyklen des Kapitals nur die andauernden Versuche des Kapitals, die Arbeiterinitiative zu schlagen, und umgekehrt [treibt die Arbeiterinitiative das Kapital immer wieder in die Krise]. »Die einzig mögliche Geschichte des Kapitals ist die Arbeitergeschichte des Kapitals«, schrieb der bekannteste Theoretiker der italienischen Autonomie.⁷ Demnach besteht die Aufgabe der Militanten der Autonomie darin, diese politische Strategie⁸ aufzubauen und voranzutreiben, die als notwendige Bedingung für die Neuzusammensetzung der Klasse auf dem Terrain des Lohns gesehen wird. Über die Endergebnisse dieser dirigistischen Konzeptionen von Politik und die erstickende Rolle dieser Strategie-Spezialisten hat die Geschichte dieses Jahrhunderts bereits ihr Urteil gefällt. Bestehen die Qualitäten einer Bewegung nicht in ihrer Fähigkeit, mit der Logik der Politik und der Ökonomie zu brechen? Wenn in den Gedanken und in den kollektiven Aktionen das Imaginäre fehlt, kann es auch keine emanzipatorischen Perspektiven geben. Genau dort befindet sich die Autonomie einer Bewegung. Von diesem Standpunkt aus besteht der einzige »Arbeitergebrauch der Gewerkschaft« in ihrer Überwindung als Organisationsform und in der Zurückweisung ihrer Funktion, den Preis der Arbeitskraft zu regulieren.

II.

Der Dezember '95 war vor allem die Wiederentdeckung des kollektiven Widerstands gegenüber den Diktaten der herrschenden Klassen und der arroganten Logik der Kapitalisten. Die Lust zum Kampf, der Stolz und die Würde haben sich über die Unterwerfung und die Angst gelegt. Die große Schwäche des Streiks wurde jedoch gerade dort sichtbar, wo seine Stärke zu liegen schien. Denn diese Schwäche bestand nicht nur darin, daß eine Ausweitung des Streiks auf den Privatsektor der Wirtschaft mißlang, sondern daß bei den Streikenden selbst das Engagement gering blieb. Sicher, überall bezog man sich ein wenig

⁷ Tronti, Arbeiter und Kapital (dtsh. Ausgabe, Frankfurt 1974; neu aufgelegt als Thekla 9, Sisina, Berlin o.J.).

⁸ »Les Ouvriers contre l'Etat – Matériaux pour une intervention«, Paris 1973.

auf die Vollversammlungen von Gewerkschaftsmitgliedern und Nichtmitgliedern, die häufig für die Teilnahme von Externen offen waren. Von Anfang an haben die Streikenden auf eine Ausweitung der Bewegung gesetzt, übernahmen Aufgaben der Agitation und Solidarität, reisten herum und führten überall dort Kampagnen durch, wo sie glaubten, andere Arbeiter zur Teilnahme an der Aktion bewegen zu können. Diese Entschlossenheit war ein Anzeichen für eine gewaltige Bewegung und drückte einen qualitativen Sprung im Vergleich zu den korporatistischen Streiks der letzten Jahre aus. Sogar nach Meinung zahlreicher Beteiligter wurden die Vollversammlungen häufig von Gewerkschaftsaktivisten mit Verbindungen zu politischen Gruppen organisiert und geleitet. Sie hatten als erste die Notwendigkeit betont, horizontale Kontakte herzustellen und die Aufspaltung in Kategorien [Berufe, Branchen usw.] zu überwinden. Bekanntlich verhindert der Bezug auf Versammlungen nicht die Anwendung manipulatorischer Praktiken und Manöver. Es ist immer wieder zu beobachten, wie sich im Rahmen einer scheinbaren Basisdemokratie der Dirigismus von aktiven Minderheiten breitmacht. Dieser Streik war ein Streik der Delegierten und politischen Aktivisten – die unvermeidliche Folge des blutleeren Zustands, in dem sich der französische Syndikalismus befindet. Die schlaffe Beteiligung der Arbeitenden am eigentlichen Streik ist der Hauptgrund für den Mangel an Phantasie [imagination] und die Abwesenheit von Gewerkschaftskritik. Die Unorganisierten – die bei den Streiks 1986 in den Koordinationen einen Ort gefunden hatten, wo sie sich äußern konnten – fehlten ebenso wie die Koordinationen. Sie konnten sich zwar in den berufsübergreifenden Stadtteilversammlungen oder auf den Demonstrationen äußern, doch es gab kaum Transparente, die auf ihre Anwesenheit aufmerksam machten. Der Streik im Dezember 1995 war eine Bewegung, in der das Phänomen der Delegation auf verschiedenen Ebenen voll ausgespielt wurde. Die Masse der Arbeitenden, die nicht streikte, hat in die Aktion der Streikenden ihre eigenen Wünsche nach Revolte projiziert. Die Streikenden wiederum haben die Leitung und Durchführung des Streiks an die Aktivisten und die [gewerkschaftlichen] Delegierten delegiert. Überhaupt war der Streik sehr wenig »praktisch«, er wurde von den Arbeitenden »konsumiert«. Sogar bei der SNCF war die Beteiligung niedriger als 1986, auch wenn paradoxerweise die Bewegung diesmal weniger korporatistisch war. Die Beteiligung der Streikenden an den Aktionen beschränkte sich auf ihre Anwesenheit bei den Versammlungen und ein paar Streikposten. Im Gegensatz dazu wurden greifbare Siege dort errungen, wo es eine starke Beteiligung der Basis gab: beim Solidaritätsstreik der Straßenbahner von Marseille (für die Gleichstellung im Status) und beim Streik in einigen Postverteilzentren (für die Festeinstellung der prekär Beschäftigten). Die soziale Emanzipation erfordert mehr als die mehr oder weniger passive Zustimmung zu einem Kampf. Um die Autonomie der Aktion, Vertrauen auf die eigene Kraft und Selbstbestimmung zu erreichen, bedarf es

mehr als der Delegation des Kampfes an die Kämpferischsten. Immer wieder gerät die Delegation in Widerspruch zur Entwicklung der Solidarität und zum Reifen der Aktion. Im Streik vom Dezember '95 hat ein Delegiertensyndikalismus den Syndikalismus der Apparate ersetzt. Dies erklärt, warum die Bewegung immer wieder mit den Entscheidungen der Apparate gleichzog, obwohl diese in den Augen der Arbeitenden ihre Bedeutung verloren haben. Es fehlte der kollektive Schwung, und der defensive Streik mündete nicht in einen offensiven Kampf. Da dieser Delegiertensyndikalismus nicht auf einer Bewegung beruht, die ihm eine wirkliche Basis geben könnte, bleibt er ohne Zukunft – ein Moment in der langsamen Agonie der alten Arbeiterbewegung.

III.

Die Stärke der Gewerkschaft dient zur Regulierung und Normalisierung der Ausbeutung. Ohne diese Kraft ist die Macht des modernen Kapitalismus nicht vollständig. Aufgrund ihrer besonderen Geschichte hat die französische Bourgeoisie die Gewerkschaften immer nur sehr zögerlich als Partner anerkannt. Obwohl im öffentlichen Sektor seit dem Zweiten Weltkrieg solche Mitbestimmungsfunktionen existieren, sind die Gewerkschaften im Privatsektor erst nach dem Generalstreik vom Mai 1968 anerkannt worden. Allerdings fand diese Anerkennung gerade in dem Moment statt, in dem die kapitalistische Dynamik außer Atem kam, und damit auch der Verhandlungsspielraum eingeschränkt wurde. Die Weigerung der französischen Kapitalisten, die Gewerkschaften als regulierende Struktur anzuerkennen, macht die Bedeutung der bürokratischen Beförderungsstrukturen verständlich. Im Gegensatz zu Gesellschaften mit einem sozialdemokratischen Modell, wo die paritätische Verwaltung überwiegt, wird die Arbeitskraft in Frankreich mit autoritären Methoden verwaltet.⁹ Mit der kapitalistischen Krise haben diese veralteten Strukturen eine neue Bedeutung bekommen. In dem Maße, wie sich Arbeitslosigkeit, Prekarität und eine grenzenlose Steigerung der Ausbeutung als die neuen Spielregeln erwiesen, wurde den französischen Gewerkschaften immer zögerlicher die vorrangige gewerkschaftliche Funktion zuerkannt – die Rechte der Arbeiter als variables Kapital zu erobern und zu verteidigen. Die jüngste Geschichte der französischen Gewerkschaften umfaßt auch die Jahre des Anwachsens der Ungleichheit und des Ausschlusses. Im Verlauf von zwanzig Jahren haben die Gewerkschaften alle

⁹ Zwischen dem Kriegsende und den 80er Jahren hat sich in Frankreich die Zahl der Vorgesetzten [cadres] verdoppelt und die der Vorarbeiter [contremaître] verdreifacht. Von 100 Beschäftigten in der Industrie sind die Hälfte nicht-gewerblich, während es in Deutschland 40 Prozent und in Italien 25 Prozent sind.

großen Kämpfe gegen die Umstrukturierung verloren. Sie haben sich der Logik untergeordnet, das System zu retten. Schließlich haben sie den (mit einem großen Generalstreik) erreichten Platz bei der Verwaltung der Lohnpolitik im Unternehmen verloren. Nachdem sie noch nie eine Rolle bei der Mitverwaltung der Arbeitskraft gespielt hatten, und verlassen von einer Basis, die sie selbst der kapitalistischen Willkür überlassen hatten, steht es sehr schlecht um die französischen Gewerkschaften. Ihre letzten Verteidigungslinien (und Finanzierungsquellen) befinden sich gerade im Öffentlichen Dienst und in ihrer Rolle als Verwalter der Sozialversicherung.¹⁰ In den öffentlichen Unternehmen leiten die Gewerkschaften noch immer mächtige Betriebsräte [comités d'entreprises], die selbst regelrechte Unternehmen mit tausenden Lohnabhängigen sind. Und schließlich stammt ein nicht zu vernachlässigender Teil der Gewerkschaftsfinanzen nunmehr aus staatlichen Hilfen und aus Zuschüssen der Sozialversicherungsinstitutionen. Wie die Kenner sagen: »Dieses finanzielle Manna (...) soll ihre Rolle als Verwalter versüßen.«¹¹

Die Krise und die Schwächung der gewerkschaftlichen Institutionen hat die Verachtung und die Arroganz der französischen Kapitalisten nur verstärkt. Der Aufstieg der Linken auf die Kommandohöhen des Staates hat diesen langen Prozeß der Schwächung der Institutionen der alten Arbeiterbewegung vollendet. Denn die Arbeiter hatten erwartet, daß die Linke das für sie tun könne, was die Gewerkschaften nicht mehr tun konnten: nämlich die Verschlechterung ihrer Lebens- und Arbeitsbedingungen aufhalten. In der Vergangenheit (1936 und in der Nachkriegszeit) waren Wahlsiege der Linken mit einer gestiegenen gewerkschaftlichen Kampfkraft einhergegangen. Nach 1981 war ein Rückgang zu beobachten. Die Zahl der Gewerkschaftsmitglieder ist in diesen Jahren (1981-1985) weiter zurückgegangen, auch als die Kommunisten in der Regierung saßen (1981-1983).¹²

¹⁰ Über 4000 Verwaltungsangestellte der Sozialversicherung sind gewählte Gewerkschaftsfunktionäre. Tausende von hinzugewählten Gewerkschaftern arbeiten im Mittelbau dieser Institutionen.

¹¹ »La CNAM a versé 180 millions de Francs aux syndicats de 1991 à 1994« [Die CNAM hat den Gewerkschaften zwischen 1991 und 1994 180 Millionen Francs gezahlt], Le Monde, Paris, 21. Februar 1996.

¹² »L'arrivée de la gauche au pouvoir accélère, en particulier, le désyndicalisation chez les ouvriers.« [Die Ankunft der Linken könnte insbesondere die Entgewerkschaftlichung bei den Arbeitern beschleunigen.] Le Monde, Paris, 19. November 1985.

IV.

Der Streik im Dezember '95 hat vor allem deshalb eine politische Dimension bekommen, weil – jenseits der spezifischen und korporatistischen Forderungen – Inhalte zur Sprache kamen, die sich der Logik des Systems widersetzen: die Zurückweisung der liberalen ökonomischen Rationalität, das Problem der Zukunft und der Jugend, sowie die wachsende gesellschaftliche Verarmung. In einer Bewegung der am meisten geschützten und am wenigsten prekären Berufsgruppen wurde die Figur des Arbeitslosen und des prekären Arbeiters als die der Zukunft anerkannt. Als in Marseille Tausende von Arbeitslosen an der Spitze der Demo gingen, konnte man spüren, daß etwas Bedeutendes geschah: daß nämlich der Kampf im Begriff war, die Arbeiter zu vereinigen, die durch die Krise getrennt worden waren. Sehr schnell hat sich dem ein Bedürfnis nach Klassenrache zugesellt. Die direkten, illegalen Aktionen haben begonnen sich auszubreiten. Die Arroganz und der Reichtum der bürgerlichen Klasse wurden ganz besonders aufs Korn genommen: Entführung von Patrons, Chefs und Politikern, gewalttätige Einbrüche in den reichen Vierteln. In der Kritik an den Privilegien witterte man einen Anflug von »französischer Revolution«. ¹³ Hier und da wurden öffentliche Dienstleistungen wieder aufgenommen und dabei die benachteiligten Schichten der Bevölkerung bevorzugt: Postanweisungen an Arbeitslose wurden verteilt, in bestimmten Stadtvierteln wurde Gas und Strom zu billigeren Tarifen abgegeben, es wurden wilde Stromabzweigungen vorgenommen, Busse wurden eingesetzt, um Demoteilnehmer zu befördern oder um Obdachlose in soziale Zentren zu transportieren. Zuweilen konnten die Gewerkschaftskader die Kontrolle über diese Aktionen behalten ¹⁴, aber öfter kam die Initiative von der Basis. Mit all ihren Beschränkungen waren diese Aktionen Träger der Zukunft und zeigten das Erwachen einer neuen Radikalität. Es gibt offensichtlich immer einen Zusammenhang zwischen den Formen und den Inhalten eines Kampfes. Alle Inhalte können sich nicht in einer gegebenen Organisationsform ausdrücken und das Auftauchen bestimmter Inhalte drängt auf das Entstehen neuer Organisationsformen. Im Dezember '95 konnten sich die radikalsten Initiativen nicht wirklich verallgemeinern und eine Massenform annehmen, weil sie ihre organisatorischen Schranken nicht überwunden haben. Die direkte Aktion und die Praktiken, bei denen Arbeitsmittel in den Dienst der anderen Arbeiter gestellt wurden, blieben durch die Gewerkschaften begrenzt. Es

¹³ So in Bordeaux, wo die Müllarbeiter die Mülltonnen aus den Armenvierteln vor der Villa des Premierministers ausgeleert und ihm vorgeschlagen haben, darin rumzuwühlen, um »zu sehen, was die Armen essen«.

¹⁴ »De l'électricité dans l'air«, Le Monde libertaire, Paris, 14. Dezember 1995.

ist aber anzunehmen, daß die Art, in der die Gewerkschaften die Einrichtung horizontaler Verbindungen, die Überwindung von Korporatismen und die Öffnung der Versammlungen nach außen begleitet bzw. sogar vorgeschlagen haben, sowohl einer Taktik des Apparats entsprach, als auch aufgrund des Drucks von der Basis zustande kam.¹⁵ Die schwache Beteiligung der Arbeiter am Streik wurde somit durch einen Rückgriff auf Hilfe von außen kompensiert, die leicht zu handhaben war, insofern sie das Verhalten der Apparate nicht in Frage stellte. Genauso lief es mit der Organisation der Demos. Diese *»Taktik der immer wiederkehrenden Demonstrationen hat zweifellos dazu beigetragen, eine wirkliche Verankerung des Streiks auf lokaler Ebene zu verhindern. Die Streikenden, die sich gerade daran gewöhnten, sich über die Branchen hinweg zu treffen und gemeinsam weitere Dienststellen und andere Unternehmen stillzulegen, wurden vor allem für die zentralen Demos mobilisiert. Nach und nach wurde die Zahl der Demonstranten wichtiger als die der Streikenden.«*¹⁶ Auf der anderen Seite bewiesen die Breite der Demonstrationen auf der Straße und die Solidarität, die die Bewegung hervorrief, daß diese politische Dimension einen Widerhall in der Gesellschaft fand. Der Leser einer offiziellen Abendzeitung faßt das in starke Worte, wenn er sich auf *»neue Bestrebungen [Aspirationen]«* bezieht, *»welche in diesem Moment der tiefen Krise entstehen: Wenn der wirtschaftliche Fortschritt nicht nur den gesellschaftlichen Fortschritt, sondern gleichermaßen alle Hoffnung auf gesellschaftliches Fortkommen im Keim erstickt, und wenn die Antwort auf diese Verzweigung (die unsrige, am extremsten angehäuft bei den Ausgestoßenen auf der Straße, in den Vorstädten und anderswo) die Verachtung ist, so könnte die Antwort auf die Verachtung blutig werden!«*¹⁷ Die herrschende Klasse und die französische Bourgeoisie haben den Hauch dieser Revolte gespürt und Angst bekommen. Nicht so sehr vor dem Streik, bei dem der Verhandlungsrahmen mit den Gewerkschaftsbossen von Anfang an abgesteckt war, sondern vor einem politischen Überschwappen, in das sich die gesamte Unzufriedenheit ergießen könnte. *»Neue Aspirationen«*, die nicht verhandelbar sind, gibt es etwas Beunruhigenderes für die Herren der Welt?

¹⁵ Eine bekannte Ausnahme: die wichtige Rolle, die eine informelle Struktur von Lehrern der nördlichen Viertel von Paris beim Ausbruch des Streiks der Pariser Lehrer gespielt hat.

¹⁶ *»Scènes de grève général en hiver«*, Le Combat syndicaliste [CNT], Paris, Januar 1996.

¹⁷ Leserbrief, Le Monde, Paris, 7. und 8. Januar 1996.

V.

Für die von der Krise niedergedrückten Arbeiter besteht die einzige Sicherheit in dem Wissen, daß die Zukunft schlechter sein wird als die Vergangenheit! Der gegenwärtige Stand des Klassenbewußtseins läßt sich in der ängstlichen Frage zusammenfassen: »Wie werden wir da rauskommen?« Man darf sich nichts vormachen. Die Antwort auf diese Frage sucht die Mehrheit der Arbeiter weiterhin im Rahmen dieses Systems. Die Perspektiven einer emanzipatorischen Alternative sind in den gegenwärtigen Konflikten grausam abwesend. Der offene Gully, zu dem die Politik geworden ist, mit ihrer Abfolge von Korruption, Privilegien, Skandalen, Ungestraftheiten, spielt sicherlich eine Rolle beim Zurückdrängen jedes Erfolgs politischer Reflexion. Dies fügt sich nahtlos an den Zusammenbruch der sozialistischen Modelle und an die Krise der alten Arbeiterbewegung an.

Waren die Unsicherheit und die Angst nicht auch in der Bewegung des Dezember '95 zu spüren? Die ausgebliebene Ausweitung des Streiks auf den Privatsektor war der sichtbarste Beweis dafür. Stellenweise, vor allem in der Provinz, gab es Solidaritätsaktionen. Aber in der Gesamtheit der großen Unternehmen gelang es selbst den militantesten Gewerkschaftern nicht, die Arbeiter zu mobilisieren. Auch ihre Beteiligung an den Demonstrationen auf der Straße blieb sehr beschränkt. Wer behauptet, die Gewerkschaften hätten die Generalisierung der Bewegung gebremst, weigert sich, den Stand der Spaltung und der Schwäche der Arbeiterklasse im Privatsektor zu sehen. Die Erklärung liegt vielmehr in der neuen Klassenzusammensetzung (charakterisiert durch die Prekarität) und im Zerbröckeln der Gemeinschaft der Arbeiter, die von der Angst vor der Arbeitslosigkeit angesteckt ist. Diesbezüglich müssen auch die verschiedenen Formen einer indirekten Unterstützung der Streikenden betrachtet werden. Es wurde viel von der Solidarität (»mit Vollmacht«) derjenigen geredet, die weitergearbeitet haben, sowie von den Netzen der gegenseitigen Hilfe, die die Nichtstreikenden auf die Beine gestellt haben. Die Existenz einer wirklichen Solidarität und einer »Zunahme an Gemeinschaftssinn« soll nicht bezweifelt werden, aber die triumphalistischen Diskurse müssen etwas relativiert werden. Zuallererst: wer nicht gegen einen Streik demonstriert, ist ihm nicht notwendigerweise wohlgesonnen! Hier hat die soziale Passivität ihr ganzes Gewicht ausgespielt. Es stimmt zwar, daß die Versuche zum Aufbau einer Anti-Streik-Front gescheitert sind, aber außer den Demonstrationen gab es keine konkreten Schritte zur Unterstützung des Streiks, z.B. Unterstützungskomitees in der Art, wie sie 1986 geschaffen wurden. Andererseits waren die, die sich in den offenen Versammlungen der Streikenden einfanden, in den meisten Fällen Militante oder Personen mit politischen Positionen. Zu den informellen Netzen gegenseitiger Hilfe drängen sich einige Bemerkungen auf. Abgesehen von den Verbindungen,

die sie zwischen den Individuen schaffen konnten, nützten diese Netze eher dem Unternehmerlager als der Gemeinschaft der Streikenden; ihr vorrangiges Ziel war es, den Leuten zu ermöglichen zu arbeiten. In dieser Hinsicht konnten die Medien es sich nicht verkneifen, den »Geist der Verantwortlichkeit« der Lohnabhängigen in diesem »schwierigen Moment« zu unterstreichen. In zahlreichen Unternehmen übernahmen die Geschäftsleitung und die leitenden Angestellten die Führung der »Bewegung«. »Die sozialen Hierarchien glätten sich, die verschmitzten Initiativen der Basis werden günstig aufgenommen. (...) In der Notsituation sind die sozialen Barrieren gefallen. Die Direktoren fahren die Sekretärinnen umher, die Meister beherbergen die Beschäftigten. Die Funktion und die Hautfarbe spielen kaum eine Rolle, sofern man solidarisch ist!«¹⁸ Diese Art, die sozialen Barrieren fallen zu lassen, ähnelt offensichtlich eher einer Stärkung des Unternehmensgeistes als einer Entwicklung von Zusammenhängen des Widerstands! Auch hier hat sich der allgemeine Druck ausgewirkt. Diese Formen gegenseitiger Hilfe waren mehr durch die Angst hervorgerufen, als durch ein wirkliches Solidaritätsgefühl gegenüber den Streikenden. Angesichts des Kräfteverhältnisses in den Unternehmen, werden viele Unternehmer die Verkehrsprobleme dazu benutzt haben, um Beschäftigte zu bestrafen oder sogar zu entlassen. Ein Beweis, sofern man ihn nötig hat, daß der Streik das Kräfteverhältnis wenig oder gar nicht verändert hat. Viele Streikende waren sich über die in vielen Privatbetrieben herrschende Atmosphäre der Angst vollkommen im klaren, aber es wurde sehr wenig über praktische Möglichkeiten diskutiert, die diese Situation hätten kippen können.

Von seinen eigentlichen Wesenszügen her ist der Streik vom Dezember '95 ein Streik französischer Lohnabhängiger geblieben, die allein Zugang zu einer Stellung im öffentlichen Dienstes haben. Die eingewanderten Arbeiter, die einen bedeutenden Sektor der Arbeiterklasse ausmachen, blieben abseits und standen außerhalb der Bewegung, wie übrigens auch die Mitglieder der neuen »gefährlichen Klasse«, die unglücklichen Bewohner der Vorstadt-Ghettos. Infolgedessen wurden alle Fragen, die mit der Einwanderung verknüpft sind, unterschlagen; genauso wie die der neuen Ausbeutungsformen oder die der Sicherheitspolitik. Dabei ist bekannt, daß die Benutzung der illegalen oder halblegalen Arbeit ein Element der neuen Klassenzusammensetzung bildet. Das Schweigen der Bewegung zu diesen Fragen ist bezeichnend, zumal alle wissen, daß Privatunternehmen und Subunternehmer, die Einwanderer ausbeuten, für die großen öffentlichen Verwaltungen arbeiten (SNCF, Post, RATP, EDF/GDF). Das Funktionie-

¹⁸ »L'inéfinissable légèreté des Parisiens solidaires par temps de grève« [Die unendliche Leichtigkeit der solidarischen Pariser in den Zeiten des Streiks], Le Monde, Paris, 21. Dezember 1995.

ren des öffentlichen Dienstes beruht schon heute auf dieser Ausbeutung, und es wäre wichtig, endlich hervorzuheben, daß nur eine formelle Trennung zwischen Privatsektor und öffentlichem Sektor besteht. Die Streikenden des öffentlichen Sektors haben dieser Entwicklung kaum Rechnung getragen, faktisch wurde der Bruch zwischen privatem und öffentlichem Sektor nicht einmal innerhalb der großen bestreikten öffentlichen Unternehmen aufgehoben. Stellenweise (bei den Niederlassungen der SNCF und auch bei einigen Postverteilzentren) haben sich die Streikenden an die Arbeiter der Subunternehmen gewandt, wo oft eine große Unzufriedenheit herrscht. Aber in den meisten Fällen haben sie sie ignoriert.¹⁹ Die passive und distanzierte Art, in der die virtuell-proletarischen Jugendlichen der Vorstädte den Streik erlebten, läßt sich ebenfalls leicht erklären. Zum einen paßte die Lahmlegung des öffentlichen Nahverkehrs gut zu den Erfordernissen der »öffentlichen Ordnung«, da die Innenstädte dadurch von den Vorstädten isoliert wurden. Was aber noch wichtiger war und was wir nicht vergessen dürfen: für die Jugendlichen ist das Bild des Arbeiters im öffentlichen Sektor vor allem mit staatlicher Repression verknüpft. Lehrer, Sozialarbeiter, Kontrolleure, Busfahrer, Lokführer und Steuerbeamte sind für sie Hilfskräfte der Polizei.

VI.

Zur Rolle des Nationalismus in dieser Bewegung ist wenig gesagt worden. Dennoch wurde sehr beharrlich über die Verteidigung eines öffentlichen Dienstes »der französischen Art« [service public à la française] und die Verantwortung der europäischen Maastricht-Politik für die Zerstörung des Soziallohns und das Vorantreiben einer neoliberalen Politik diskutiert. Es kann jedenfalls kaum bestritten werden, daß der Nationalismus – als Ideologie – eine der vereinheitlichenden Kräfte dieser Bewegung gewesen ist. Zum ersten Mal seit dem Zweiten Weltkrieg berufen sich Gewerkschaften auf Werte der extremen Rechten, die der Front National nahesteht und die beim Streik Seite an Seite mit den Mehrheitsgewerkschaften auftraten.²⁰ Daß sich innerhalb von Arbeiterkämpfen organisierte nationalistische Tendenzen äußern, scheint von nun an unvermeidlich und

¹⁹ So ist beispielsweise kaum zwei Wochen nach dem Ende der Bewegung bei einer Putzfirma, die für die RATP arbeitet, ein harter Streik ausgebrochen. Meines Wissens haben die Gewerkschafter der RATP den kämpfenden Immigrant-Arbeitern keinerlei Solidarität entgegengebracht. *Le Combat Syndicaliste*, Paris, Februar 1996.

²⁰ So geschehen in Marseille, wo bei den Straßenbahnern die rechtsextreme Gewerkschaft CSL im Streikkomitee saß. Bei der RATP (Paris) riefen die der Front National nahestehenden unabhängigen Gewerkschaften zum Streik auf.

unumgänglich. Dazu zwei Anmerkungen: Zum einen ist es an der Zeit, sich von der sehr vereinfachenden Vorstellung zu verabschieden, Nationalismus und Fremdenfeindlichkeit würden den Arbeitern vom bösen Wolf der Front National eingetrichtert. Zum anderen davon, daß diese Werte wie Pilze aus dem Boden der Krise schießen, denn man muß sich in Erinnerung rufen, daß sie lange Zeit von genau denjenigen verteidigt wurden, die sich heute darüber beklagen. War der französische Patriotismus nicht eines der einigenden Momente der Arbeiterkultur in den glanzvollen Zeiten der Linken und der Kommunistischen Partei? Unterscheidet sich eigentlich der Arbeiter, den man heute dafür verachtet, wenn er »Frankreich« im Sinne der Front National skandiert, von dem Arbeiter, der neulich noch hinter den Fahnen des kommunistischen Frankreich marschierte? Sicher, die Zeiten haben sich geändert, aber es ist unmöglich, diese Übergänge und Verbindungen zu ignorieren. Es zeugt von einem merkwürdigen Gedächtnisverlust zu glauben, die »traditionellen Ideale von universeller Solidarität, Gleichheit und sozialer Gerechtigkeit« seien von den Organisationen der alten Arbeiterbewegung getragen wurden.²¹ Besteht da nicht irgendein Zusammenhang zwischen dem kommunistischen »Französisch produzieren!«, dem »In der Heimat leben und arbeiten« der CFDT und dem »Französisch produzieren mit den Franzosen« der Front National?

Paradoxerweise scheint sich die Position der institutionalisierten – oder wie sie sich selber gerne definiert: republikanischen – extremen Rechten in dieser Bewegung in einer Schieflage gegenüber den Bestrebungen des populären Nationalismus zu befinden. Trotz ihrer Verankerung in der Gesellschaft war die Unterstützung der Front National für die Streikenden schlapp und zweideutig, weil sie weder den Gewerkschaften noch der Regierung Recht gab. Ihre besonderen Bindungen an die Bourgeoisie und die reaktionäre Kleinbourgeoisie (freie Berufe, Kleinkapitalisten, Handwerker und Händler), die jeder Arbeiteraktion grundsätzlich feindlich gegenüberstehen, erklären die neoliberale Orientierung der Partei und auch ihre zweideutige Haltung gegenüber dem Streik. So gesehen hat die Streikbewegung den mehrheitlich reaktionären (und nicht-faschistischen) Charakter der Front National gezeigt. Auch dort muß die Entwicklung der sozialen Situation die Dinge klären. Denn wir dürfen nicht vergessen, daß die reaktionäre Tendenz in dieser Partei mit anderen Tendenzen zusammenkommt, die eine größere Nähe zu einer national-sozialistischen Ideologie haben. Diese Tendenzen sprechen von der Bewegung des Dezember 1995 als dem Ausdruck einer »vorrevolutionären Situation, aufgrund des Bruchs zwischen Volk und in-

²¹ Siehe zum Beispiel: »En France, désespérance populaire et démagogie politique« [In Frankreich: Verzweigung des Volkes und politische Demagogie«], Alain Bihr, Le Monde Diplomatique, Dezember 1995.

stitutionalisierten Eliten«; für sie »ist die Welt der Arbeit in Erscheinung getreten, um ihre Unruhe angesichts der Destabilisierung unserer Gesellschaft und unserer Wirtschaft auszudrücken, die mit der Globalisierung und mit Maastricht verbunden ist.«²² Diese Strömung bewegt sich also sichtlich auf demselben nationalistischen Terrain wie Parteien der Linken und der extremen Linken, mit denen sie zunehmend in Konkurrenz tritt. Daher weigert sich diese Strömung, die soziale Bewegung »als einen Konflikt alten Typs zwischen Regierung und Gewerkschaften mit Unterstützung der Linksparteien« zu betrachten.²³ Im Gegenteil, wenn es darum geht, die notwendigen Bedingungen für den »großen Umsturz« zu präzisieren, benutzen diese Antisozialisten eine quasi bolschewistische Logik. Die »Existenz einer Machtalternative« wird als die entscheidende Bedingung angesehen. Mit Sicherheit sind die Tendenzen der extremen Rechten von nun an in der Arbeiterwelt verwurzelt. Möglicherweise wird genau dort eine wirkliche Kraft mit faschistischen Konturen Gestalt annehmen. Mit faschistischen Konturen in dem Sinne, daß diese Strömung gleichzeitig proletarisch und antibürgerlich sein wird, indem sie staatliche Interventionen in die Ökonomie einfordert. Es sollte einen nicht wundern, wenn sich eine neue Sammlungsbewegung viel eher zusammen mit den linken patriotischen und antieuropäischen Strömungen, sozialistischen wie kommunistischen, vollziehen würde, als mit den als mit den honorigen Reaktionären der Front National.

VII.

Im Januar 1996 beendeten die Arbeiter der Staley-Fabrik in Decatur (südlich von Chicago) einen langen Streik gegen einen multinationalen Konzern der Landwirtschaftsindustrie, der zweieinhalb Jahre gedauert hatte. In der letzten Nummer ihrer Streikzeitung, *War Zone* (Kriegszone), hieß es: »Wie unsere französischen Genossen müssen wir bereit sein, uns gegen diejenigen zu stellen, die unser Leben zerstören wollen.« Einige tausend Kilometer davon entfernt, im luxuriösen Schweizer Wintersportgebiet von Davos, diskutierten renommierte Wirtschaftsexperten und angesehene Politiker die Zukunft des Kapitalismus und machten sich über die internationale Tragweite der französischen sozialen Bewegung vom Dezember 1995 Sorgen.²⁴ Wie lassen sich diese Sorgen, dieser

²² Bruno Mégret, Funktionär der Front National, »Le FN entend soutenir les mouvements sociaux dans une démarche rénové« [Die Front National versteht es, die sozialen Bewegungen auf neue Weise zu unterstützen«], *Le Monde*, Paris, 13. Februar 1996.

²³ Ebd.

²⁴ Marc Blondel, der quasi-trotzkistische Führer der Force Ouvrière (FO) war auch dorthin eingeladen, um diese Kreise zu beruhigen.

Einfluß erklären, wo doch der Streik in Frankreich selbst als nationale Angelegenheit betrachtet wurde? Welchen Sinn konnte dieser Kampf für die Arbeiter in Gegenden bekommen, wo kaum jemand etwas über Frankreich weiß? Es scheint von nun an selbstverständlich zu sein, daß die Bewegung vom Dezember '95 ein Gefühl ausgedrückt hat, das auch außerhalb der Grenzen vorhanden ist. Es handelt sich um einen Widerstand gegen die ständige Verschlechterung der Lebensbedingungen der Arbeiter, die seit Jahren damit gerechtfertigt wird, daß man sich den heiligen und unerbittlichen Gesetzen des Kapitalismus zu unterwerfen habe. Dieser Widerstand ist ein Hoffnungsschimmer, der Beweis dafür, daß noch nicht alles verloren ist, daß wir gemeinsam »nein« sagen können.

Ein Mittel zur Erhöhung der Kapitalrentabilität besteht in der Reduzierung der Produktionskosten. Seit Jahren werden die direkten Produktionskosten durch Lohnsenkungen und die Ausweitung prekärer Arbeit gesenkt. Mit der Reduzierung der Sozialhilfe und der Kürzung der vom Staat verwalteten Soziallöhne (Pensionen, Beihilfen) wollen die Kapitalisten jetzt die indirekten Kosten senken. Den herrschenden Klassen ist bewußt, daß diese staatlichen Leistungen die Garantie für eine normalisierte Ausbeutung sind und den sozialen Frieden gewährleisten. Trotzdem setzen sie diese Revisionen der Sozialpolitik durch. In der Funktionsweise der gemischten Ökonomie wird die durch die Staatsausgaben angeschobene Produktion als Ausgleich für das Versagen der privaten Profitproduktion betrachtet. Dieser Eingriff hat neue Widersprüche zur Folge, denn er bedeutet einen zusätzlichen Abzug von den privatkapitalistischen Profiten, die gerade gerettet werden sollen. Daher kommt der aktuelle Druck, die Belastungen durch staatliche Eingriffe zu senken, was von allen gefordert wird... Andernfalls würde die gesamte Ökonomie zusammenbrechen. Die Pläne zur Zerstörung des Wohlfahrtsstaats sind überall in den reichen Ländern die Konsequenz aus der Krise der gemischten Wirtschaft und das Resultat dieses politischen Kompromisses innerhalb der herrschenden Klassen.

Der Streik vom Dezember '95 kann als Kampf zur Verteidigung des Wohlfahrtsstaats angesehen werden. Ganz zu Recht. Die Arbeiterklasse sieht in diesem Geflecht von Institutionen und Regelungen natürlicherweise das Bollwerk, das sie vor der kapitalistischen Barbarei schützt. Jahrelang haben die Gewerkschaften und die Linksparteien den Ausgebeuteten die Idee vermittelt, daß der Staat per Vertrag an die Fortsetzung dieser berühmten »sozialen Errungenschaften« gebunden sei. Nun war damit also nichts! Die Ausgebeuteten fühlen sich heute wehrlos gegenüber der Zerstörung des Wohlfahrtsstaats. Sie entdecken, daß man für das eigene Überleben kämpfen muß. Die französischen Arbeiter kämpften auch für die Aufrechterhaltung dieses staatlichen Bollwerks und verbürgten sich für das reformistische Credo, das sie in die aktuelle Situation gebracht hat. Daß sie einen Staat mit Schutzfunktion, den öffentlichen Dienst, verteidigen, ist Ausdruck ihres Glaubens an eine Gesellschaft der formel-

len Gleichheit der Bürger, jenseits der widersprüchlichen Interessen der Klassen. Zweifellos liegt hierin eine Schwäche derjenigen, die zum Kampf bereit sind. Auch wenn die Bewegung innerhalb des Systems geblieben ist, führten die Initiativen dennoch in Richtung auf die Wiederherstellung eines öffentlichen Sektors mit einer solidarischen Logik, die eine mögliche Neudefinition der Idee der öffentlichen Dienste nach einer Logik der Befriedigung sozialer Bedürfnisse ankündigt.

Heutzutage wird die Deregulierungspolitik für die soziale Verarmung verantwortlich gemacht. In den Augen der Arbeiter ist der Neoliberalismus die Reinform des Kapitalismus, ein Schritt zurück, und es ist logisch, daß diese Politik den Widerstand vereint und Energien mobilisiert. Aber im Schatten dieses Kampfes mobilisieren sich auch Sektoren der nationalen Bourgeoisie, um ihre Interessen geltend zu machen. Das wichtigste Wort der neuen anti-neoliberalen Ideologie ist Globalisierung. Aber was ist Globalisierung wenn nicht die Geschichte des Kapitalismus selbst? Was als eine neue und gefährliche Entwicklung präsentiert wird, ist nichts als die moderne Phase dieses langen Prozesses, der durch das Verschwinden bzw. die Umwandlung des staatskapitalistischen Blocks markiert wird. Der Anti-Globalisierungs-Diskurs wertet auch den Protektionismus von einst wieder auf und fordert eine Rückkehr zum früheren interventionistischen Staat: »Die Globalisierung ist das Verschwinden der Regulierungsfähigkeit.«²⁵ Der Neoliberalismus wird wie eine Abweichung von der kapitalistischen Politik diskutiert, und nicht als das Resultat des Scheiterns interventionistischer Regulierungen zur Sicherung der privaten Kapitalrentabilität. Die Finanzmärkte werden als finstere Mächte dargestellt, während ihre Bedeutung im Ausmaß der Spekulationsaktivitäten der Kapitalisten zum Ausdruck kommt. Das Ziel des mystifizierenden Manövers ist es, kurz gesagt, den wirklich Verantwortlichen, den Kapitalismus, nicht beim Namen zu nennen, und zu suggerieren, daß eine Lösung im nationalen Rahmen gefunden werden kann. Deshalb holt man die alte antiimperialistische Argumentation wieder heraus: »Die Vereinigten Staaten sind die wichtigste deregulierende Macht des Planeten.«²⁶ Diese neuen Schutzengel stellen der vereinheitlichenden Globalisierung (»Amerikanisierung«) nationalistische Werte mit unheilvoller Vergangenheit gegenüber, die nationale Vereinheitlichung. Auf diese Weise werden die sozialen Widerstandsbewegungen gegen die Krise auf diese eingeschränkte nationalistische Vision zurückgestutzt. Dementsprechend sei der Streik vom Dezember '95

²⁵ Edgard Pisani, »Tout ensemble contre la mondialisation« [Alle gemeinsam gegen die Globalisierung], Le Monde Diplomatique, Paris, Januar 1996. [In der deutschsprachigen Ausgabe: »Die Politik neu erfinden«, Seite 2].

²⁶ Ebd.

auch »ein Zeichen für die zunehmenden Spannungen zwischen dem Staatsapparat und der Nation als Lebensgemeinschaft« gewesen.²⁷ »Nation als Lebensgemeinschaft«, das Programm für ein Volksfest! So als ob diese Bewegung der Überbringer eines patriotischen Grußes gewesen sei, angesichts der Monster Finanzmärkte und Globalisierung!?

Mehr als je zuvor ist der kapitalistische Raum der Raum des gesamten Planeten. Allein in Frankreich haben die multinationalen Konzerne einen Anteil von über 30 Prozent am Bruttoinlandsprodukt und ebensoviel bei den Exporten. Und die größten Unternehmen mit französischem Kapital sind selbst mächtige Multis. Wie ist also diese Forderung nach einer Rückkehr zum Protektionismus zu verstehen? Das Projekt müßte von neuen totalitären Formen der Kontrolle von Wirtschaft und Gesellschaft begleitet werden. Wenn wir vom Irrealismus dieses Diskurses einmal absehen, so liegt seine Bedeutung einstweilen darin, daß er beharrlich die nationalistische Botschaft in die Ziele der ausgebeuteten Klassen und der Ausgeschlossenen hineinschreibt. Von nun an ist es unverzichtbar, daß wir uns diesem mystifizierenden, patriotischen und staatsgläubigen Diskurs entgegenstellen und tatsächlich internationalistische Perspektiven voranbringen. Ob in der Form des Wohlfahrtsstaats oder in der Form des liberalen Staates, der Kapitalismus ist ein System von Ungleichheit, Ungerechtigkeit und Barbarei. Wenn man sich dem Neoliberalismus entgegenstellen will, indem man für den Interventionismus stimmt, dann entscheidet man sich dafür, den Warengesetzen unterworfen zu bleiben. Mehr und mehr wird diese Frage in den kommenden Kämpfen im Zentrum der politischen Debatte und der kollektiven Aktion stehen. ■

Februar 1996
Charles Reeve

²⁷ ebd. [Fußnote 2].

Österreich – Massenbewegung gegen Euromonetarismus

Die für österreichische Verhältnisse breite Bewegung gegen das Sparpaket 1996 ist in den BRD-Medien fast vollständig untergegangen bzw. ignoriert worden. Ein Genosse aus Wien hat uns eine Chronologie der Aktionen und eine Einschätzung geschickt. (Red.)

Das neueste »Sparpaket« der neuen, alten Regierung (Großkoalition aus Sozialistischer Partei Österreichs und Österreichischer Volkspartei) sieht folgendes vor:

UnilehrerInnen (Assis [8 000 in OE] und Profs):

- Kürzungen der Bezahlung für Lehrveranstaltungen (30-70 Prozent);
- Assis ohne Dokortitel dürfen keine Lehrveranstaltungen mehr abhalten.

StudentInnen (230 000 in Österreich, 94 000 davon an der Universität Wien):

- Sämtliche Vergünstigungen für alle öffentliche Verkehrsmittel werden gestrichen;
- Mitversicherung (bei den Eltern) nur bis 26 möglich (zuerst wurde die komplette Streichung geplant, aber die Märzdemos erreichten bald diese Änderung.);
- Familienbeihilfe wird gestrichen, wenn Studis mehr als 6 Semester für einen Abschnitt brauchen (trifft die Mehrheit der Studis), oder für Leute, die älter als 26 sind;
- Studienjahre sind für Frühpension nicht mehr anrechenbar, sie dürfen nur teuer nachgekauft werden;
- Dauer des »AkademikerInnentrainings« (Arbeitslose) wird von sechs auf drei Monate reduziert;
- Werkverträge (Lohnform für viele Studis und andere) müssen der Sozialversicherung unterliegen (alle Verträge müssen jetzt dem Staat gemeldet werden, Schwarzarbeit wird dadurch viel schwieriger). Laut HochschülerInnen-schaft dürfte ein/e »Durchschnittsstudi« 40.000 ÖS (DM 6.500) im Jahr verlieren.

Arbeitslose usw.:

- Kürzung des Arbeitslosengeldes durch Verlängerung der Bemessungsgrundlage;
- Verschärfung der Anspruchsberechtigung;
- Arbeitslosenkohle für ältere Leute wird gekürzt (war früher besser als für jüngere Leute);

- Kürzung der Notstandshilfe (= Sozialhilfe);
- Invaliditätspension wird auf zwei Jahren befristet;
- Ein neues Konzept für »gemeinnützige Tätigkeiten« soll entwickelt werden.

Frauen:

- Komplette Streichung der Geburtenhilfe (1.500 ÖS = DM 200);
- Wegfall von sechs Monaten Karenzzeit;
- Einfrieren bzw. Kürzung des Pflegegelds.

Sonstiges:

- 450 statt 420 Monate (37,5 Jahre statt 35 Jahre) Versicherungsbeiträge für Frühpension erforderlich;
- Energiesteuer erhöht;
- Urlaubs- und Weihnachtsgeld werden höher besteuert;
- Lebensversicherung wird teurer;
- Taschengeld der Pensionisten in den Altersheimen wird drastisch gekürzt (irgendwie finde ich das besonders böse: Ein/e mittellose/r Rentner/in kann jetzt etwa nur einmal in der Woche irgendwo Kaffee trinken gehen. Bravo!);
- Einstellungsstopp im öffentlichen Dienst;
- Verdopplung der Anwartschaft auf Arbeitserlaubnis für Ausländer auf zwei Jahre;
- Auto-Maut wird eingeführt.

Chronologie der Märzbewegung

Freitag, 1. März

80 Alleinerzieherinnen demonstrieren in Wien. Darauf werden schnell 600 Millionen Schilling für die KITAS irgendwo gefunden. – Semesteranfang.

Montag, 4. März

AssistentInnen an der Wirtschaftsuniversität (WU) Wien treten in den unbefristeten Streik. – Vorlesungen entfallen an der Informatik der Uni Klagenfurt und der sozialwissenschaftlichen Fakultät der Uni Linz. – Audimax der Universität Wien besetzt. Seitdem Programm, Diskussionen, tägliche Versammlungen, Streikcafé, linke Büchertische. – Studi-Urabstimmung an die TU Graz stimmt zu 88 Prozent für Streik. – Die Hochschullehrergewerkschaft verhandelt ein Abkommen mit der Regierung, das keinerlei Verbesserungen verspricht, es wurde von den Assis abgelehnt. – Die Bewegung ist also außergewerkschaftlich, die Gewerkschaft organisiert sowieso nur 20 Prozent der Profs/Assis.

Dienstag, 5. März

Profs und Assis stellen den restlichen Lehrbetrieb an der TU Graz, sowie den Unis Graz, Klagenfurt und Linz bis auf weiteres ein. – Demo von der Boden-

kunde (Boku) Uni in Wien aus.

Mittwoch, 6. März

Kundgebung (350 Leute) vor der Hauptuni Wien. – 1 000 Studis der TU Wien demonstrieren. – Demo in Graz. – Ab heute werden landesweit viele Denkmäler verhüllt – »eingespart«.

Donnerstag, 7. März

Fackelzug von der WU Wien zur Hauptuni (1 000 Leute). [Diese Demo war anscheinend schon der Höhepunkt der Mobilisierung der WU-Studis, während z. B. die Mediziner erst in der vierten Woche loslegten. Die verschiedenen Sektoren folgten unterschiedlichen Rhythmen.] – Streik von einer Betriebsversammlung der Uni Salzburg ausgerufen. – Ab heute kein Lehrbetrieb mehr an der geisteswissenschaftlichen Fakultät Innsbruck. – Studis in Graz im Streik. – Assis an den sozial- und wirtschaftswissenschaftlichen sowie den grund- und integrativwissenschaftlichen Fakultäten der Uni Wien stellen den Lehrbetrieb ein. – Mindestens 18 (!) Wohnungen in Wien von Stapo (Staatspolizei) durchsucht. Diese Aktion gehört zur Verfolgung der GenossInnen des »Revolutionsbrauhofs« und ist ein Versuch der Beamten, sich im Vorfeld möglicher Reformen aufzuwerten.

Freitag, 8. März

Assis und Dozenten an den rechtswissenschaftlichen, geisteswissenschaftlichen und juristischen Fakultäten der Uni Wien stellen den Lehrbetrieb bis auf weiteres ein. – Bundesweites Assi-Streikkomitee wird gebildet. Assi-Streikbüros werden überall eingerichtet. – Bürgerliche Frauendemo vor dem Parlament in Wien mit 500 Frauen. SPÖ-Sprecherin erntet Buhrufe. – Linke Frauendemo in Wien mit 1 000 Frauen.

Montag, 11. März

HörerInnenversammlung der Hauptuni (2 000 Leute) stimmt einstimmig für »aktiver Streik«, trotz des Versuchs der HochschülerInnerschaft-Bürokraten, bloß einen »Ausnahmestand« auszurufen. Spontane unangemeldete Demo im Anschluß (3 500 Leute), leichte Zusammenstöße mit der Polizei. – Streikposten machen den überlebenden Lehrbetrieb dicht. Treibende Kraft sind anscheinend AktivistInnen auf Fakultätsebene. Dachverband durch HochschülerInnerschaft (also Studi-Gewerkschaft) gestellt. [das »Audimax-Plenum« drohte gelegentlich eine »Gegenmacht« zur Gewerkschaft zu werden.] – Abends noch ein Fackelzug in Wien (800 Leute). – Studis an der Boku Wien und der TU Wien treten in den Streik. Boku besetzt.

Nach mehr als vier Millionen E-mails von Studis (»E-Mail Bombing«)

stürzen Computer des Wissenschaftsministeriums, der SPÖ und der ÖVP ab. Während des Streiks fällt auf, wie umfassend die Assis/Studis die virtuelle Welt beherrschen. Kontaktadressen werden während der Versammlungen zuerst für E-mail gegeben, manchmal wird auf alle andere Adressen verzichtet. [und neulich hat K. die Bekanntschaft eines Hackers gemacht (kein Studi), der während des Streiks mit anderen Mitglieder eines Hackerklubs immer wieder in den Internet-Homepages von Parteien und Banken eingebrochen ist. Sie haben die Pages geändert. Zum Beispiel, wenn Du die Creditanstalt angerufen hast, hat die Bank Widerstand gegen das Sparpaket ausgerufen. Einige der Hacker waren Linke, die anderen handelten aus Hackerstolz. Die Ergebnisse wurden in der Uni-Streikzeitung veröffentlicht.] Es soll auch »Rundfaxe« geben: Ein Fax aus mehreren Seiten wird in einen Kreis zusammen geklebt und los geht's!

Mittelbau der Kunsthochschule Wien setzt Lehrveranstaltungen aus. – Studis in Salzburg treten in den Streik. Dort gibt es eine Menschenkette gegen das Sparpaket. – Hunderte Studis und SchülerInnen demonstrieren in Linz. – Erste Ausgabe der Streikzeitung »Lehrlauf« (4 Seiten A4), 15 Ausgaben bis 29. März.

Dienstag, 12. März

200 Studis demonstrieren vor der Regierungsvereidigung in Wien. – Kundgebung der Liberalen Studenten vor dem SPÖ-Parteiheim in Wien. – Fünf aus sechs Fakultäten in Innsbruck (Studis) in Streik. – Straßenblockaden in Graz. Die Gewerkschaft »droht« mit einem offiziellen Streik (die Mehrheit der UnilehrerInnen sind schon in Streik). Ein Versuch, die Kontrolle zu bekommen.

Mittwoch, 13. März

Demo von Familienverbänden in Wien. – Studidemo (2 000) bricht durch Polizeiliniien und dringt in die Parlamentsbahnmeile ein. Danach wird die U-Bahn eingestellt, als Profs anfangen, Vorlesungen in den Wagen abzuhalten.

Donnerstag, 14. März

Dienststellenversammlungen (Assis und Profs) der medizinischen und naturwissenschaftlichen Fakultäten der Uni Wien stimmen für Streik. – Studis stören eine Parlamentssitzung. – 30 000 (!) Leute demonstrieren in Wien, zum großen Teil Studis, Assis und Profs, auch dabei sind 3 000 streikende SchülerInnen! Französischer Studi-»Vertreter« spricht zur Demo. Massive Spontandemo im Anschluß versucht, die Parlamentsbahnmeile zu betreten und wird von fünf Linien Bullen mit gepanzerten Wagen aufgehalten. – Demo in Linz (3 500). Am Rand dieser Demo verprügeln besoffene Zivibullen einen Graffitikünstler. Er wird von Demonstranten befreit. Eine Woche später durchsuchen Spezialeinheiten mehrere Wohnungen und verhaften einen Jugendlichen. – Demo in Graz (6 000). Unangemeldete Demo im Anschluß. – Demo in Klagenfurt (1 000). –

Demo in Leoben (Kaff in der Steiermark – Bergbauhochschule).

Freitag, 15. März

15 000 (!) Leute demonstrieren in Wien, zum großen Teil wieder von der Uni, auch dabei ist die »Plattform gegen das Belastungspaket« (Arbeitsloseninit., Betriebslinke, Linke überhaupt, Frauen Gegen Zwangsarbeit, Pensionisten...) und »SOS-Mitmensch« (bürgerliches Ergebnis des »Lichtermeers« gegen den Nazi-Bombenterror). Spontane Demo im Anschluß (2 000 Leute – noch mehrheitlich von der Uni) marschiert fünf Stunden, bis halb zwölf, durch die ganze Stadt (10 km). Während unübersichtlichen Konfrontationen mit der Polizei wurden drei Leute geprügelt und festgenommen. Ein Genosse sitzt 3-4 Tage in U-Haft, ein Zweiter 5-6 Tage. – Demo in Innsbruck (2 000 Leute).

Sonntag, 17. März

Politdiskussion TV-Show in Wien wird von 300 Studis gestört (Massenbrüllen durch's Fenster).

Montag, 18. März

1 000 KunststudentInnen (Kunsthochschulen, Musikhochschule) demonstrieren in Wien. – Spontandemo und Straßenblockade vor der Uni Wien. – Spätestens heute fällt die permanente Polizeibesetzung des Uni/Regierungsviertels massiv auf. – Sozialakademie- und Pädagogische Akademiestudis (Wien) treten in den Streik. – Ausländische Botschaftsangestellte nehmen an Protestversammlung am Institut für Dolmetscherausbildung teil. – Spontandemo zum Rathaus in Graz.

Dienstag, 19. März

Die Gewerkschaft setzt alle Lehrveranstaltungen bis aus weiteres aus (90 Prozent der Assis/Profs sind sowieso schon seit längerer Zeit im Streik). – Wien, Demo zum Knast in dem ein Genosse immer noch sitzt. – Externe LektorInnen bilden ein Aktionskomitee.

Mittwoch, 20. März

Rede des Finanzministers. 300 Leute drängen bis zur Türschwelle des Parlaments vor. – Profs und Assis geben während des Streiks regelmäßig Vorlesungen in U-Bahnhöfen und auf dem Stefansplatz. Andere halten an der Uni »Streikvorlesungen« zu Sparpaketthemen ab.

Donnerstag, 21. März

60 Studis besetzen SPÖ-Zentrale in Wien. – Demo in Salzburg (3 000 Leute). – »Tatblatt«, eher reformistisches Autonomes-Massenblatt (wird auch in Zeitungskiosks verkauft), bringt 12 Seiten zur Bewegung unter der Übertitel »Kur-

zer Frühling der Anarchie?« und spricht von »vorrevolutionärer Stimmung«.

Freitag, 22. März

10 000 demonstrieren in Wien. Nachher wieder eine Spontandemo. – Kundgebung gegen Sparpaket in Wiener Neustadt (zum großen Teil türkische Arbeiter), von »Aktionseinheit gegen Sozialabbau« organisiert. – 4 000 Leute demonstrieren in Graz. – Verhandlungen zwischen Regierung, Univerwaltungen und österreichischer HochschülerInnenschaft ergebnislos.

Montag, 25. März

Um diese Zeit passieren drei Dinge:

1. Studi- und Lehrer-Gewerkschaften entscheiden, die Sache zum Ende zu bringen, nach dem Motto: »wir wollen das Semester retten«.
2. die Bullen gehen zu einer Deeskalationstaktik über.
3. Die Presse behauptet, eine »Zurück-an-die-Arbeit-Stimmung« mache sich unter den Studis (Kärnten!) breit, obwohl die Stimmung meiner Einschätzung nach immer noch gut war.

Dienstag, 26. März

200 Studis demonstrieren im Wiener-Flughafen. Nachher Spontandemo in der Innenstadt.

Donnerstag, 28. März

15 000 demonstrieren in Wien. Gute Atmosphäre. Zum ersten Mal sehe ich hunderte Leute mit wehenden Fahnen durch die Straßen rennen. – Demo in Innsbruck.

Freitag, 29. März

Demo der TU Wien. – Studis »lobby« Wiener Rathaus über Nahverkehrsvergünstigungen. – Fackelzug in Wien, von Medizinstudis organisiert. – Demo gegen Repression in Linz.

Samstag, 30. März

Anfang der Osterferien. – Einigung von Gewerkschaft und Regierung – über weitere Verhandlungen! Jetzt, wo die Leute über Ostern zerstreut sind, bilden Regierung und Gewerkschaften eine gemeinsame Front und sagen den Assi-AnführerInnen und Studi-AktivistInnen der Fakultätsversammlungen und des »Audimax-Plenums« so viel wie: »Wir warnen Euch, weiterzustreiken!« – Da jede Bewegung eine »natürliche« Flut und Ebbe hat, dürfte diese Strategie erstmal auch klappen, aber die nächste Runde in »Sparpaketschlacht Österreich« wird sicher bald folgen.

Kommentar

Zur Erinnerung: Die Bevölkerung Österreichs beläuft sich auf etwa 8 Millionen. Es passiert prinzipiell nie was hier. Die März-Ereignisse bilden die größte wilde Streikbewegung (die Assis, nicht die Studis) seit 1950! Die **Zahl** der Beteiligten ist viel größer als bei den '68er Ereignissen hier.

Vor einem Jahr hatte das Sparpaket 94/95 eine gewerkschaftliche Großdemo hervorgerufen, sowie eine Studidemo und SchülerInnenstreiks. Im Herbst '95 hatten wieder SchülerInnen in Wien gestreikt und demonstriert. Danach ging alles in der Wahlfarce erstmal unter.

»Wir fühlen uns von der Gewerkschaft verraten.« (streikende Assistentin) Die Hochschullehrergewerkschaft hat mit der Bewegung nichts zu tun gehabt. Die Streiks sind über Versammlungen und AssivetreterInnen bzw. Ausschüsse gelaufen. Praktisch sind das eigentlich »Koordinationen«, aber natürlich ist diese ständische Organisationsform vorherrschend an den Unis. Wenn jetzt wieder an die Arbeit zurückgekehrt wird, hat das nichts mit der Gewerkschaft zu tun, sondern drückt eher Ratlosigkeit aus (»was können wir noch tun – schießen?«) oder vielleicht wie ein Studi bei einer Veranstaltung fragte: »Warum tun die Arbeiter nichts?«. Die Studigewerkschaft hat allerdings größeren Einfluß. Zuerst gab sie sich radikal, sprach von »sozialer Bewegung«, aber in den letzten Märztagen war sie in der Lage, die Aktivitäten ein bißchen zu untergraben.

Die Bosse des ÖGB (Österreichischer Gewerkschaftsbund) tragen dieses Sparpaket lautstark mit und hetzen gegen die Streikenden.

Was mich bei den Leuten im März überraschte, war ihre Entschlossenheit und Radikalität. Sie ließen sich zum großen Teil nicht von den Bullen einschüchtern, und es fielen ihnen witzige Sachen ein. Viele Assis, Profs und Studis gingen weiter, als ich es erwartet hätte. Bis zum Anfang der zweiten Woche konnte ich keine große Beteiligung der Linken bemerken.

»Der Hebel ist – wohl mehr zufällig als geplant – richtig angesetzt. Nur müßte nicht das Einsparen, sondern die Strukturreform das treibende Motiv sein...« (Anton Pelinka) Damit stellt sich der Soziologe Pelinka den Össi-Kapis zur Verfügung. Und tatsächlich: bis jetzt hat die Regierung eher grob gespart, als wirklich umgebaut. Diese grobe Natur der Kürzungen hat zur schnellen Eskalation der Situation beigetragen. [Übrigens sind die Leute hier nicht so reich, wie es nach der Statistik erscheint. Ich habe den Eindruck, daß sie etwa so wohlhabend sind wie die Leute in der BRD. Ich kann es mir nur so erklären, daß die Reichen den Durchschnitt in die Höhe treiben.]

Ich weiß nicht, ob die Regierung wirklich fähig ist, den Sozialstaat umzustrukturieren. Vielleicht werden die meuternden Profs von heute wirklich zu den

Regierungs-Technokraten von morgen. Schon sind Studiengebühren im Gespräch und im Mai wird über eine »Strukturreform« verhandelt. »Maastricht« und »Euro-Währung« werden hier natürlich auch oft erwähnt, von Pro und Contra-Sparen Gruppen. Es ist anscheinend eine Zeit, wo Fronten transnational gebildet werden.

»Die Sozis haben sich alles gefallen lassen, weil sie sich sagen, es sind noch immer nicht die Nazis.« (Dollfuß 1933) Jede/r hier weiß, was Dollfuß meinte, aber erst wenn Leute auf die Strasse gehen, scheint es eine Alternative zu geben. Haider war auffällig ruhig während der Bewegung im März. Ob die österreichische Sozialdemokratie hier noch für die Kapitalisten tauglich ist? Sie ist so verstrickt in das alte Modell, daß es hart wird, sie zur »Strukturreform« zu bringen. Ich meine nicht, daß sie in irgendeiner Weise die Arbeiterklasse vertritt, natürlich nicht. Nein, aber viele Sozis haben sich sehr lange Zeit eine goldene Nase durch das alte System verdient und sind noch dazu strohdumm. Aber Haider ist anscheinend in der Opposition nützlicher als auf der Regierungsbank. Der Übergang zur neuen Euro-Ordnung wird dann eher stürmisch werden.

flick, 12. April 1996

Nachtrag, 22. April 1996:

Heute war der letzte Tag des Streiks der AssistentInnen und StudentInnen an der Uni Wien. Damit endet der Ausstand, der vor sieben Wochen begonnen hatte. Die Leute glauben nicht, daß mehr von der Regierung zu kriegen war und hatten Angst, das ganze Semester zu verlieren. Allerdings kamen zu der heutigen Abschlußdemo noch 10 000 StudentInnen und AssistentInnen. Die Stimmung war gut. Weitere Demos (30.4., 1.5.), kleinere Aktionen und ein »Raving against Saving« sind geplant. Nach der Demo heute abend fand die übliche Spontandemo von mehreren hundert Leute statt, aber zum ersten Mal kesselten die Bullen die Demo ein und stellten von etwa vierzig Leuten die Personalien fest. Sie scheinen zu glauben, daß sie nach dem Ende des Streiks nun solche provokativen Aktionen ohne Konsequenzen durchführen können. ■

Die CUT: Die neue Gewerkschaftsbewegung* an einem Wendepunkt

Iram Jacome Rodrigues

(Aus: NACLA-Report Mai/Juni 1995)

Brasilien ist keine Ausnahme, was die globale Umstrukturierung der Produktion und die dadurch hervorgerufene Fragmentierung der Arbeit** . Diese Prozesse stellen überall eine Herausforderung für die gewerkschaftliche Macht dar. Im Unterschied zur Situation in vielen anderen Ländern war die Gewerkschaftsbewegung in Brasilien allerdings in der Lage, ihren Einfluß und Umfang trotz der feindlichen ökonomischen Rahmenbedingungen auszuweiten. Die brasilianische Erfahrung läuft dem internationalen Trend des gewerkschaftlichen Niedergangs, der sich in dem weitverbreiteten Fall des Organisationsgrads ausdrückt, entgegen.

Die Stärke des brasilianischen Gewerkschaftswesens hängt eng mit der umfassenderen Rolle zusammen, die die Gewerkschaften in der brasilianischen Gesellschaft übernommen haben. Aufgrund der andauernden politischen Krise des Landes und der daraus resultierenden Schwäche des Parteiensystems sind die Gewerkschaften über ihre eigenen spezifischen Interessen hinausgegangen, um wirksame gesellschaftliche und politische Kräfte zu werden und in einem Fall eine größere politische Partei zu bilden. Die Gewerkschaften in Brasilien haben sich nicht auf Lohnforderungen oder andere Arbeitsprobleme im engeren Sinne beschränkt. Stattdessen sind sie zu einem breiten Spektrum von Themen aktiv geworden, wozu Industriepolitik, Wettbewerbsfähigkeit der Firmen, Produktivität, die Auswirkungen der Tertiarisierung auf die Arbeiter, Sozialpolitik und regionale Integration gehören.

Die breite Massenbewegung Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre gegen die Militärdiktatur schuf zwei größere Instrumente für die Organisation der Arbeiter: die Vereinigte Arbeiterzentrale (CUT) und die Arbeiterpartei (PT), die beide eine große Bedeutung für das öffentliche Leben in Brasilien bekamen. Der Ruf der Arbeiter nach gewerkschaftlicher Freiheit und ihre Proteste gegen sinkende Löhne und die autoritäre Ordnung am Arbeitsplatz wurden zu einem Kampf nicht nur um neue Arbeitsrechte, sondern für tatsächliche Bürgerrechte.

Die 1983 gegründete CUT – eine der drei Gewerkschaftsdachverbände in Brasilien – war ein Produkt der massenhaften gewerkschaftlichen Organisation, die sich in der Industrieregion von Groß-Sao Paulo seit 1978 und vor allem unter den Metallarbeitern von Sao Bernardo do Campo entwickelt hatte. Während die hauptsächliche Basis der CUT in den letzten 12 Jahren weiterhin dort

blieb, hat sie es geschafft, sehr schnell zu wachsen und dabei ihren gesellschaftlichen und politischen Einfluß auszuweiten. Heute ist die CUT zum Symbol des »neuen Gewerkschaftswesen« des Landes geworden.

Aus den gewerkschaftlichen Aktionen in Sao Bernardo do Campo ging auch die Arbeiterpartei hervor, die Schwesterorganisation der CUT. Nach 1978 verband sich die Opposition gegen die existierenden autoritären Gewerkschaftsstrukturen mit dem breiten Widerstand gegen das Militärregime. Diese Opposition entstand in mehreren Anläufen zu Beginn der 60er Jahre in Form von Gruppen wie der Oppositionellen Metallarbeiterbewegung in Sao Paolo (MOSMSP). Luis Inacio »Lula« da Silva war 1975 der gewählte Präsident der Metallarbeitergewerkschaft in Sao Bernardo do Campo. Er sollte bald zum einflußreichsten Wortführer der Arbeiterbewegung werden. Im November 1989 kandidierte er für die brasilianische Präsidentschaft und erhielt 39 Prozent der Stimmen in der Stichwahl gegen Fernando Collor de Mello, den schließlichen Wahlsieger. In den allgemeinen Wahlen im Oktober letzten Jahres, bei der Lula wiederum unterlag, konnte die PT zwei Gouverneure durchbringen, Vitor Buaiz in Espirito Santo und Cristovam Buarque in Brasilia, und eine bedeutende Anzahl von Abgeordneten in den Staaten und in der Föderation.

Vor 1978 war die Gewerkschaftsbewegung in Brasilien zwar nicht völlig paralysiert, aber beschränkt auf kleine, kaum sichtbare lokale Aktivitäten in bestimmten Sektoren der Arbeiterbewegung. Zwischen 1974 und 1978 kam es zu Arbeitsverlangsamungen und Produktionsunterbrechungen, die aber normalerweise auf einzelne Betriebe beschränkt blieben. Der eiserne Stiefel der Militärdiktatur verhinderte massenhaften Widerstand. Die traditionelle Gewerkschaftsstruktur war korporatistisch und autoritär.¹ Die Gewerkschaftsführer – die sogenannten »pelegos« (Kollaborateure) – hatten enge Beziehungen zur Regierung und zu den Unternehmern.

Mitte der 70er Jahre erwachten die Arbeiter aus ihrer langen politischen Untätigkeit und begannen, ihre Opposition gegen die Wirtschaftspolitik des Militärregimes zu artikulieren, die Druck auf die Löhne der Armen und der

¹ Das korporatistische Gewerkschaftsmodell entwickelte sich in den 30er Jahren und bindet die Gewerkschaften – trotz einiger Änderungen in der Verfassung von 1988 – noch immer an den Staat. Es beruht auf den folgenden Elementen: a) das Vertretungsmonopol wird vom Staat zugewiesen; b) Einheitsgewerkschaft: in einem bestimmten Gebiet darf nur eine Gewerkschaft einer bestimmten Kategorie, z.B. der Metallarbeiter, diese Arbeiter vertreten; c) die sogenannte Gewerkschaftssteuer: ein obligatorischer Beitrag, der von allen Arbeitern, den organisierten wie den unorganisierten, eingesammelt wird, und der einem Tageslohn im Jahr entspricht; und d) die rechtliche Macht des Arbeitsgerichtssystems.

Mittelklasse ausübte. Die Arbeiter ergriffen wieder die Initiative in der Beziehung zum Staat und zu den Unternehmern. 1978 brach eine Streikwelle zunächst in Sao Bernardo do Campo aus, die sich dann über das ganze Land ausbreitete. Im gleichen Jahr führten die Metallarbeiter von Sao Bernado ihren ersten Kongreß durch, auf dem sie als die wichtigsten programmatischen Prinzipien der gewerkschaftlichen Aktivität bestimmten: Tarifverhandlungen, Gewerkschaftsfreiheit und ein Arbeitsgesetz, das ihre grundlegenden Rechte enthält.²

Befürworter des »neuen Gewerkschaftswesens« verurteilten die bestehenden Gewerkschaftsstrukturen und sprachen sich für freie Verhandlungen zwischen Unternehmern und Arbeitern ohne staatliche Einmischung aus. Die ganze Zeit über arbeiteten sie praktisch am Aufbau eines anderen Gewerkschaftsmodells, indem sie an der Basis organisierten, um so die Gewerkschaften auf der Ebene der Fabrik zu stärken.

Im Übergang Brasiliens zur Demokratie wurde die Arbeiterbewegung auf diese Weise zu einer politischen Schlüsselfigur. Die großen korporatistischen Gewerkschaften wurden wie »Unternehmen« geführt und verfügten neben ihren ökonomischen und politischen Muskeln auch über beachtliche finanzielle Ressourcen. Als sie mit ihrer Reorganisation begannen, waren sie daher in der Lage, Kongresse, Seminare, Schulungen für die Führung, Rundreisen zur Kontaktaufnahme zwischen den Gewerkschaftsmitgliedern usw. zu finanzieren. Diese soziale Bewegung, die mit der Zeit zu einer politischen Bewegung wurde, eröffnete der Arbeiterklasse die Möglichkeit, sich in die öffentlichen Angelegenheiten einzumischen. Vor diesem Hintergrund entstand die CUT und gewann eine derart prominente Rolle in der brasilianischen Arbeitswelt.

Bei der Bildung der CUT kamen drei Strömungen zusammen: die traditionelle Linke, die »unabhängige« Gewerkschaftsbewegung und kirchlicher Aktivismus.³ Die erste Strömung bestand aus Gewerkschaftsaktivisten, die sozialistischen politischen Parteien angehörten. Anfang der 70er Jahre hatten diese linken Aktivisten ihre militante Vergangenheit aufgearbeitet und versuchten, die »Massen« zu erreichen – entweder durch Organisation in den Elendsvierteln oder indem sie in die Fabriken gingen. Anfang der 80er Jahre waren diese linksgerichteten Aktivisten immer noch in der Arbeiterbewegung aktiv und beteilig-

² Ricardo Antunes, *A Rebelia do Trabalho* (Sao Paulo: Editora Unicamp/Ensaio, 1988), p. 17.

³ Lencio Martins Rodrigues analysiert diesen Prozeß, seine verschiedenen Stufen und die allgemeineren Hintergründe in »As tendencias politicas na forma ao das centrais sindicais«, in Armando Boito Junior, *O Sindicalismo Brasileiro nos Anos 80* (Sao Paulo: Paz e Terra, 1991). Siehe auch Eder Sader, *Quando Novos Personagens Entraram em Cena* (Sao Paulo: Paz e Terra, 1988).

ten sich an den kleinen alltäglichen Kämpfen sowohl in den Fabriken der großen Industriezentren – namentlich im Süden und Südosten – als auch in den ländlichen Regionen wie im Norden und Nordosten. Aber sie waren zerstreut, oftmals ohne Kontakt zu ihren Parteien oder lagen im Streit mit ihnen.

Die Angehörigen der zweiten Hauptströmung des neuen Arbeiteraktivismus nannten sich selber »Unabhängige«. Diese Strömung spiegelte das neue Profil der Arbeiterklasse wider, das aus den ökonomischen und sozialen Veränderungen des Landes während der Diktatur resultierte. Sie wurde angeführt von jungen Arbeitern, von denen viele aus ärmeren Gebieten, vor allem aus dem Nordosten, zugewandert waren. Sie waren Industriearbeiter in der ersten Generation, die weder Verbindungen zu der traditionellen Linken noch zu der nationalistischen ideologischen Vision der populistischen Gewerkschaftsbewegung aus der Zeit vor 1964 hatten. Diese gewerkschaftliche Strömung orientierte sich größtenteils an der Metallarbeitergewerkschaft in Sao Bernardo do Campo. Nach und nach füllten diese neuen »unabhängigen« Führer überall im Land das Vakuum im traditionellen Gewerkschaftsapparat.

Beide dieser Strömungen unterhielten enge Beziehungen zum progressiven Sektor der Katholischen Kirche. Die Kirche, eng verwoben mit der sozialen Fabrik des Landes, entwickelte eine Bewegung von christlichen Basisgemeinden (comunidades eclesiais de base, CEB) im ganzen Land. Anfang der 80er Jahre gab es etwa achtzigtausend Basisgemeinden, denen annähernd zwei Millionen »gläubige und unterdrückte« Menschen angehörten. In diesen CEBs kam ein weitverbreitetes kollektives Gefühl von sozialer Revolte und Kritik an der bestehenden politischen Ordnung zum Ausdruck. Die CEBs waren in der alltäglichen Praxis der Leute verwurzelt und organisierten Gruppen von Menschen, die ihre grundlegenden Rechte als Bürger forderten. Als ein Katalysator volkstümlicher Bestrebungen formten diese katholischen Bewegungen eine der Säulen für die Reorganisation der Arbeiterbewegung.⁴ Sie beeinflussten die Arbeiteraktivitäten, indem sie von der Würde der Arbeiter sprachen, d.h. den Arbeiter nicht als bloßes Werkzeug für die Produktion von Reichtum, sondern als mit bestimmten Rechten ausgestattete Person betrachteten.

Mit der Gründung der CUT, die aus der Reorganisation der Arbeiterbewegung Ende der 70er und Anfang der 80er Jahre hervorgegangen war, erfüllte sich eine schon lange vorhandene Bestrebung in der brasilianischen Arbeiterbe-

⁴ Siehe Heloisa de Souza Martins, "Igreja e Movimento Operario no ABC (1954-1975)," doctoral thesis presented to the Department of Social Science of the Faculty of Philosophy, Literature and Human Sciences of the University of Sao Paulo, 1986 (mimeo).

wegung.⁵ Seit ihrer Gründung 1983 ist die CUT bemerkenswert angewachsen. Gewerkschaften in Brasilien vertreten alle Arbeiter in ihre Gerichtsbarkeit, unabhängig davon, ob sie zahlende Gewerkschaftsmitglieder sind. 1984 hielt die CUT ihren ersten Kongreß mit 5 000 Delegierten ab. Der zweite Kongreß, zwei Jahre später, wurde von 5 564 Delegierten besucht, deren Organisationen 12 Millionen Arbeiter an der Basis repräsentieren.

Im April 1993 gehörten 1 878 Gewerkschaften (627 ländliche und 1 251 städtische) zur CUT, die 16,5 Millionen Arbeiter repräsentierten. Von den 5,5 Millionen landwirtschaftlichen Arbeitern waren über 600 000 Gewerkschaftsmitglieder. Von den 11 Millionen städtischen Arbeitern sind drei Millionen – etwa 25 Prozent – organisiert.⁶ Beim Fünften Kongreß im Mai 1994 hatte die CUT etwa 2 300 Mitgliedsgewerkschaften, die etwa 18 Millionen Arbeiter an der Basis vertraten.⁷

Von der Streikwelle 1978 bis zur Geburt der CUT 1983 war die Organisation der Arbeiter fieberhaft vorangeschritten. Zwischen 1983 und dem Dritten Nationalen Kongreß 1988 entwickelte die CUT erfolgreich eine organisierte Arbeitermilitanz. Diese bewegungsartige, befreiende, sozialistische und konfliktorische Periode, die als »heroische« Phase der Organisation bezeichnet wird, endete mit diesem Kongreß.

Der Dritte Kongreß markiert den Beginn einer Wende in der Vision der CUT von einer Bewegung zu einer Organisation. Von diesem Punkt an begann die Organisation, eine vertikale, administrative Struktur anzunehmen, die komplex und in diesem Sinne bürokratisch war. Diese Umstrukturierung führte zum Aufbau einer rationalen »geschäftsmäßigen« Gewerkschaft. Der vierte und fünfte Kongreß, 1991 und 1994, setzte die Wende innerhalb der CUT von einer mehr konfrontativen Haltung zu einer neuen Bereitschaft zum Verhandeln fort.

Der Dritte Kongreß formalisierte Veränderungen, die sich im CUT-Gewerkschaftswesen bereits abzeichneten. Durch Satzungsänderungen erhielten die Delegierten des Gewerkschaftsrats Vorrang vor den Basisvertretern und die Zahl der für den CUT-Kongreß gewählten Vertreter wurde so geändert, daß sie der Zahl der der CUT angeschlossenen Gewerkschaften und nicht der der jeweiligen Arbeiter entsprach. Das führte zu einer Verringerung des Anteils der Kongreßdelegierten, die aus der Gewerkschaftsopposition der 70er Jahre stammten – im allgemeinen der mehr links orientierte Teil der CUT. Außerdem entschied der

⁵ Siehe Lencio Martins Rodrigues, CUT: os militantes e a ideologia (Sao Paulo: Paz e Terra, 1990), vor allem Kapitel 1, "A formacao da CUT," pp. 5-30.

⁶ Zahlen des CUT-Generalsekretariats, 13. April 1993.

⁷ Siehe Adriana Lopez und Alvaro Comin, »Delegados ao CONCUR: um perfil«, De Fato, Year 2, No. 4 (Sao Paulo) Juli-September, 1994.

Kongreß, daß die Teilnehmer zukünftiger nationaler Kongresse auf Kongressen in den einzelnen Staaten gewählt werden sollen. Dies wirkte als Filter für die Vertretung der Arbeiter, denn in der Praxis konnte damit ein Arbeiter an der Basis, der keiner der internen Strömungen der CUT angehörte, nicht mehr zum Delegierten des nationalen Kongresses gewählt werden. Und schließlich entschied der Dritte Kongreß, nur noch alle drei statt bisher zwei Jahre einen Kongreß durchzuführen. Die linkeren Tendenzen betrachten diese Veränderungen als einen Schlag gegen die innere Demokratie der CUT.

Das Resultat war die Schaffung einer sogenannten »Demokratie der Tendenzen«, mit der viele dieser Tendenzen nicht glücklich sind. Viele Linke haben zum Beispiel den Eindruck, daß der normale nicht-militante [im Sinne von nicht zu einer Tendenz gehörend, A.d.Ü.] Arbeiter in der Organisation keine Rolle mehr spielt. Ihrer Ansicht nach widerspricht diese »Demokratie der Tendenzen« den demokratischen Ideen, die von der neuen Gewerkschaftsbewegung verteidigt wurden. Für andere, moderatere Kräfte in der CUT, die sich auf Arbeitsprobleme im engeren Sinn konzentrieren, bedeutet der politische Hickhack zwischen den Tendenzen eine exzessive Politisierung. Sie befürchten dadurch den Verlust der besonderen gewerkschaftlichen Identität der CUT.

Auf dem Fünften Nationalen Kongreß der CUT im Mai 1994 wurde ein 25köpfiger nationaler Exekutivausschuß gewählt. Er setzt sich zusammen aus einem Delegierten aus dem landwirtschaftlichen Sektor, sieben aus der Industrie (drei davon Metallarbeiter), fünf Bankarbeitern (alle aus Staatsbanken), drei Angestellten aus Staatsfirmen und neun Beschäftigten des öffentlichen Dienstes; 17 Männer und 8 Frauen. Der bemerkenswerteste Umstand an dieser Zusammensetzung ist das Übergewicht der Staatsangestellten, die praktisch 70 Prozent ausmachen. Dies ist möglicherweise ein Ausdruck des starken Widerstands der Gewerkschaft gegen die Politik der Privatisierung und der Verkleinerung des öffentlichen Dienstes. Obwohl die landwirtschaftlichen Arbeiter über ein Drittel der Arbeiterbasis der CUT ausmachen (etwa 6,5 von 18 Millionen), sind sie im Exekutivausschuß so gut wie nicht vorhanden und spielen daher auch keine Rolle in der inneren Demokratie.

Trotzdem verfügen die Metallarbeiter von Sao Bernardo do Campo nach wie vor über die größte Autorität und Anerkennung innerhalb der CUT. Sie repräsentieren die Mehrheitstendenz in der Organisation, die sogenannte »Arbeiterartikulation«. Die Führungsrolle dieser Tendenz drückt sich in der Besetzung des Gewerkschaftsvorstands aus. Seit ihrer Gründung 1983 bis zum Mai 1994 war Jair Meneguelli Präsident der CUT, ein Metallarbeiter in der Ford-Fabrik in Sao Bernardo do Campo und der frühere Präsident der Metallarbeitergewerkschaft in Sao Bernardo do Campo und Diadema. Er trat zurück, nachdem er im Oktober 1994 zum Kongreßabgeordneten gewählt worden war. An die Stelle von Meneguelli trat Vicente Paulo »Vicentino« da Silva, ein anderer Gewerkschaftsführer

aus Sao Bernardo do Campo.

Es ist auch bemerkenswert, daß die CUT-Führung sich vorrangig aus Mittelklasse-Arbeitern zusammensetzt. Fast 60 Prozent der Delegierten zum Kongreß von 1994 verfügten z.B. über einen Universitätsabschluß – in einem Land, in dem 32 Millionen, über 20 Prozent der brasilianischen Bevölkerung, Analphabeten sind. Bei dem gegenwärtigen Prozeß handelt es sich also um eine weitgehende Institutionalisierung und damit eine größere Professionalisierung und Bürokratisierung innerhalb der CUT⁸. Er drückt außerdem das Übergewicht der mittleren Sektoren innerhalb der Organisation aus und damit eine wachsende Distanz zwischen Basis und Führung.

Das neue Gewerkschaftswesen ist mit einer grundlegenden Paradoxie konfrontiert: am Punkt ihres größten Einflusses im breiteren politischen Prozeß scheint sie die wirksame Vertretung am Arbeitsplatz zu verlieren. Wenn es der CUT nicht gelingt, sich breiter innerhalb der Unternehmen zu organisieren, werden die Gewerkschaften und auch die CUT selber, geschwächt werden, da sie den alltäglichen Kontakt zu den Aktivitäten der Arbeiter verlieren.

Der einzige Weg, um die Stärke des gewerkschaftlichen Handelns zu erhalten, ist die Sicherung einer breiten organisierten Unterstützung an den Arbeitsplätzen. Dies erfordert eine gewisses Maß an Militanz. Trotz der Militanz der CUT an verschiedenen Punkten ihrer Geschichte, suchen die bestimmenden Kräfte innerhalb der Organisation heute zunehmend den Kompromiß und die Verhandlung. Die CUT hat sich von einem sehr radikalen Konzept von Gewerkschaft, wie es in den Streiks 1978 begann und in dessen Zentrum eine massive Kritik an den traditionellen Gewerkschaftsstrukturen stand, wegbewegt zu einer pragmatischeren Konzeption.

Die Herausforderungen für die brasilianische Gewerkschaftsbewegung sind dieselben wie für ihre Schwesterbewegungen überall auf der Welt: sie müssen angesichts der unermüdlichen Angriffe eines zunehmend mobilen internationalen Kapitals ihre Stärke erhalten. Gelegentlich mag dafür eine Haltung des Kompromisse und der Anpassung erforderlich sein, aber keine Gewerkschaftsbewegung kann die Abkopplung von den Arbeitern an der Basis überleben. Noch verfügt die CUT über die Loyalität dieser Arbeiter, aber auf dem Höhepunkt ihrer Stärke steht sie innerlich vor einer Zerreißprobe. ■

(Anm.d.Ü.: * new unionism: wörtl. neues Gewerkschaftswesen, also eine neue Art von Gewerkschaft.

** labor: bedeutet Arbeit, aber auch Arbeiterbewegung.)

⁸ Iram Jacome Rodrigues, "Perspectivas do sindicalismo no Brasil; o caso da CUT," in Eli Diniz, Jose Sergio Leite Lopez and Reginaldo Prandi (eds.) O Brasil no Rastro da Crise (Sao Paulo: ANPOCS/HUCITEC/IPEA, 1994), p. 40.

They Won't keep on Truckin'

Verärgerte LKW-FahrerInnen drohen mit der Blockierung des Hafens von Los Angeles

von David Bacon (Los Angeles View, 23.-29. Februar 1996)

Vorbemerkung des Übersetzers: Im folgenden Artikel aus der Wochenzeitung LA-View geht es um einen LKW-Fahrerstreik in Los Angeles. Dabei wird auch auf die unterschiedlichen Kämpfe und Bewegungen hingewiesen, bei denen es um die Durchsetzung von Forderungen und den Aufbau von Gewerkschaften von ImmigrantInnen ging: Trockenbauern, HausmeisterInnen usw. Diese Bewegungen verschiedener ImmigrantInnen in den USA sind dort tatsächlich vereinzelt aber wichtige Zeichen von Kampf und Widerstand. Sie versuchen vor allem, ihre schlechten materiellen Bedingungen über Streiks und die Organisierung von Basisgewerkschaften zu verbessern. Auch einige Gewerkschaften im Gewerkschaftsverband AFL-CIO haben erkannt, daß sie die neuen Basismilitanten aufnehmen und für eine Wiedererstarkung nutzen könnten. Sie stehen im Mittelpunkt neuer »union organising« Versuche. Was sich tatsächlich aus den Bewegungen ergibt, scheint mir noch unklar. Wenn dieser Schreiberling des LA-View darüber berichtet, dann setzt er tatsächlich darin die Hoffnung, daß eine starke Gewerkschaftsbewegung grundlegend was verändert. Täte sie ja auch, fragt sich nur was und in welche Richtung. Wichtig erscheinen mir erstmal die Erfahrungen, die diese Leute in den Kämpfen haben. Daß sie von den Bedingungen in den USA ausgehen - wo die »Deregulierung« früher anfang und weiter ging und wo die Gewerkschaften stärker angegriffen wurden und in vielen Bereichen kaum noch existent sind - ist klar. Wenn sich dann die Militanten auch auf den Aufbau von gewerkschaftlichen Basisstrukturen beziehen, scheint das in ihrer Situation naheliegend. Inwieweit sich die in den Kämpfen neu entstehenden Strukturen dann in die sozialdemokratische AFL-CIO Strategie einbauen lassen - oder eine eigene, radikalere Dynamik entwickeln - wird sich zeigen.

Einige Jobs bringen die Leute dazu, Gewerkschaften beitreten zu wollen. Einen LKW aus dem Hafen von L.A. zu fahren ist einer von ihnen. Aber nach Bestimmungen der Bundesregierung dürfen Hafenfahrer - wie Millionen anderer ArbeiterInnen auch - keiner Gewerkschaft beitreten. Sie mögen ja wie Arbeite-

rInnen aussehen und sich so verhalten, aber für die Regierung sind sie unabhängige Unternehmer. Wenn also diese *ArbeiterInnen-die-keine-ArbeiterInnen-sind* unzufrieden mit ihrem Job sind und was dagegen tun wollen, müssen sie sich nicht nur gegen die eigenen Arbeitgeber zur Wehr setzen, sondern auch gegen die Behörden, deren Pflicht mal die Verteidigung ihrer Rechte war.

Raul Miramontes ist ein LKW-Fahrer, der für den L.A.- und den Long Beach-Hafen arbeitet. Wie die meisten FahrerInnen ist er sauer. »Um eine Ladung zu bekommen, mußt du um vier Uhr morgens aufstehen. Noch im Halbschlaf steigst du in die Fahrerkabine deines LKWs. Du siehst nicht mal mehr deine Familie, bevor du losfährst. Dann gehts runter zum Hafen und du stellst dich in die Schlange. Und du wartest.«

An den Ladestationen stehen Dutzende von Zugmaschinen und leeren Lastzügen und lassen ihre Dieselmotoren laufen. Durch die Abgase ist die Luft stickig und beißend. Etwas weiter weg, an den Docks, liegen die großen Schiffe. Die Container darauf sind so hoch gestapelt, daß sie aussehen wie Hochhäuser. Riesige Kräne laden oder entladen die Container. Sie bewegen sie wie Spielzeug vom Kai aufs Schiff und zurück.

»Schließlich erreichst du die Spitze der Schlange und bekommst einen Container«, fährt Miramontes fort. »Du bist dann auf dem Freeway und versuchst die Ladung so schnell wie möglich beim Kunden auszuliefern. Wenn du da ankommst, mußt du normalerweise noch mal warten, bist du abladen kannst - bevor du dann zurück zum Hafen fährst, um die nächste Fuhre zu holen. Diese ganzen Stunden Wartezeit bekommst du nicht bezahlt.«

Die Warterei ist nicht die einzige Sache, die den FahrerInnen auf den Nägeln brennt. Die Container, so groß wie ein Lastzug, sollten kontrolliert werden. Das passiert aber meistens nicht. Oft sind sie viel zu schwer. Manchmal sind sie schlecht gepackt und die Ladung fängt plötzlich an zu rutschen. Dadurch kann der ganze Lastzug umkippen, was auf dem Freeway eine tödlich Gefahr bedeutet, nicht nur für die FahrerInnen selbst, sondern auch für alle Personen in den Fahrzeugen in unmittelbarer Nähe.

Miramontes, ein untersetzter Mann aus Mexiko, äußert seine Kritik langsam und überlegt. Sein Freund, Kaan Ural, eine Türke, ist da genau das Gegenteil. Dünn und fahrig, kommen seine Beschwerden wie aus der Maschinenpistole.

»Die Arbeitsbedingungen sind mies«, sagt er, mit seinen Fingern in der Luft herumfuchtelnd. »Wir warten oft zehn bis zwölf Stunden am Tag. Manchmal arbeiten wir 24 Stunden am Stück. Wir haben keine Unfallversicherung, keine Arbeitslosenversicherung, keine Krankenversicherung, garnichts. Ich habe eine Frau und zwei Kinder. Wenn ich mir morgen bei der Arbeit ein Bein breche, wird sich niemand um sie kümmern.«

Unzufriedene Arbeiter wie diese stehen im Mittelpunkt von Versuchen Ge-

werkschaften aufzubauen. Ein solcher Versuch findet gerade bei den HafenfahrerInnen statt. Das zieht sich schon über ein Jahr hin und ist Teil eines Kampfes, der zwei Jahrzehnte zurückgeht.

Die FahrerInnen haben ein großes Problem: sie besitzen ihre LKWs. Nicht weil sie Unternehmer der oberen Mittelklasse wären, sondern vielmehr als Folge und Nebenerscheinung der Deregulierung. 1973 schaffte die Bundesregierung ein gesetzliches Regelwerk ab, das sowohl die Preise für den Transport von Gütern von einem Ort zum anderen als auch minimale Sicherheitsstandards für die FahrerInnen festlegte. In der Zeit erbitterten Wettbewerbs, die danach kam, drückten die Speditionen ihre Kosten. Die von ihnen am häufigsten angewandte Methode der Kostensenkung war die Entlassung von FahrerInnen. Eine Firma nach der anderen feuerte Langzeitangestellte. Dann boten sie FahrerInnen mit eigenen LKWs die Zahlung eines bestimmten Betrags für den Transport einer Fuhre an. Hatten die FahrerInnen einmal eine Zugmaschine gekauft, fuhren sie für die Bank und nicht für die Firma. Alle Ausgaben - Benzin, Versicherung, Kreditzahlungen, Reparaturen - mußten sie selbst zahlen.

Für die Firmen war das ein gutes Geschäft - ein Stücklohnsystem, bei dem sie pro Ladung bezahlen und keine Risiken übernehmen. Sie kommen nicht mehr für Berufkrankheiten, Invalidität, Arbeitslosengeld der FahrerInnen auf. Wenn die Steuern oder der Benzinpreis anzieht, müssen die FahrerInnen das ausgleichen. Wenn ein LKW liegenbleibt, geht das die Firma nichts an.

»Wir werden pro Fuhre bezahlt«, sagt Miramontes wütend, »also müssen wir Überstunden machen, um genug Fuhren zu bekommen und davon leben zu können.« Überstunden können gefährlich sein. »Wenn einer 18 oder 19 Stunden am Tag fährt, was kannst du dann von ihm erwarten?« meint Ural. »Er wird irgendjemand auf dem Freeway totfahren. Und wer wird dafür verantwortlich gemacht?«

Der dramatischste Verlust für die FahrerInnen war der ihrer Gewerkschaftsmitgliedschaft. Vor der Deregulierung gehörten die Hafenfahrer zur *Teamsters* Gewerkschaft. Nach der Änderung des Gesetzes entschied das *National Labor Relations Board* (NLRB; Bundesbehörde für Arbeitsbeziehungen), daß die Speditionen nicht verpflichtet seien, mit den FahrerInnen zu verhandeln, weil diese in den Augen des Gesetzes keine ArbeiterInnen mehr seien.

»Du würdest erwarten, daß das NLRB, das Mitte der 30er Jahre vom Kongreß gebildet wurde, um das Recht der Arbeiter auf Organisationsfreiheit zu schützen, auch dementsprechend handelt,« sagt Virginia Rodriguez, Organisationsleiterin der *Communications Workers of America* (CWA; Kommunikations- und Transportarbeiter Gewerkschaft) für Region 9. »Aber das NLRB hat sich mit den Jahren mehr und mehr auf die Seite der Arbeitgeber gestellt. Jetzt ist sie eine machtlose Behörde. Das Gesetz greift nicht. Die Unternehmer können alles machen, um die Arbeiter am Aufbau einer Gewerkschaft zu hindern. Sie haben

das NLRB umgedreht.«

»Die Firmen haben uns erzählt, daß es gut wäre, ein selbständiger Fahrer zu sein. Einige Zeit lang haben sie uns so verarscht,« erinnert sich Ural. »Aber wie man so sagt: Du kannst nicht immer alle Leute verarschen. Wir haben relativ schnell kapiert, daß wir Angestellte sein müssen, um unter den Schutz des *National Labor Relations Laws* (Bundesgesetz zu den Arbeitsbeziehungen) und der staatlichen Arbeitsbestimmungen zu fallen. Als selbständige FahrerInnen sind wir nicht abgesichert. Das muß geändert werden.«

In den letzten zwei Jahrzehnten haben die Hafenfahrer häufiger versucht, ihre Bedingungen zu verbessern. 1984 begannen FahrerInnen, die mit den schlechter werdenden Bedingungen unzufrieden waren, einen spontanen Streik und blockierten den Hafen. Nach dem Streik versuchten sie eine Kooperative aufzubauen, was aber scheiterte.

Im Dezember 1986 organisierten FahrerInnen die *Waterfront and Railway Union* (Küsten und Eisenbahn Gewerkschaft). Nachdem sie herausgefunden hatten, daß die Hafenfahrer in New York und New Jersey für ihre Wartezeiten bezahlt werden, klagte einer der FahrerInnen vor einem unteren Zivilgericht in Los Angeles mit derselben Forderung und kam damit durch. Danach wurden Hunderte ähnlicher Klagen eingereicht. Nun ging es um Zehntausende von Dollars und die Firmen engagierten hochbezahlte Rechtsanwälte. Letztendlich gewannen sie gegen die FahrerInnen vor dem höchsten Gericht.

1988 starteten die FahrerInnen dann ihren größten Angriff. Nachdem die Speditionen jede Verbesserung der Bedingungen abgelehnt hatten, streikten die FahrerInnen sechs Wochen lang. Um den Streik zu brechen karre eine der Speditionen 300 Leute aus El Salvador heran und versprach diesen einen legalen Status (in den USA). Die ArbeiterInnen, von Gewalt und Ersetzung bedroht, beendeten schließlich den Streik.

Steigende Benzinpreise führten dann 1993 zu einer wilden Streikbewegung, die über das Land fegte. Die selbständigen FahrerInnen weigerten sich, irgendwelche Fuhren zu übernehmen, solange bis die Speditionen einen Teil der steigenden Kosten ausglich. Im Hafen von L.A. dauerte der Streik viel länger als anderswo. Aber die Polizei übte starken Druck auf die FahrerInnen aus, und diese kehrten schließlich zur Arbeit zurück.

Während die Transportkriege im Hafen abliefen, wandelte sich die (Zusammensetzung der) Arbeiterschaft enorm. Heute sind über 90 Prozent der FahrerInnen, die Container vom Hafen von Los Angeles und Long Beach fahren, ImmigrantInnen, fast alle aus Mexiko oder Mittelamerika. Die Auseinandersetzung um den Hafen ist Teil der zunehmenden Arbeiterkämpfe der ImmigrantInnen, die die Gewerkschaftsbewegung in Südkalifornien grundlegend verändern.

Dabei handelt es sich genauso um sozialen Protest wie klassischen Arbeiterkampf. Gründe für das Zusammenkommen der FahrerInnen sind kulturelle Verbindungen und gemeinsame ökonomischen Probleme, dieselben Kräfte die schon Ursache für die Solidarität unter Trockenbauern und Zimmerleuten, HausmeisterInnen, FarmarbeiterInnen, Hotelangestellten und FabrikarbeiterInnen waren - die alle in den letzten Jahren gestreikt und das Recht auf gewerkschaftliche Organisation durchgesetzt haben (won union contracts; könnte auch heißen, daß sie einen »Closed Shop« durchgesetzt haben, bei dem alle ArbeiterInnen in einem Bereich in der Gewerkschaft sein müssen!).

Im Januar 1994 organisierten die Hafenfahrer die *Latin American Truckers Association* (Lateinamerikanische LKW-Fahrer Vereinigung). Die FahrerInnen begannen auch, nach einer Gewerkschaft zu suchen, die ihnen helfen würde, den Selbständigenstatus anzugreifen, und fanden den *Local 9400* der *Communications Workers of America* (CWA). Im Laufe des letzten Jahres wurden die meisten der 6000 FahrerInnen, die für den Hafen fahren, Mitglied in der CWA. Oft kommen 1000 von ihnen zu den wöchentlichen Treffen im CWA-Zentrum.

Im letzten Monat wurden die Häfen von Los Angeles und Long Beach von einem einige Meilen langen Korso von 1000 FahrerInnen und ihren LKWs erschüttert, der von Lynwood bis zum Rathaus von Long Beach reichte. Hunderte von Zugmaschinen und LKWs fuhren in einer gut organisierten Formation langsam den Hafen-Freeway runter und durch die Straßen von Long Beach. Auf Fahnen und Transparenten wurde die gewerkschaftliche Organisationsfreiheit gefordert. Bei ihrer Ankunft am Rathaus ließen sie den Stadtrat von Long Beach, der den Hafen verwaltet, wissen, daß sie von diesem die Unterstützung ihrer Forderung nach einer besseren Behandlung erwarteten.

Vor dem Korso gab es eine große Kundgebung unter einer Straßenüberführung von Freeway 105 in Lynwood. Politiker und Arbeiterführer, darunter Los Angeles Stadtrat Richard Alarcon, der frühere Senator des Bundesstaats Art Torres, die Führer der *United Farm Workers* (Landarbeitergewerkschaft) Arturo Rodriguez und Dolores Huerta und der Vizepräsident der *CWA Local 9400* Michael Hartigan sprachen den LKW-FahrerInnen ihre Unterstützung aus. Während der Kundgebung und dem Korso wiederholten die FahrerInnen ihre drei Grundforderungen: ein zentralisiertes Abfertigungssystem, das die Arbeit regeln und die langen Warteschlangen verkürzen soll; Bezahlung der Zeit, die mit Warten auf Container verbracht wird; und genaue Inspektionen der Container selbst.

Nach einem ähnlichen Korso von den Häfen nach Downtown L.A. im letzten Oktober verabschiedete der dortige Stadtrat einstimmig eine Resolution, in der die drei Forderungen unterstützt wurden. Die FahrerInnen und ihre Gewerkschaft traten nun an den Stadtrat von Long Beach heran. Ein Stadtver-

treter (City Attorney; ein leitender Posten in der Stadtregierung) erklärte ihnen, daß der hiesige Stadtrat keine ähnliche Resolution erwägen würde.

Virginia Rodriguez von der CWA beschuldigt die Stadtregierung von Long Beach, daß sie »ein offenes Ohr für die Interessen der Speditionen hat, nicht aber für die der FahrerInnen. Wir sagen, daß das arbeitende Leute sind, Menschen, die ein Einkommen verdienen, das zum Leben reicht. Und der Selbständigenstatus wird dazu benutzt, ihnen das zu verweigern. Er sorgt dafür, daß die FahrerInnen Sklaven einer Industrie bleiben, in der sie keine Rechte haben.«

»Im letzten Streik«, folgert Ural, »brauchten wir nur einen Tag, um die Unterstützung von 3000 FahrerInnen zu bekommen. Die Speditionen sollten uns genau zuhören. Entweder sie erfüllen unsere Forderungen oder wir werden sie überrollen.« ■

Neues vom BAU

In den letzten Zirkularen haben wir eine Menge Material zur Entwicklung in der Bauindustrie gebracht: Entsenderichtlinie, Mindestlohn, Razzien, Aktionen etc. waren die Stichworte. Mittlerweile hat sich einiges getan: das Entsendegesetz ist am 1. März '96 in Kraft getreten (und soll bis zum 1.9.1999 gültig sein), die IG BAU hat daraufhin in den Tarifverhandlungen im April einen Stufenplan zur Einführung von Mindestlöhnen vereinbart: im Westen beträgt er ab 1. April 15,30 Mark, ab 1.12.96 (wenn die Saison gelaufen ist!) 18,60 Mark; im Osten ab 1.4.96 14,08 Mark und erst ab 1.4.97 17,11 Mark. Im Moment ist das ganze aber sowieso nur Makulatur, da die Arbeitgeber im Ausschuß des Arbeitsministeriums sich gegen eine Allgemeinverbindlichkeitserklärung sperren, und der Ausschuß frühestens Ende Mai wieder tagen wird. Als Ausgleich für diese Mindestlöhne hat sich die Gewerkschaft auf eine geringe Steigerung der normalen Tariflöhne um 1,85 Prozent eingelassen (fünf Prozent waren gefordert). Die ganze Tarifrunde wurde von kraftvollen verbalen Streikdrohungen und einer unsäglich rassistischen Hetze gegen ausländische Arbeiter auf den Baustellen begleitet. Für dieses Zirkular haben wir erstmal eine Reihe von Berichten und Informationen zusammengestellt – eine genauere Analyse von unserer Seite wird folgen.

Als erstes drucken wir zwei Artikel aus der Zeitschrift einer trotzkistischen Gruppe über die gewerkschaftliche Mobilisierung auf den Baustellen ab. Auch wenn wir die politischen Positionen dieser Gruppe nicht teilen, so sind hell-sichtige Einschätzungen wie die folgenden eine Rarität innerhalb der deutschen Linken. Sie haben ganz gut verstanden, was der Kern des gewerkschaftlichen

Kampfs um Mindestlöhne ist und sprechen dies offen aus. Demgegenüber begrüßt ein Großteil der Linken die Forderung nach Mindestlöhnen, und wundert sich dann über den Rassismus der Gewerkschaft (siehe unten, die Kritik der DGB-Arbeitsgruppe am Brief des Berliner Gewerkschaftssekretärs Schröder). Zum Beispiel rief die linke Arbeitslosengruppe ALSO aus Oldenburg über e-mail enthusiastisch zur Teilnahme an der Demonstration in Magdeburg auf, ohne ein kritisches Wort über die Politik der IG-BAU zu verlieren, das ist schon peinlich: *»An alle, die mit der Lohnpolitik nicht zufrieden sind. Am Sonnabend, den 23. März 1996 ist eine Kundgebung in Magdeburg der IG-Bau geplant. Das ist die letzte Warnung an die Arbeitgeber endlich den Mindestlohnvertrag der IG-Bau mit zu unterschreiben und umzusetzen! Das Entsendegesetz ist im Bundestag in namentlicher Abstimmung von 597 Abgeordneten beschlossen worden. Jetzt sind die Arbeitgeber am Zug. Die Kundgebung in Magdeburg ist die Vorstufe zum bundesweiten Streik! Leute kommt nach Magdeburg und macht an der Kundgebung mit, es sehr wichtig!!!!«*

IG BAU läßt demonstrieren – für die Vertreibung ausländischer Arbeiter

(aus: neue ArbeiterPresse * 28.3.1996,
Zeitung des Bundes Sozialistischer Arbeiter, BSA)

Zehntausende Bauarbeiter demonstrierten vergangene Woche in München und Magdeburg, um gegen die Billiglöhne auf den Baustellen und die wachsende Arbeitslosigkeit zu protestieren. Anlaß waren die gescheiterten Verhandlungen über einen Mindestlohn und den kommenden Tarifvertrag. Allein im Dezember 1995 und Januar 1996 verloren 255 000 Bauarbeiter bundesweit ihre Arbeitsplätze.

Anfang Februar verabschiedete der Bundestag auf Drängen der Gewerkschaft mit den Stimmen der SPD ein sogenanntes Entsendegesetz, das die Vereinbarungen von Mindestlöhnen auf deutschen Baustellen vorschreibt. Damit wurde eine Wende in der Tarifpolitik der Bauindustrie eingeleitet. Ab jetzt wird nur noch über Lohnsenkung verhandelt. Die Gewerkschaft bot einen Mindestlohn von rund 19 Mark pro Stunde an, der rund 5 Mark unter dem Tariflohn liegt. Doch die Bauunternehmer lehnten ab. Sie sind überzeugt, daß sie in Zusammenarbeit mit der Gewerkschaftsspitze einen noch niedrigeren Mindestlohn durchsetzen können.

Bereits vor den Demonstrationen erklärte gegenüber der neuen Arbeiterpresse der Berliner Gewerkschaftssekretär Wolfgang Selle, eine Mindestlohnver-

einbarung könne dazu führen, daß auch die Löhne der deutschen Bauarbeiter gesenkt werden. »Dies ist natürlich die große Gefahr«, sagte Selle.

In den parallel geführten Tarifverhandlungen lag das Angebot der Unternehmer von 1,5 Prozent weit unter der Preissteigerungsrate, und für die neuen Bundesländer forderten sie eine Nullrunde. Die Verhandlungen wurden für gescheitert erklärt, und die Gewerkschaften riefen zu Demonstrationen auf und drohten mit Streiks.

Während viele Arbeiter nach einem Ausweg aus der Arbeitslosigkeit, ständig schlechteren Arbeitsbedingungen, Unfallgefahren und Lohnverlusten in der Bauindustrie suchen, versucht die Gewerkschaft, ihre Wut über die Misere in reaktionäre Bahnen zu lenken und ausländerfeindliche Stimmungen gegen die vielen portugiesischen, irischen, polnischen oder ungarischen Arbeiter auf den Baustellen zu schüren.

Trotz allgemeinen Aufrufen zur Solidarität war das Motto der Demonstrationen unüberhörbar: Ausländer raus aus deutschen Baustellen. Schon der erste Blick auf die Demonstrationen machte deutlich, daß nicht ein einziger der betroffenen Bauarbeiter aus Süd- oder Osteuropa teilnahm.

Statt zum vereinten Kampf von ausländischen und deutschen Bauleuten gegen die Ausbeuter aufzurufen, verlangte der neue Gewerkschaftsvorsitzende und Hauptredner Wiesehügel ein Bündnis mit den Unternehmern, ein »Bündnis für Arbeitsplätze am Bau«. Man müsse eine »nationale Lösung« durchsetzen, und dazu sei es erforderlich, sofort das Entsendegesetz anzuwenden.

Vor den versammelten Bauarbeitern, die seit vielen Jahren Tag für Tag mit ihren ausländischen Kollegen zusammenarbeiten, bemühte sich Wiesehügel, seine rassistische Politik nach Kräften zu verbergen. Er wolle nicht der Fremdenfeindlichkeit das Wort reden. Die Gewerkschaft wolle vielmehr gegen die »Ausbeutung ausländischer Bauarbeiter« vorgehen; es gehe ihr um »gleichen Lohn für gleiche Arbeit an gleichem Ort«.

Im selben Atemzug berichtete er, daß die gewerkschaftliche Verhandlungskommission unter seiner Leitung bereits angeboten habe, für ausländische Arbeiter 80 Prozent des Mindestlohns zu akzeptieren. Soviel über gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Doch in Wirklichkeit versuchen Wiesehügel und seine Kollegen der Gewerkschaftsspitze, den Mindestlohn nicht deshalb hoch zu halten, um auch den ausländischen Arbeitern ein vernünftiges Auskommen zu ermöglichen.

Ihr Ziel ist es vielmehr, durch einen möglichst hohen Mindestlohn die Bauunternehmer zu drängen, ausländische Arbeiter zu entlassen und deutsche einzustellen. Das meint Andreas Steppuhn, der Landesvorsitzende der IG BAU Sachsen-Anhalt und zweiter Sprecher der Magdeburger Kundgebung mit seiner wiederholten Feststellung, der Entsendelohn könne die Billiglohnarbeit stoppen.

Schließlich ließ er die Katze aus dem Sack, als er rief, es sei wohl jedem klar, daß »Arbeitslosigkeit produziert werde und die Lohnnebenkosten steigen«,

wenn man zuläßt, »daß Zehntausende und bundesweit sogar Hunderttausende an Billiglohnkräften, die keine Sozialversicherungsbeiträge zahlen, tätig werden.« Also, Ausländer raus.

Wiesehügel drohte am Ende seiner Rede, daß »jeder der nahezu 200.000 entsandten Beschäftigten der Billiglohnkonkurrenz auf unseren Baustellen ein Tropfen Öl ins Feuer« gieße, und »daraus kann sehr leicht ein großes Feuer werden.«

Konkreter hat Wiesehügel diese Androhung Anfang Februar erläutert: Die IG BAU schloß eine »Sicherheitspartnerschaft« mit der Polizeigewerkschaft GdP, die beinhaltet, künftig IG BAU Vertrauensleute als Hilfspolizei auf Baustellen einzusetzen, um »illegale« Bauarbeiter aufzuspüren und ihre Verhaftung und Abschiebung zu ermöglichen. ■

»Welch ein abstoßendes Schauspiel!«

Ein Bauarbeiter berichtet von der Gewerkschaftsdemonstration in München

(aus: neue ArbeiterPresse * 28.3.1996)

Als mir die Gewerkschaft Bauen-Agrar-Umwelt eine Einladung zur Demonstration mit dem Motto »Billiglohn macht Arbeitslos« zuschickte, entschloß ich mich spontan zur Teilnahme. Für den 22. März hatte die Gewerkschaft 186 Busse aus Hessen, Rheinland-Pfalz, Baden-Württemberg und Bayern organisiert, um die Teilnehmer nach München zu bringen.

Ich selbst fuhr mit dem Bus aus Esslingen mit, in dem neben Betriebsräten und Gewerkschaftsangestellten vor allem Arbeiter des Bauunternehmens Wolf & Müller aus Denkendorf mitfahren. Diese Baufirma, die bundesweit mehrere Tausend Arbeiter hat, hatte erst kürzlich im Raum Esslingen mehr als 40 Arbeiter entlassen und weitere Entlassungen von Betonbauern für den Sommer angekündigt.

Überraschenderweise ging die Fahrt nicht direkt zum Kundgebungsort, sondern alle Busse sammelten sich um 11 Uhr auf der Münchner Theresienwiese. Von dort wurden wir 10 000 Bauarbeiter in den Bussen in einer Busdemonstration erst einmal kreuz und quer durch München kutschiert. Während der Gewerkschaftssekretär nicht müde wurde, seine Begeisterung über die so ausgelösten Autostaus am Rande der Fahrtroute kundzutun, schliefen immer mehr Arbeiter nach endloser Fahrt erschöpft ein. Um 14.00 Uhr dann endlich, nach 7 Stunden im Bus, erreichten wir die Großbaustelle für das neue Münchner Messegelände auf dem ehemaligen Rollfeld des Flughafen Riem.

Da erklärte unser Gewerkschaftssekretär: »Schaut da rüber, wenn ich das sehe, wird mir schlecht: 42 Baukräne und lauter Subs (Arbeiter von Subunter-

nehmen, d. Red.)« Und - trotz Beteuerung, er wolle nicht offen die osteuropäischen Billiglohnarbeiter verantwortlich machen - ließen seine Worte keinen Zweifel: »Mit den niedrigen Löhnen nehmen sie Eure Arbeit weg.«

Das löste unter anwesenden Gewerkschaftsbürokraten sofort heitere Stimmung auf unterstem Niveau aus: »Die Baracken müssen brennen!« - gemeint waren die Wohncontainer der Billiglohnarbeiter. Ähnliche Äußerungen wurden am nächsten Tag dann auch in den Zeitungen Bild und Münchner Merkur zitiert.

Welch ein abstoßendes Schauspiel! Und was wird erreicht? Unsere Spaltung in osteuropäische und deutsche Kollegen.

Dann ging es zur Kundgebung auf dem Rollfeld. Außer ein paar Zeitungsreportern hatte sich kaum jemand so weit vor die Tore ins Grüne verirrt. Wir Arbeiter mußten uns dann Christian Ude anhören, den Münchner SPD-Bürgermeister. Bei dem Pfeifkonzert für ihn schrien viele erboßt: »Warum darf der hier sprechen?« Ein Maurer aus der Pfalz sagte: »Die Frage müssen wir anders stellen - warum lädt die IG Bau den hierher ein?«

In den weiteren Reden wurde dann das sogenannte Entsendegesetz und ein Baumindestlohn von knappen 20 DM verteidigt, geltend für alle Arbeiter. Hierfür wolle die Gewerkschaft sogar ab dem 22. April streiken. Das wäre dann nicht nur der erste große Streik in der Geschichte der Bauindustrie, sondern der erste überhaupt für Lohnsenkungen!

Auch wenn die Gewerkschaft erklärt, daß der Mindestlohn natürlich nicht für die besser bezahlten Tarifarbeiter gelte, so ist doch eins sicher: Das Gegen-einander-Ausspielen von billigen gegen teurere Arbeiter geht weiter. Ein Mindestlohn, der sich so bei 16 oder 17 DM einpendeln dürfte, öffnet Tür und Tor dazu, die Arbeiter zu billigen Jobs zu zwingen.

Die ganze Kundgebung machte jedenfalls den vollständigen Bankrott der Gewerkschaft deutlich: Sie ist weder fähig noch gewillt, den Arbeitern eine wirkliche Perspektive zu geben. Nach einer Stunde Kundgebung im strömenden Regen wurden alle dann auf schnellstem Wege wieder in die Busse gepackt und nach Hause kutschiert. ■

Skandal um einen rassistischen Brief

Im folgenden dokumentieren wir den Brief eines Berliner Gewerkschaftssekretärs der Baugewerkschaft an seinen »Landesvater«, der von der DGB-Arbeitsgruppe »GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus« zusammen mit einem offenen Protestschreiben an die Gewerkschaft bekannt gemacht wurde. Im Anschluß daran folgt ein Kommentar von uns zu der kritischen Stellungnahme der DGB-Arbeitsgruppe.

- Arbeitslose Bauleute -

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Eberhard Diepgen!

Es ist ein Hohn, daß man in Berlin von einem Bauboom spricht, jedoch die Berliner Bauleute zu Arbeitslosengeld-, Arbeitslosenhilfe- und Sozialhilfeempfängern abgestürzt sind.

Die Zahl der arbeitslosen Berliner Bauleute hat einen Umfang angenommen, daß uns die Zukunft dieser Bevölkerungsgruppe problematisch erscheint und eine Verelendung vieler Berliner Familien zu befürchten ist.

Durch die Schwarzarbeit, die illegale Beschäftigung, die Kontingente für Ausländerarbeiter aus Osteuropa und die wirtschaftliche Öffnung für EG-Firmen und deren Arbeitnehmer wurde ein Sud angekocht, der nicht mehr überblickt - geschweige denn in ordentliche Bahnen geführt - werden kann.

Sie und die anderen verantwortlichen Politiker unserer Stadt müssen dort ansetzen, wo die Übel beginnen, also bei der Zulassung hier zu arbeiten. Unabdingbar ist die schnelle Kontrolle und Bestrafung in Verbindung mit anschließenden Sanktionen gegen Wirtschaftsverbrecher: ein anderes Wort ginge an der Sache vorbei.

Wir meinen, Polizei, Grenzschutz, Zollbehörden und die verantwortlichen Ämter, wie Arbeitsämter, Kriminalpolizei, Baugewerbe-Polizei, Landesamt für den Arbeitsschutz, Steuerfahndung, Berufsgenossenschaften u.a.m., müssen gebündelt auf dieses »Krebsgeschwür« angesetzt und verpflichtet werden zu helfen, damit unsere Baustellen wieder »sauber« werden und der geordnete Wettbewerb unter den Anbietern wieder aufgenommen werden kann. Ordentliche Arbeitsverhältnisse wären die Folge.

Das hätte wiederum zur Folge, daß Steuer- und Sozialabgaben wieder in die Kassen fließen, die wir unbedingt benötigen!

Die Haushaltsdebatte hat gezeigt, wohin uns der schlampige Umgang mit unseren Gesetzen geführt hat.

Als letzten und einzigen Ausweg sehen die Politiker die Anhebung der Mehrwertsteuer! Dieser Weg hilft zwar den Staatskassen, zieht aber in unserem Lande Kaufkraft in Höhe von 14 Milliarden ab; dieser führt dann zeitversetzt zu weiteren Einsparungen und Entlassungen im Zuliefer- und Verbrauchsgewerbe!

Lassen Sie diese These schnell prüfen, setzen Sie auf den Weg der ordentlichen Staatsführung durch die Einhaltung der Gesetze und bestrafen Sie die Schuldigen und Betrüger, die unsere Gesellschaft berauben!

Wir Bauleute helfen Ihnen, wenn es um die Aufdeckung solcher Machenschaften in unserem Gewerbe geht. Sorgen Sie für die notwendigen Absprachen der Ämter und Behörden sowie der Organisationen in den jeweiligen Branchen, damit sie gemeinsam Abhilfe schaffen können.

Appellieren Sie an die Unternehmer, die Berliner Bevölkerung wieder einzustellen, damit sich der Kreislauf schließen kann!

Durch Duldung der »Parasiten« und nicht konsequente Anwendung unserer Gesetze ist unsere so mühsam aufgebaute Demokratie in Gefahr. Deshalb sind die Demokraten auch aufgerufen, die Gemeinschaft zu schützen, damit wir sie erhalten und nicht zerstören lassen, was ein unverzeihliches Übel und eine Schande für die gesamten Politiker in unserer Republik wäre.

Schützen wir uns, damit uns die Demokratie schützen kann!

Packen Sie endlich zu und greifen Sie durch!

Klaus Schröder
Geschäftsführer

* * *

GewerkschafterInnen gegen Rassismus und Faschismus
Brunnenstr. 125-127
13355 Berlin

Berlin, den 12.4.1996

An den Landesbezirkvorstand der IG Bauen-Agrar-Umwelt

Die IG BAU befand sich in einer der wichtigsten Auseinandersetzungen, bei der es um die Durchsetzung eines Mindestlohns ging. Damit soll der Lohn-drückerei auf den Baustellen entgegengetreten werden. Gleicher Lohn für gleiche Arbeit ist ein wichtiges gewerkschaftliches Prinzip, hinter dem wir natürlich auch stehen.

Vor dem Hintergrund der krisenhaften Entwicklung im Bausektor sind zur Zeit immer häufiger gefährliche rassistische Töne zu hören. Wir erachten es als selbstverständlich, daß eine Gewerkschaft sich solchen Tendenzen entgegenstellt. Für einen Teil der IG BAU scheint dies jedoch nicht zu gelten. In einem offenen Brief an den Regierenden Bürgermeister von Berlin verbreitet der Geschäftsführer des IG BAU Bezirksverbands Berlin Süd-West, Klaus Schröder, folgendes:

»(...) Durch die Schwarzarbeit, die illegale Beschäftigung, die Kontingente für Auslandsarbeiter aus Osteuropa und die wirtschaftliche Öffnung für EG-Firmen und deren Arbeitnehmer wurde ein Sud gekocht, der nicht mehr überblickt – geschweige in ordentliche Bahnen geführt – werden kann. (...) Wir meinen Polizei, Grenzschutz, Zollbehörden und die verantwortlichen Ämter, wie Arbeitsämter, Kriminalpolizei, Baugewerbe-Polizei, Landesamt für Arbeitsschutz, Steuerfahndung, Berufsgenossenschaften u.a.m., müssen gebündelt auf dieses »Krebsgeschwür« angesetzt und verpflichtet werden zu helfen, damit unsere Baustellen wieder »sauber« werden (...) Durch Duldung der »Parasiten« und nicht konsequente Anwendung unserer Gesetze (...)«

Dieser Text hätte auch in einem Flugblatt der Republikaner stehen können. Wäre es dem Geschäftsführer Klaus Schröder darum gegangen, die Verantwortlichen für die Zustände am Bau zu benennen, hätte er das tun können. Das System der Subkontrakte, mit dem die Generalunternehmer ihre Profite auf Kosten aller Beschäftigten machen, ist ihm wahrscheinlich besser bekannt als uns. Stattdessen werden Arbeiter vor allem aus Osteuropa und den EG-Ländern als »Krebsgeschwür« und »Parasiten« beleidigt. Die Arbeiter, die die schlechtesten Arbeitsbedingungen, Entlohnung und Absicherung haben, werden ausgegrenzt. Sie sind derzeit die Opfer der Razzien auf den Baustellen.

Die Forderung nach einem verschärften staatlichen Vorgehen auf den Baustellen gegen die dort Beschäftigten ist offizielle Politik der IG BAU. Damit werden in erster Linie Menschen getroffen, die aufgrund miserabler wirtschaftlicher oder politischer Verhältnisse in ihren Herkunftsländern gezwungen sind, ihre Arbeitskraft hier billig zu verkaufen und die durch die ausländerrechtlichen Bestimmungen in der BRD zu Illegalen gemacht werden.

Wir erwarten von der IG BAU, daß sie die Interessen aller auf dem Bau Beschäftigten vertritt. Gerade die Menschen, die keine Rechte haben, brauchen Beratung und Unterstützung. Wir fordern von der IG BAU, daß sie die Verantwortlichen für die gegenwärtige Lage am Bau, die Generalunternehmer und die sich gegenseitig unterbietenden Subunternehmer, benennt und sich nicht übler rassistischer Stimmungsmache bedient. Ein Geschäftsführer, der das aktiv betreibt, ist für jede Gewerkschaft untragbar!

* * *

Kommentar (Red.)

So richtig es ist, als ArbeiterInnen gegen solchen rassistischen Dreck vorzugehen, so wenig kann es uns wundern, wenn die Gewerkschaft, an die sich der Offene Brief wendet, keinerlei Konsequenzen gegen Schröder ziehen will (siehe taz-Berlin v. 16.4.96).

Die Forderungen Schröders sind inhaltlich eben kein Ausrutscher, sondern sie geben recht exakt den offiziellen Gewerkschaftsstandpunkt wieder. Schröder sagt halt laut, was viele IG BAU-Funktionäre so denken und was Inhalt der offiziellen Gewerkschaftspolitik ist. Wir haben bei unseren Recherchen zu Baustellenrazzien oft Gewerkschaftsfunktionäre kennengelernt, die stolz darauf waren, wenn sie bei der Jagd auf illegalisierte ArbeiterInnen mitmachen konnten (siehe »Razzia – Nix da!« in Off-Limits Nr. 11, Okt./Nov. 1995). Und der Offene Brief sagt es ja auch selber: »Die Forderung nach einem verschärften staatlichen Vorgehen auf den Baustellen gegen die dort Beschäftigten ist offizielle Politik der IG-BAU.« In den Verhandlungen über die Entsenderichtlinie hat die Gewerkschaft sogar die Einrichtung eines Baustellenbeauftragten durch-

gesetzt, der auf den Baustellen rumschnüffeln und direkt denunzieren soll.

Daß mit der »Durchsetzung eines Mindestlohns (...) der Lohndrückerei auf den Baustellen entgegengetreten werden« soll, wie der Offene Brief behauptet, ist ein Märchen. Erstens ist der Mindestlohn für die IG-Bau eine Strategie, um die ausländischen Arbeiter herauszudrängen – statt sie in ihrem Kampf um höhere Löhne und gegen die mörderischen Arbeitsbedingungen zu unterstützen. Zweitens handelt es sich bei den gepriesenen Mindestlöhnen in Wirklichkeit um eine Lohnsenkung für alle Bauarbeiter, denn jetzt kann jeder neue Bauarbeiter, ob aus- oder inländisch zu den neuen Tarifmindestlöhnen (ca. 25 Prozent unter der niedrigsten »normalen« Lohngruppe) eingestellt werden, und dieser Mindestlohn kann auch wieder neu verhandelt, sprich gesenkt werden. In dieser Weise wird das bloß formale Prinzip »gleicher Lohn für gleiche Arbeit«, das nichts über die Lohnhöhe aussagt, heute überall von den Unternehmern benutzt: Warum soll ein Arbeiter in Deutschland nicht bereit sein, zu demselben Lohn zu arbeiten, zu dem ein Pole hier arbeitet; oder ein Arbeiter in Ungarn, oder in China ... Die sich radikal gebende MLPD-Parole »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit – weltweit!« kann so schnell nach hinten losgehen. Außerdem beinhaltet dieses »wichtige gewerkschaftliche Prinzip« auch die Spaltungslinien, die durch die gewerkschaftliche Anerkennung der Lohnhierarchien festgeschrieben werden: »Ungleicher Lohn für ungleiche Arbeit«!

Daß Schröders Äußerungen keine Ausnahme sind, wird noch einmal durch den folgenden Bericht einiger Genossen unterstrichen, die zur der Demo der IG-Bau in Magdeburg gefahren waren:

Im Rahmen der nationalistischen Gewerkschaftskampagne für Entsenderichtlinie und Mindestlöhne hatte die IG Bau am 23. März zu einer bundesweiten Demonstration nach Magdeburg aufgerufen. Es waren ca. 3 000 Menschen versammelt von denen die meisten Gewerkschaftsmitglieder waren. Fast alle trugen vorgefertigte Gewerkschaftsparolen mit sich rum, die häufigsten waren: »Stoppt Lohndumping«, »Für sichere Arbeitsplätze«. In den Redebeiträgen aus den Lautsprecherwagen wurde dauernd von »deutschen Bauarbeitern«, »deutschen Baustellen«, »deutscher Bauindustrie« geredet. Die Stimmung insgesamt war angespannt und zum Teil aggressiv und ausländerfeindlich. Die meisten Leute, mit denen wir geredet haben, vertraten den Standpunkt, daß die Regierung dazu da sei, unsere Probleme zu lösen. Um das zu erreichen, müsse über die Gewerkschaft Druck gemacht werden. Die Misere auf dem Bau würde tatsächlich von ausländischen Billigarbeitern verursacht, gegen die deswegen vorgegangen werden müsse. Auf der Kundgebung wurde oft mit Streik gedroht, obwohl unklar ist, ob die IG Bau genügend Leute zu einem Streik mobilisieren kann. Ausserdem ist die Frage, was das für ein Streik sein sollte, ein Streik gegen die ausländischen Kollegen?

Aktionen gegen Razzien...

Im Rahmen eines Antifaschistischen Stadtrundgangs im November 1995 bekam der Chef des Hauptzollamts Wuppertal Besuch von einigen dutzend Menschen. Wir dokumentieren den Text der Rede, die vor der Wohnung des Zollfahnders gehalten wurde.

»Vorsicht Menschenjäger!

Werner Beckert Vorsteher des Hauptzollamtes Wuppertal Mainstr. 35

»Tatort Baustelle: Düsseldorf – 10 Uhr – Volkardeyer Weg

Polizeimannschaftswagen parken vor der großen Baustelle, Bereitschaftspolizisten steigen aus, kurz darauf ist das Gelände abgeriegelt. Beamte des Einsatztrupps »Bekämpfung illegaler Beschäftigung« des Hauptzollamtes Wuppertal schwärmen aus – Razzia. Die Arbeiter werden in der Mitte der Baustelle zusammengetrieben: deutsche Arbeiter nach rechts, ausländische Arbeiter nach links. Personalien werden festgestellt. Für die Ausländer, die sich nicht ausweisen können, wird ein Buspendienst unter Polizeibegleitung zu den Wohncontainern gleich um die Ecke eingerichtet. Dort sollen die Arbeiter, meist Portugiesen, ihre Ausweise holen. Zugleich durchkämmt ein Polizeitrupp mit zwei Hunden die Rohbauten. »Wir müssen sicher sein, daß sich keiner versteckt«, sagt Werner Beckert.

In einem engen Baucontainer werden die Papiere der Portugiesen überprüft, deren Papiere in Ordnung sind, erhalten ein grünes Bändchen um den Arm und dürfen wieder an die Arbeit. Die Portugiesen, die keine Bescheinigung nach E 101 haben, die europäische Ausländer anstelle eines Sozialversicherungsausweises haben müssen, werden gleich in ihr Heimatland verfrachtet – mehrere Monate umsonst geschuftet – Pech!« (Westdeutsche Zeitung, Wuppertal November 1995)

Verantwortlich für diese Razzia, für diese Menschenjagd:

Werner Beckert, Chef des Hauptzollamtes.

Rund 80 Mitarbeiter von neun verschiedenen Behörden (u.a. Polizei, Arbeitsamt, Ausländerbehörde, Ordnungsamt, Finanzamt...) nahmen unter seiner Federführung an dieser Hatz teil.

Das Ergebnis dieser Razzien ist immer dasselbe: ArbeiterInnen werden von der Baustelle vertrieben, ohne ihren Lohn zu sehen. Die ArbeiterInnen, die keine gültigen Papiere vorweisen können, werden in Abschiebehaft genommen. Und für die ausführenden Firmen bedeuten Razzien, ne Menge Geld einzusparen. Sind die ArbeiterInnen erstmal in ihr Heimatland abgeschoben, haben sie kaum

Chancen, an ihr Geld zu kommen.

Grundsätzlich sollen die Razzien die Präsenz der Überwachungsbehörden zeigen und den Druck aufrechterhalten, unter dem »Illegale« stehen. Der Druck ist oft ungeheuerlich: der deutschen Sprache nicht mächtig, nicht vertraut mit den hiesigen Vorschriften, isoliert in Baucontainern oder anderen miserablen Unterkünften, abhängig von der Gnade des Subunternehmers. Das macht den Kampf für mehr Lohn oder bessere Lebensbedingungen nicht leichter. Aber erst die reale Drohung mit der Hundertschaft Polizei und Abschiebehaft stellt die »Illegalität« tatsächlich her und läßt die Ausbeuter ihr Spiel treiben. Ein Spiel, daß Razzien, ausgelöst durch anonyme Anzeigen der Subunternehmer selbst, bewußt miteinschließt.

Wir sollten Leute wie Beckert nicht außen vor lassen bei unseren Bemühungen, gegen den staatlichen Rassismus anzukämpfen. Wir reihen ihn ein in die Liste der Schreibtischtäter und Menschenjäger, die den ausländischen Menschen hier in Wuppertal das Leben zur Hölle machen.

- **Schauen wir hin, was tagtäglich auf den Baustellen, in Restaurants und Wohnheimen passiert.**
- **Greifen wir ein, wenn in aller Öffentlichkeit wieder die Menschenjagd eröffnet wird!**
- **Schluß mit den Razzien!**

* * *

Demonstration gegen DGB-Razzien-Konferenz in Hamburg

Am 27. Februar fand in Hamburg eine kleine Demonstration vor dem Gewerkschaftshaus statt, um gegen eine an diesem Tag vom DGB organisierte nicht-öffentliche Konferenz zu demonstrieren, zu der u.a. Zollamt, Polizei, Innenbehörde eingeladen war. Der DGB wollte damit »effektivere Maßnahmen gegen Schwarzarbeit, illegale Beschäftigung und Sozialdumping« erreichen. »Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! statt ›Bündnis gegen illegale Beschäftigte« forderten dagegen die KritikerInnen.

* * *

»Anschlag auf Haus von Arbeitsamt-Vize: Auf das Haus von Helmut Machleidt, Vizepräsident des Landesarbeitsamtes Nord in Norderstedt bei Hamburg ist in der Nacht zum Montag ein Anschlag verübt worden. Dabei seien Scheiben zu Bruch gegangen sowie Buttersäure und Farbflaschen in und am Haus verteilt worden, bestätigte die Familie. In einem gestern aufgetauchten Bekennerschreiben wird Machleidt wegen seiner Fahndung nach illegal auf deutschen Baustellen arbeitenden Ausländern als »professioneller Menschenjäger und Schreibtischtäter« bezeichnet.« (Berliner Zeitung, 17.4.1996)

Ein Flugblatt aus Bielefeld (die Vorderseite des Flugis findet ihr auf der Rückseite dieses Zirkulars):

**Warum »Bündnis für Arbeit«? Wer findet Arbeit denn geil...
und warum nennt es Dein Chef nicht gleich
»Bündnis für meinen neuen Porsche«?**

- Warum sollten wir uns den Kopf darüber zerbrechen, wie die Unternehmer ihren Umsatz erhöhen?
- Warum haben wir eigentlich so viele Arbeitslose?
- Warum haben wir so viele Firmen, die einen sofort für 14 DM/Stunde einstellen?
- Warum haben wir Schieß, nach einer Lohnforderung auf die Straße gesetzt zu werden?
- Warum sagen auch die Gewerkschaften: lieber weniger Geld, dafür Arbeitsplätze sichern?
- Warum gehen wir nicht für 10 Mark malochen, wenn wir genug Arbeitslosengeld kriegen und ein bißchen schwarzarbeiten?
- Warum kürzt der Staat bei Arbeitslosengeld und Sozialhilfe?
- Warum ist heute eine Razzia, nachdem gestern unser schwarzarbeitender Kollege mehr Geld gefordert hat?
- Warum sitzt der Kollege morgen in Abschiebehäft oder bezahlt deftige Strafen?
- Warum scheißen wir morgens nicht auf den Wecker und schmusen lieber noch ein bißchen mit der Freundin/dem Freund?
- Warum geht es allen Leuten, die malochen müssen, weltweit an den Kragen?
- Warum sollten wir uns um die Probleme der Unternehmer kümmern, haben wir nicht selbst genug?
- Warum weiterhin sagen: Wir können ja nichts machen, macht ja keiner mit?
- Warum kämpfen wir im nächsten Streik nicht mit den französischen, brasilianischen, nigerianischen KollegInnen zusammen?

Laßt uns Antworten auf unsere Fragen suchen!

Freie ArbeiterInnen Union und wildcat
Treffen: Dienstag, 9. April, 18 Uhr, Café Parlando,
Libertäre Leihbücherei, Wittekindstr. 42

Bericht zum nebenstehenden Flugblatt:

»Geld ist da und nicht zu knapp, die Reichen geben nur nichts ab!«

Am 29.3.96 fand ein »Aktionstag für soziale Gerechtigkeit« in Bielefeld statt. Es sollte eine Kundgebung in der Stadtmitte geben. Aufgerufen haben verschiedene Arbeitslosengruppen, Antifas, Grüne, Gewerkschafts- und Kirchengruppen. Es wurden echt viele Plakate in der Stadt auf Stellwände geklebt und es gab ein Flugblatt zum Mobilisieren. Das Motto hieß »Geld ist da und nicht zu knapp, die Reichen geben nur nichts ab!« Das Flugblatt wehrte sich inhaltlich gegen Sozialkürzungen bei Arbeitslosenunterstützung, ABM-Kohle, Sozial- und Flüchtlingshilfe. Außerdem sprach es sich gegen Befristung von Arbeitsverhältnissen und Zwang zur Pflichtarbeit aus. Wir wollten zusammen mit der FAU ein anderes Flugblatt auf der Veranstaltung verteilen. Wir haben uns gedacht, daß auf der Kundgebung über den Zusammenhang von scheinbarer Wirtschaftskrise, Arbeitslosigkeit, Kürzungen und verschlechterte Arbeitsbedingungen informiert wird, zwar aus linker Gewerkschaftsecke, aber daß Hintergrundinformationen immerhin da sind. Wir wollten deshalb auf Darstellung der Krise verzichten und ein plakatives Flugblatt gegen Ausbeutung und für internationalen Klassenkampf machen. Am Freitag war es dann am Regnen und Schneien, auf der Kundgebung waren vielleicht auch deshalb nur ca. 50 Leute, sie spielten Pop-Musik, einen IGM-Rap für das »Bündnis für Arbeit« und die Podiumsleute verspäteten sich wegen einer Pressekonferenz im Rathaus. Die ÖTV hatten ihr Glücksrad aufgebaut, die Grünen, die Arbeitslosengruppen und der Asta Informationstische. Nacher sprachen eine Frau von den Grünen, ein ÖTV-Arbeitsloser, der DGB--Chef und einer von der Arbeitslosengruppe. Es gab kaum Informationen und Diskussionen, alle sprachen sich dafür aus, daß Überstunden abgebaut werden müssen, der Reichtum ungerecht verteilt ist und die Arbeitsplatzbesitzer etwas von ihrer Arbeit abgeben sollten. Und natürlich, daß man sich wehren muß. Also alles in allem große Scheiße, deswegen war ich auch nicht so glücklich mit unserem Flugblatt, wir hätten vielleicht doch ein etwas ausführlicheres schreiben sollen. Wir verteilten etwa 200 Flugis, ich stand als Arbeitsplatzbesitzer in meinen Arbeitsklamotten in der Kälte, zog den Neid der Arbeitslosen auf mich, die Leute hatten, bis auf einen BWL-Student keine Zeit zum Diskutieren, nach zwei Stunden bin ich dann nach Hause, duschen. ■

m.

Welt in Umwälzung

In der letzten Phase der Steinzeit, in Europa etwa ab 5000 v.u.Z., wurden die Menschen zu Bauern. Die übergroße Mehrheit blieb das – über alle gesellschaftlichen Entwicklungen und Formveränderungen ihrer Beziehung zum Boden (v.a. der Eigentumsverhältnisse) hinweg – praktisch bis jetzt. Das hat Eric Hobsbawm gemeint, als er von der »größten Umwälzung seit dem Neolithikum« gesprochen hat.¹ Er illustrierte diese Entwicklung aber noch mit einem anderen Beispiel. Zu seiner Zeit als Student (30er Jahre) gab es in Europa vielleicht 300 000 Studenten. Heute hat Ecuador so viele. Es geht also um zwei nicht nur zusammenhängende Entwicklungen, sondern um zwei Aspekte der selben Entwicklung: Proletarisierung und Urbanisierung.

Man kann – wie Hobsbawm – den Startpunkt dieser Phase auf etwa 1950 datieren, also nach dem Sieg vieler nationaler Befreiungsbewegungen mit vorwiegend ländlicher sozialer Basis nach dem Zweiten Weltkrieg und der Installation der Entwicklungsdiktaturen mit ihren Fünfjahresplänen mit Schwerpunkt (Schwer-)Industrialisierung. Man kann 1965 als wichtiges Datum notieren: »Grüne Revolution« in Indien. Sicher ist auch das Ende des Vietnamkrieges ein wichtiges repräsentatives Datum, auch wenn Vietnam seither gewiß nicht mehr im Zentrum des Geschehens liegt. Aber in diese Zeit fällt – unabhängig von »Sieg« oder Niederlage der nationalen KPen – eine Modernisierung der Entwicklungsdiktaturen, die sich unter dem Druck sozialer Kämpfe in den Städten und auf dem Land entweder zu einem forcierten Entwicklungsmodell mithilfe der Petrodollars entwickelten oder, wie im bereits weit fortgeschrittenen Chile, erste neoliberale Experimente durchführten. Allen gemeinsam war »Industrialisierung«, Modernisierung der Landwirtschaft und Liberalisierung der Nahrungsmittelmärkte. Es war die Zeit großer Hungerkatastrophen (und der »Energiekrise«). Dies war sicher von Land zu Land und von Kontinent zu Kontinent verschieden und ungleichzeitig.

Historische Entwicklungen entspringen nicht den Strategien und Maßnahmen des Kapitals. Deshalb gibt die vorstehende Zusammenfassung eigentlich ein falsches Bild. Zugrunde liegen die Bedürfnisse, Hoffnungen, Bewegungen und Kämpfe der Menschen. Gerade für die 70er ist das offensichtlich. »Die Haupttendenz in der Welt ist Revolution« formulierte damals die KPD (Roter Morgen). Auch wenn sie vor allem das Erstarken der nationalen KPen meinte, so war es doch weltweit wahr: die Menschen wollten ein besseres Leben. Die

¹ Eric Hobsbawm, Das Zeitalter der Extreme, München 1995, S. 365ff. Anm.d.Red.

Reaktion des Kapitals: Petrodollars zur Entwicklung der Industrie und zur Modernisierung der Landwirtschaft. Der Zug in die Städte schwoll an. In Lateinamerika begannen vor allem die schon großen Zentren regelrecht zu explodieren: Es kamen nicht mehr nur die landlosen Bauern, sondern auch die Proletarier aus nachgeordneten kleineren Städten. In Lateinamerika hatte also die Landflucht ihren Höhepunkt schon überschritten, ist aber wohl bis heute nicht vorbei. 1950 lebten in Brasilien drei Viertel der Bevölkerung auf dem Land, heute nur noch ein Viertel. Dies dürfte – más o menos – für ganz Lateinamerika zutreffen.

Dort scheint die große Zeit der Entwicklungsdiktaturen vorbei zu sein. Überall bezogen sich sowohl Peronisten, Militärs als auch die nationalen KPs auf eine wesentlich ländliche Klassenzusammensetzung, verbunden damit, daß ihre Kader selbst aus der städtischen Mittelschicht kamen und sich deshalb ein oft widersprüchlich-wechselhaftes Verhältnis zur städtischen Arbeiterklasse darstellte. Die eigentliche Klassenbasis waren aber entweder die Großgrundbesitzer, die Kulaken oder bei »Linken« die kleinen und landlosen Bauern. Am klarsten ausgedrückt von Mao TseDong und zuletzt, aber da schon als gorbatschowsche Zuspätkommer, die Sandinisten in Nicaragua. So oder so: diese Basis ist heute in Lateinamerika zu schmal geworden. Was aber nichts daran ändert, daß z.B. in Brasilien heute noch die Großgrundbesitzer einen weit übergewichtigen Einfluß auf die Regierungspolitik haben und andererseits SemTerra, die Organisation der Landlosen und Landbesetzer, sich »die größte soziale Organisation der Welt« nennen kann.

Asien

Das was jetzt in Asien vor sich geht, ist keine Wiederholung oder Nachholung der Geschichte. Es geht um andere Dimensionen, Geschwindigkeiten und um andere Welt-Bedingungen. Die Welt ist auf polit-ökonomischer und kultureller Ebene auf ganz neue Art zwar nicht einheitlicher, aber zur Einheit geworden.

Der Aufbruch der Menschen aus den halbfeudalen diktatorischen Verhältnissen trifft seit wenigen Jahren auf ein »labour-hungry« Kapital, das scheinbar unerschöpflichen Bedarf an billiger Arbeitskraft für alle Arten arbeitsintensiver Produktion hat. Bodenschätze, Textil, Schuhe, Elektronik, Spielzeug, Traditionalwaren, Nahrungsmittel etc. Dieser Boom ist begleitet vom Aufstieg einer kleinen, aber reichen Mittelschicht (deren klassenmäßige Zuordnung schwierig ist), die ihrerseits großen Bedarf an dienender und dienstleistender Arbeitskraft entwickelt. So entsteht in ganz Asien eine neue Arbeiterklasse und das Proletariat ist entweder grade zur zahlenmäßigen Mehrheit der Bevölkerung geworden oder wird dies in Kürze.

Mit dieser Umkehrung der grundlegenden Klassenverhältnisse eng verbunden ist Migration und Urbanisierung; Auflösung und Neubildung von sozialen,

familiären und kulturellen Verhältnissen. Diese Entwicklung ist in den einzelnen Regionen und Ländern durchaus ungleichzeitig, deshalb ist Migration über große Entfernungen, über Grenzen und transkontinental an der Tagesordnung. So geht's z.B. den Leuten in Burma/Myanmar so schlecht, daß die malaysische Regierung gerade eine 3 m hohe und 27 km lange Mauer an der Grenze zu Thailand bauen läßt.

Proletarisierung in einer solch originären Phase erinnert an den europäischen Frühkapitalismus. Und in der Tat: die sozialen und Arbeitsverhältnisse sind in der Regel so, wie wir uns frühkapitalistisch-ungeschützte Verhältnisse vorstellen. Niedrige Löhne, lange Arbeitszeiten, Frauen- und Kinderarbeit, katastrophale Arbeitsbedingungen (bekannt z.B. die Verhältnisse in den chinesischen Bergwerken, wo 94 über 10 000 umgekommen sind), Ausbeutung durch Zwischenhändler der Arbeitskraft, Prügelstrafen und sexueller Mißbrauch...

Beispiel: China

Vor '78 gab es in China zwei relativ unabhängige Sozialsysteme für Stadt und Land. In fast allen Punkten waren die Städter besser gestellt. Zugangsbarrieren, Wohnkontrollen und Zuteilungssysteme versuchten, den Zug der Bauern in die Städte abzuwehren. Ab '78 begannen die ländlichen Reformen, die zur Abschaffung der Kollektivierung führten. Anfangs noch begleitet von einer deutlichen Erhöhung der staatlich garantierten Erzeugerpreise, wurden diese '85 ganz abgeschafft. Dies führte zu einer Stagnation der bäuerlichen Einkünfte und zur Vergrößerung des Abstandes zur städtischen Bevölkerung. Heute gelten 97 Prozent der Bauern als »selbstständig«; über die Tendenzen der klassenmäßigen Differenzierung auf dem Land wissen wir z.Z. nichts. Ein großer Teil der Bauern hat jedenfalls die oft kaum zur Selbstversorgung reichende Arbeit auf den kleinen Parzellen, die hohen Abgaben (Steuern und Schmiergelder) und das Leben auf dem Land satt und beginnt in die Städte zu ziehen. Seit 84 ist dies staatlicherseits erlaubt, wenn sie sich selbst versorgen. Die nackten Zahlen dieser Bewegung haben wir schon an anderer Stelle dargelegt (Zirkulare 15, 23). Auch wenn die *Mingong* laut ihres Ausweises noch immer als »Bauern« gelten, ist die chinesische Gesellschaft jetzt proletarisch geworden. Dieser Prozeß ist aber noch lange nicht zu Ende. Selbst nach einer konservativen Untersuchung des chinesischen Arbeitsministeriums vom Frühjahr 95 sind 50 Millionen ländlicher Arbeitskräfte bereits abgewandert, 150 Millionen würden ihnen aber sofort folgen, wenn dazu die Möglichkeit bestünde.

Beispiel: Indonesien

Es gibt offizielle Daten aus Indonesien; sie sind aber wenig aussagekräftig. Ein großer Teil der Wirtschaftstätigkeit findet im informellen Sektor statt, Schätzun-

gen gehen da bis 60 Prozent. Das politische und ökonomische Geschehen konzentriert sich auf Java, wo ungefähr die Hälfte der Bevölkerung wohnt. Java ist die am dichtesten besiedelte Region der Welt, aber wohl auch die fruchtbarste mit bis zu drei Ernten im Jahr. Ein großer Teil der Bauern wirtschaftet auf Miniparzellen, die weit kleiner sind als ein Hektar, das ist selbst unter den günstigen Bedingungen nur für eingeschränkste Subsistenz genug. Entsprechend lebt auch mehr als die Hälfte von ihnen unterhalb der Armutsgrenze.

Die Raffsucht der herrschenden Clique ist auch dem internationalen Kapital ein Dorn im Auge. Erst seit etwa '89 läßt sich der dynamische Teil des Kapitals, der nach billiger Arbeitskraft giert, auch davon nicht mehr abschrecken. Seitdem nehmen Exporte bei Textil, Schuhen und Elektronik rasch zu. Nike ist der größte Auftragsgeber; operiert aber natürlich nicht selber, sondern mittels südkoreanischer, taiwanesischer oder anderer Subs aus dieser Weltregion. Ein Teil wird in regelrechten Fabriken, ein großer Teil aber in Heimarbeit mittels Verlagsystem hergestellt. Kinderarbeit ist sehr verbreitet. Die Bevölkerung von Java wächst wegen Geburtenüberschuß und Zuwanderung stark. Der Staat hat schon mehr als 7 Millionen Menschen auf andere Inseln, v.a. nach Kalimantan (Borneo) zwangsumgesiedelt. Mehr als 2 Millionen IndonesierInnen stellen einen erheblichen Teil der grenzüberschreitenden und transkontinentalen Migration (nach Malaysia, Südkorea, Hong Kong und Arabien).

Irian Jaya (Neuguinea), wo es heute noch »weiße Flecken« und die real gelebte Steinzeit gibt, ist zu seinem Unglück so reich an Bodenschätzen (praktisch alle NE-Metalle von Kupfer bis Gold), daß es unter Aufsicht des Militärs vom internationalen Bergwerkskapital in jedem Wortsinn regelrecht aufgemischt wird.

Sister Act

Die neue kapitalistische Arbeitskraft ist jung und weiblich. Beinahe jeder Tag bringt Nachrichten über Streiks, riots und andere ArbeiterInnen-Bewegungen. Nicht nur die Frauen kämpfen, aber vor allem sie. Von Indonesien bis Bangladesh: Streiks über Streiks von Textilarbeiterinnen. Aber nicht nur in diesem eingeschränkten Aspekt sind sie die Avant-Garde. Sie tun offensichtlich den größten Schritt aus ihrer Rolle im ländlich-feudal-religiösen Haushalt hin zur selbstbewußten Arbeiterin. Sie stellen u.a. zwei Drittel der grenzüberschreitenden Migration aus Indonesien. Die *Da gong mei* (chin: »arbeitende Schwestern«) sind, so liegt die Einschätzung nahe, die Trägerinnen der unter unseren Augen vor sich gehenden proletarischen Kulturrevolution.

Wir wissen im Moment noch ganz wenig über den tatsächlichen inneren Vorgang des »making of the working class«. Wenig darüber, wie sie sich und ihre Kämpfe organisieren; wie ihre politischen und kulturellen Träume aussehen; wie ihre Kultur und Erfahrungen zirkulieren. Wir wissen nur, daß es eine junge,

hochmobile und hochkommunikative Arbeiterklasse ist, die nicht nur genau weiß, wo sie herkommt, sondern auch, wo sie gelandet ist. Wer Mobiltelefone herstellt, benutzt sie auch: und deshalb vereinigt diese Arbeiterklasse Erfahrungen aus (und Distanz zu gleichermaßen) Steinzeit, Feudalismus, Frühkapitalismus und Postmoderne.

Die Schatten

Vorläufig fallen aber noch ein paar Schatten auf mögliche Euphorie. Auch in Asien sind Ethnisierung und Nationalisierung mögliche oder schon existierende Folgen dieser Umwälzungen. Wenn die bisherigen Regimes schwach werden, weil ihre Klassenbasis erodiert, sich aus der Verwaltung der Gesellschaft zurückziehen, dann brechen mit den Staatsverfassungen auch die Staatsgrenzen (die in Asien auch oft recht willkürlich von den Kolonialverwaltungen gezogen worden sind). Wenn Klassenverhältnisse sich umkehren, dann folgt daraus auch schlichtes Elend, Ansatzpunkt für Demagogen aller Art. In fast allen Ländern gibt es Minderheiten ethnischer, nationaler oder religiöser Natur; auch wenn die relative Bedeutung des Problems sehr unterschiedlich ist. Auch die politischen Ausdrucksformen, Bedingungen, soziale+kulturelle Nähe zur Arbeiterklasse usw sind unterschiedlich. Deshalb können wir unsere Sympathien auch unterschiedlich verteilen: zwischen den Melanesen, die in ihrer traditionellen Tracht (dem Penisschaft) gegen die Zentralregierung und die Freeport-Mine demonstrieren und den militanten Hindus in Indien klaffen Welten.

The making of...

Trotz dem weitverbreiteten Geschwätz über Globalisierung ist die metropolitane Linke in Selbstmitleid verfallen und nimmt die Entwicklungen in dieser Welt noch nicht einmal zur Kenntnis. Nur dann und insofern sie sich direkt betroffen wähnt, sucht sie so umständlich und kunstvolle wie verdrehte Erklärungen im Nachhinein. Das galt und gilt für Osteuropa genauso, wie für das, was allgemein unter »Neoliberalismus« bezeichnet wird. Da dies in unseren Kreisen in den letzten Jahren nicht grundsätzlich anders war (mit wenigen Ausnahmen, darunter KHR, der immerhin versucht hat, wenn auch verkehrt herum, die Welt zu begreifen), will ich die Bedeutung der Diskussion in ein paar vorläufigen Thesen zusammen fassen.

1. Die Grundtendenz in der Welt ist Proletarisierung. Das ist an sich nix Neues. Diese Tendenz hat aber in den letzten paar Jahren eine quantitative Dimension und eine Geschwindigkeit erreicht, die die Aussage rechtfertigt: Es findet zur Zeit die größte Umwälzung von Klassenverhältnissen statt, die dieser Planet je gesehen hat.

2. formiert sich erstmal in Asien (wo immerhin fast zwei Drittel der Menschheit

lebt) eine neue Arbeiterklasse in einem ziemlich einheitlichen, wenn auch von Region zu Region etwas unterschiedlichen und im Maßstab von wenigen Jahren auch ungleichzeitigen Prozeß. Wir können darüber noch wenig sagen, nur soviel: diese Arbeiterklasse ist jung, hochmobil, hochkommunikativ und sehr weiblich.

3. Die Umwälzung der Klassenverhältnisse führt überall zur Schwächung der halbfeudalen entwicklungs-diktatorischen Regimes. Die Staaten ziehen sich mehr und mehr aus der direkten Verwaltung der Gesellschaft zurück. Der Zusammenbruch von heute noch wichtigen Staatsgebilden ist wahrscheinlich, vielleicht ähnlich der Entwicklung in der SU.

4. Dies in der Verbindung mit regional unterschiedlicher Verelendung und regional stockender Übergänge von Proletarisierung zur Neuzusammensetzung von Arbeiterklasse begünstigt Ethnisierung, Nationalisierung und Politisierung der Religionszugehörigkeit. Diesbezüglich muß vor allem die Entwicklung auf dem indischen Subkontinent und in Zentralafrika untersucht werden.

5. Ohne eine Diskussion über die Henne und das Ei anzuzetteln kann gesagt werden, daß der Neoliberalismus in diesem Prozeß seine Grundlage hat: In der Explosion der Wünsche, Bedürfnisse und Bewegungen der Massen, vermittelt über die Schwächung der Staaten und die vom Kapital (noch) erfolgreich genutzte Produktivität dieser Entwicklung.

6. Es geht nicht um asiatische Angelegenheiten, sondern um Weltgeschichte; auch wenn die Implikationen für die (bisherigen!) Metropolen und die metropolitane Arbeiterklasse noch kaum sichtbar sind.

Der Proton-Effekt

Natürlich stellt die Debatte über die Weltlage nicht automatisch und direkt einen vollständigen Schlüssel zum Verständnis einer konkret-besonderen Situation, (z.B. in einem Land) zur Verfügung. Aber ohne sie geht gar nix, schon gar nicht in solch bewegten Zeiten – die von hier aus gar nicht bemerkt werden müssen. Oder doch? Ich denke, daß das Standort-Gerede nur zum Teil billige und lügnerrische Krisenpropaganda ist. Und ich denke auch, daß eine etwas aufgewecktere Arbeiterin in Deutschland das inzwischen geschnallt hat: Die Arbeiterklasse der alten Metropolen ist nicht mehr exklusiver Anbieter hochproduktiver kapitalistischer Fabrikarbeitskraft. Sie könnte es beispielsweise daran gemerkt haben, daß das Produkt, das man hierzulande so am besten kann, nämlich PKWs, nicht mehr nur aus Japan und Südkorea kommt, sondern inzwischen auch aus Malaysia und demnächst wohl auch aus Indonesien (ob Auto-Bild das schon vermeldet hat, weiß ich nicht).

Jedenfalls sind die »Verlagerungs«drohungen heute realer denn je. Sowohl in Bezug auf die technische Zusammensetzung, als auch was die politische Zusammensetzung der Weltarbeiterklasse betrifft, spielt die Musik zur Zeit nicht in

Westeuropa und auch nicht in Nordamerika.

Andererseits kann man auch hier die Entwicklungen der letzten Jahre durchaus auch unter dem gleichen Gesichtspunkt der »Explosion der Bedürfnisse« diskutieren. Die alte Arbeiterrigidität ist schließlich nicht nur unter dem »Krisenangriff der Kapitalisten« angeschlagen, sondern auch von innen her ausgehöhlt worden – besonders augenscheinlich auf dem Gebiet der Flexibilisierung der Arbeitszeit.

Dem Problem der »Globalisierung«, also der erweiterten Konkurrenz der Arbeitskraft auf Weltebene muß die hiesige Arbeiterklasse ins Gesicht sehen – und es positiv wenden: wir sind die Mehrheit, uns gehört die Welt. Unser Job darin: Für die Einheit und Zirkulation der weltweiten Kämpfe eintreten.

Daraus folgt:

Zuallererst die dringende Notwendigkeit, uns (wieder?) wissensmäßig auf die Höhe der Zeit zu bringen. Was geht vor sich in der Welt. Das kann nur arbeits-
teilig geschehen. Wir hier sind mit der Verfolgung der Ereignisse in China und
Südasien mehr als ausgelastet. Genauso wichtig wären:

- Lateinamerika
- indischer Subkontinent
- Naher Osten
- Osteuropa
- Afrika

Das ist ein Haufen Arbeit, will man nicht nur die News aus dem Internet verfolgen, sondern auch die Geschichte aufarbeiten, die zur jetzigen Situation geführt hat.

Und vor allem wenn man anfängt, eine wirkliche Untersuchung durchzuführen, die die Umwälzung der Klassenverhältnisse und das »Making of...« zum Inhalt hat. Da ginge es dann darum rauszufinden, wie sich die ArbeiterInnen organisieren, wen sie politisch unterstützen, wie Kämpfe und Erfahrungen zirkulieren, welche Rolle intellektuelle Mittelschichten spielen uva. Sachen, über die wir leider so gut wie gar nix wissen; die man auch nur sehr, sehr beschränkt aus dem Internet und aus Zeitschriften erfährt.

Parallel dazu wäre eine Diskussion vonnöten, die erstens theoretische Altlasten aufarbeitet, wie z.B. das »Ende der Entwicklung« und die »New Enclosures«. Und zweitens erneut sich als wichtig darstellende Probleme angeht, wie beispielsweise National-Staat und das Problem der Halbproletarisierung.

Und schließlich die Diskussion darüber, was (und wie) wir darüber der hiesigen Arbeiterklasse nahe bringen wollen (und meinetwegen auch dem Rest an »Linke«, dens noch geben soll). Und natürlich wie wir dies umsetzen. ■

Karl, Ludwigshafen, 23. April 1996

Im Jahr III des zapatistischen Aufstands

Bilanz und Perspektiven

(Redaktion »Land und Freiheit«)

»Wir werden tun, was getan werden muß, Madre de Dios de Madre de Dios! und unsere sakrosanten Prinzipien werden verdammt nicht schlechter davon!«
Victor Serge, *Geburt unserer Macht*

Vorbemerkung

Zwei Jahre nach dem Beginn des zapatistischen Aufstandes im Januar 1994 in Chiapas und ein Jahr nach dem Aufruf der Aktion zur Unterstützung der zapatistischen Bewegung halten wir es für notwendig, zum einen die Entwicklung der sozialen und politischen Kämpfe in Mexiko zu bilanzieren; zum anderen ist dies für uns auch die Gelegenheit, eine vorläufige Bilanz unserer eigenen Erwartungen und Anstrengungen in der Solidaritätsarbeit zu ziehen.

Wir haben zu überprüfen, inwieweit unsere Einschätzungen der sozialen Bewegungen in Chiapas, Mexiko und über die Grenzen des Landes hinweg tragfähig waren und inwieweit unsere eigenen Aktivitäten mit der Entwicklung in Mexiko Schritt hielten – wobei wir unter diesen Aktivitäten etwas anderes verstehen als nur die Unterstützungsarbeit für die Bewegungen in Chiapas und Mexiko. Denn von Anfang an haben wir versucht, die Solidaritätsarbeit im internationalen Zusammenhang zu begreifen, d.h. den für uns wesentlichen Inhalt der Botschaften aus dem lakandonischen Urwald aufzugreifen und ihm eine den hiesigen Verhältnissen entsprechende Form zu geben: daß es uns vorrangig darum geht, die Herrschafts- und Ausbeutungsverhältnisse in dieser Metropole des internationalen Kapitalismus umzuwälzen. Entsprechend muß auch eine Bilanz der Solidaritätsarbeit diesen internationalen Zusammenhang herausarbeiten, damit daraus ein Beitrag für die internationale Verständigung und Diskussion werden kann.

I. Elemente einer neuen revolutionären Praxis

Wie für viele andere auch, hatte der zapatistische Aufstand für uns von Anbeginn eine internationale Dimension, und zwar nicht nur aufgrund seiner objektiven Auswirkungen und Entstehungsbedingungen, sondern ausdrücklich in der Art und Weise, in der die Zapatistas alle bisherigen Modelle revolutionärer

Praxis modifizierten: durch ihr Verhalten innerhalb und gegenüber den sozialen Basisbewegungen Chiapas, aber auch gegenüber den sozialen Bewegungen Mexikos und aller Länder der Welt. Erkennbar wurden Elemente einer neuen revolutionären Praxis, die für alle emanzipatorischen Tendenzen exemplarischen Charakter haben.

Das sind u.a.:

- Die Absage an ein Konzept politischer Machteroberung, von dem mit der Staatswerdung einer politischen Elite letztlich nicht mehr zu erwarten ist als ein administratives Regime staatskapitalistischer Modernisierung, also nur eine weitere Variante nationaler Befreiung.
- Zu diesem libertären Element einer praktischen Staatskritik gehört der Vorrang, der den verschiedenen Formen sozialer Selbstorganisation gegenüber den getrennten politischen Organisationen eingeräumt wird – einschließlich einer Unterordnung der militärischen Organisation unter das zivile Kommando der zapatistischen Gemeinschaften.
- Im Aufgreifen der gemeinschaftlichen Traditionen der Indígenas gehen die Zapatistas zum einen von den alten Strukturen der widerständigen Dorfgemeinschaften aus, entwickeln und verstärken darin aber im organisierten Kampf Kräfte und Tendenzen, die reaktionär-patriarchalischen Beschränktheiten der indigenen Gemeinden zu durchbrechen. Der Aufstand selber ist der Prozeß einer inneren Revolutionierung der traditionellen Lebensweisen und herrschaftlichen Verhältnisse.
- In ihren programmatischen Erklärungen wie in jedem Schritt der teils aufgezwungenen, teils selbst entwickelten Taktik und Strategie hat die zapatistische Bewegung ihre eigenen, besonderen Ziele in den Zusammenhang von sozialer Befreiung als universeller Emanzipation gestellt. Ausdrücklich gestützt auf die konkreten Lebensbedürfnisse der Indígenas, enthält die Aufstandsbewegung nicht nur objektiv, sondern bewußt einen solch universellen Entwurf, der in allen Sprachen der Welt verstanden wird und werden kann und jeweils nur der konkreten Übersetzung bedarf. Die Glaubwürdigkeit und internationale Resonanz der zapatistischen Aufrufe ist einer der stärksten Belege gegen die angeblich unendliche Fragmentierung und Spaltung der weltweiten Klassen- und Kampfverhältnisse und damit gegen die ideologische Stilllegung jeder befreienden Subjektivität.
- Zu den bedeutendsten Elementen der zapatistischen Aufstandsbewegung gehört die Entschiedenheit, mit der auf allen Ebenen des gemeinschaftlichen und politischen Lebens die Idee der Autonomie ins Zentrum aller Entscheidungen und Diskussionen gerückt wird. Wobei sich hier Autonomie ausdrücklich nicht auf die Abstraktionen liberaler Weltbilder reduzieren läßt, sondern Freiheit positiv als gemeinschaftliche Selbstbestimmung und -verwirklichung meint: als Assoziation, worin die freie Entwicklung des einzelnen die Bedingung der freien

Entwicklung aller ist (Marx). Dies ist der Ausgangspunkt, und die eigenartigen Interpretationen der Demokratie durch die Zapatistas leiten sich daraus ab. Ein solches Denken stellt damit heute die größte Herausforderung für die neoliberale Entmenschlichung dar.

Zusammengefaßt und allgemein formuliert, stellen diese – wie einige andere, hier nicht genannten – Elemente einer neuen revolutionären Praxis den konkreten Zusammenhang von Klassenkampf und Emanzipation wieder her, der durch die staatlich-kapitalistische Integration und Unterwerfung sozialer Befreiungsbewegungen auseinandergerissen wurde. Das Neue, das die zapatistische Bewegung im internationalen Zusammenhang von scheinbar erdrückender Hegemonie des Weltkapitalismus und tiefgreifender Krise aller Befreiungsbewegungen darstellt, verdankt sich aber keinem theoretischen Konzept oder Modell, sondern einem konkreten Erfahrungs- und Lernprozeß. Dieser begann mit dem Scheitern einer kleinen Guerilla, deren übriggebliebener Kern sich mit den indigenen Gemeinschaften auseinandersetzen mußte und sich in dieser Auseinandersetzung die historischen und kollektiven Kampferfahrungen der Gemeinschaften aneignete. Die nach außen hin herausragende Person Marcos repräsentiert diesen Vermittlungsprozeß und erfüllt damit die Rolle eines Kommunikators zwischen zwei Welten unterschiedlicher Geschwindigkeiten. Die ganze Kraft der zapatistischen Bewegung entspringt dem gemeinschaftlichen Willen der Indígenas – womit auch ein so altes wie zentrales Thema lateinamerikanischer Befreiungstheorien wieder auf die Tagesordnung gesetzt wurde –, ihre Entwicklungsfähigkeit und ihr möglicher Erfolg aber liegt in der Vermittlung des eigenen Kampfes mit anderen sozialen Bewegungen Mexikos wie anderer Länder.

Tatsächlich hat sich auf den verschiedenen Ebenen der Selbstorganisation und Entscheidungsfindung innerhalb der zapatistischen Bewegung eine Fähigkeit zu dieser Art Vermittlung herausgebildet, die das Niveau der innermexikanischen sozialen und politischen Bewegungen und Organisationen weit überschreitet. Diese Ungleichzeitigkeit bringt es mit sich, daß die Zapatistas – gegen ihren erklärten Willen – in die Position einer gesamtgesellschaftlichen Avantgarde hineingedrängt werden. Und im gleichen Maße, wie die Zapatistas darauf angewiesen sind, daß sich die Aufstandsbewegung in den sozialen Kämpfen verallgemeinert, müssen sie immer wieder darauf beharren, daß es nicht ihre Aufgabe sein kann und darf, solche Kämpfe zu initiieren, geschweige denn anzuführen. Gerade die relative politische Reife der zapatistischen Bewegung kann so auf Dauer ein Hindernis sein, ein Gleichgewicht zwischen den sozialen Bewegungen herzustellen, das unabdingbar ist für die Radikalisierung der sozialen Bewegungen und Klassenkämpfe in ganz Mexiko. Das praktische und taktische Verhalten der Zapatistas – zumindest ihrer Führung – zeigt freilich, daß sie sich dieses Dilemmas bewußt sind: das Schicksal der zapatistischen Revolution liegt in den

Händen jener Bewegungen und Kräfte, die in der Sprache der Zapatistas die Zivilgesellschaft bilden. Eine zapatistische Revolution in ganz Mexiko wäre ein Prozeß von Kämpfen und Bewegungen, in denen verschiedene einzelne Bewegungen ihre eigene Autonomie durchsetzen und verteidigen und in denen die Zapatistas als eine Bewegung neben anderen aufgehoben wären.

Bereits zu einem früheren Zeitpunkt haben wir hervorgehoben, daß schon der praktische Versuch, diese Elemente einer neuen revolutionären Praxis auch nur in Ansätzen Wirklichkeit werden zu lassen, von geschichtlicher Bedeutung ist. Im geschichtlichen Maßstab und in politisch-revolutionärer Hinsicht liegt die Bedeutung von Kämpfen und Bewegungen nicht in der buchhalterischen Bilanz ihrer Erfolge oder zur Macht gewordenen sogenannten Errungenschaften, sondern in dem Maß an kollektiver Klassenerfahrung, das daraus entsteht und das immer weit über die Grenzen einer einzelnen Bewegung hinausgeht. So gesehen hatte die zapatistische Bewegung schon wenige Monate nach Beginn des Aufstandes viel mehr an Fragen, Einsichten und Perspektiven aufgeworfen, als in der jetzigen Phase im internationalen Maßstab zu verarbeiten ist. Wenn wir das Neue an der zapatistischen Bewegung hervorheben, dann auch um verständlich zu machen, weshalb dieser nur scheinbar lokal begrenzte Aufstand international so viel an Sympathie und zunächst einmal an Überraschung hervorgerufen hat: Es ist eine Bewegung, die exemplarisch Vergangenheit und Zukunft in der Gegenwart der geschichtslosen Neuen Weltordnung verknüpft und ebenso exemplarisch in ihrer eigenen Sprache und Symbolik das Bedürfnis nach Kommunismus artikuliert.

II. Der Zwang zur Taktik und das Gespenst der Bündnispolitik

Die Grenzen der Aufstandsbewegung wurden ihr von außen gezogen. Der Aufstand vom Januar 1994 war als Fanal gedacht, als Funke, der in ganz Mexiko einen Steppenbrand auslösen würde; aber er wurde an den Grenzen von Chiapas gestoppt, auch wenn das plötzliche Auftauchen dieser Bewegung der mexikanischen Innenpolitik eine völlig neue Qualität der sozialen Konfrontation zuführte. Das Dilemma der Zapatistas bestand und besteht immer noch darin, daß sie zwar zur weiteren Erschütterung der PRI-Macht beitragen, daß aber eine soziale und politische Bewegung, die nicht nur diese Macht zum Einsturz bringen kann, sondern auch eine revolutionäre gesellschaftliche Alternative hervorbringt, ausbleibt. Wir halten es deshalb für einen Irrtum, die aus dieser Situation notgedrungen entwickelte Taktik, die verschiedenen Versuche von Bündnispolitik mit verschiedenen sozialen und politischen Kräften, als Ausdruck einer konkreten und kohärenten Strategie anzusehen. Ganz im Gegenteil zeigt die Doppelgleisigkeit der Zapatistas in der Bündnispolitik, daß sie auf der einen Seite alles versuchen, um ihr Terrain zu verteidigen, aber andererseits auch die

zeitweiligen Bündnispartner mit den Maßstäben ihrer eigenen Bewegung kritisieren und herausfordern.

Diese Kritik kommt in dem wiederholten Appell an die sogenannte Zivilgesellschaft zum Ausdruck, Appelle, die auch als Aufruf zu verstehen sind, die in der zapatistischen Bewegung praktizierte Kritik der Politik umzusetzen, und unterhalb der Ebene von Staatlichkeit und Politik Prozesse von Selbstorganisation (Autonomie) voranzutreiben, die im übergreifenden Sinne gesellschaftlichen Charakter annimmt. In einer anderen Sprache heißt das: der Klassenkampf wird politisch, wenn Klasse gegen Klasse steht. Zivilgesellschaft mag eine Konzession an die postmoderne Modesprache sein, aber im politischen System Mexikos kommt diesem Ausdruck eine ziemlich klare Bedeutung zu: denn nur in wenigen Ländern ist der Herrschafts- und Korruptionscharakter der verselbständigten politischen Apparate so handgreiflich wie in Mexiko, wo die jahrzehntelange Herrschaft der PRI ein scheinbar unendlich flexibles System von Integrationsmechanismen geschaffen hat, dem etliche Ansätze revolutionärer Parteien oder auch Guerillas zum Opfer gefallen bzw. in die Arme gelaufen sind. Sich auf dieser Ebene der politischen Macht entgegenzustellen, bedeutet schon im Ausgangspunkt, ihre Spielregeln und damit ihre Hegemonie zu akzeptieren. Dazu gehört insbesondere der Antiimperialismus (gegen die USA) als Legitimationsideologie, sowie die schon seit 1968 verblassenden Mythen der mexikanischen Revolution – die aber als sozialer Mythos bei den Campesinos, proletarischen Schichten und teilweise den Indígenas prägend geblieben sind: nämlich als sozialer Mythos einer in der Staatsmacht erstarrten, verratenen, enteigneten oder schlicht unvollendeten Revolution. Mit dem besonderen Hintergrund des eigenen historischen Bewußtseins der Indígenas, ihren kollektiven Mythen vom fünfhundertjährigen Kampf, vermittelt sich dieser Appell an die sozialrevolutionäre Tendenzen historischer Kämpfe in der Propaganda der Zapatistas für eine Demokratie, die als Volkssouveränität und gesellschaftliche Autonomie interpretiert wird, wie es Generationen proletarischer Bewegungen immer getan haben, ohne dabei auch nur einen Funken Illusionen in die bürgerliche Politik gehabt zu haben.

Diese, europäische Beobachter oft befremdenden Elemente in der zapatistischen Propaganda sind in Wahrheit ihre stärksten: sie rufen zum Bruch mit der Politik auf, ohne den Herrschenden die Symbole einer revolutionären Befreiung zu überlassen. Die Übergabe der mexikanischen Fahne an die Delegierten des CND hatte diese symbolische Bedeutung – den Herrschenden ihre ideologische Legitimation zu entwinden und den eigenen Kampf auch als Kampf für ein historisches Selbstbewußtsein zu führen, der unter den heutigen Bedingungen einer jahrzehntelangen Unterwerfung ein Ende bereitet. Demgegenüber zeigen sich freilich die gesellschaftlichen Kräfte, an die die Zapatistas appellieren, noch immer mehr oder weniger unfähig, der Politik und damit der Integration in die

Mechanismen der Macht ein Ende zu bereiten. Dennoch sind diese Appelle nicht immer vergeblich, ihre Wirkung zeigt sich nur nicht in abrupten Brüchen, sondern in weitverzweigten Auflösungsprozessen der politischen Macht (so wie der Einfluß der zapatistischen Bewegung auf die soziale Basis auch der PRD in der Region eher größer geworden ist als die Kontrolle der Partei mithilfe des üblichen Klientelwesens.) Jeder Schritt, den die Zapatistas in der Bündnispolitik unternommen haben, ist deshalb nicht nur notgedrungene Maßnahme in einer Kampfsituation militärischer und politischer Defensive, sondern auch ein Vordringen jenes langwierigen – und offensichtlich unerwartet zähen – Prozesses, in dem die sozialen Bewegungen und Organisationen in Mexiko erst nachholen müssen, was sich innerhalb der zapatistischen Bewegung (ebenso langwierig) herausgebildet hat.

Auch die Gründung der FZLN, die ja schon in der Frage der Consulta angelegt war, ob sich die EZLN in eine unabhängige politische Kraft verwandeln solle, ist unserer Meinung nach nur in diesem Verhältnis von Eigenständigkeit, Taktik und Bündnispolitik zu verstehen und zu beurteilen. Einerseits weist diese Paarung von EZLN und FZLN auf das traditionelle Schema nationaler Befreiungsbewegungen hin; sie legt auch den Verdacht nahe, hier käme die EZLN unausgesprochen der Forderung des PRI-Regimes entgegen, sich in eine politische Partei zu verwandeln. Aber im gleichen Zug, in dem zur Bildung FZLN aufgerufen wurde, wurden Regeln für die Mitgliedschaft vereinbart, die jedes Auftreten als Partei auf den Ebenen der herrschenden (und beherrschten) Politik unterbinden: so zum Beispiel in dem Verbot, politische Mandate anzunehmen. Welche praktische Bedeutung der Bildung der FZLN zukommt, wird die Zukunft zeigen.

III. Das Kräfteverhältnis in der jetzigen Phase

Entscheidend für die Beurteilung und Bewertung dieser Bündnispolitik ist jedoch, ob sie schwerwiegende Rückwirkungen auf die inneren Verhältnisse der zapatistischen Bewegung hat. Davon ist nichts zu erkennen. Der Eindruck, den wir bislang gewinnen konnten, ist eher vom Gegenteil geprägt: von einer unverändert starken Anbindung der Repräsentanten der Bewegung an die sozialen Basisorganisationen und darüber hinaus eine so einfache wie klare Entschiedenheit der zapatistischen Gemeinden, nicht hinter den erreichten Stand zurückzugehen. Ohne diese Entschiedenheit der eigenen Basis wäre auch die politische Grenze des Regimes undenkbar: nicht daß die Zapatistas rein militärisch nicht zu besiegen wären; sie sind derzeit aus politischen Gründen militärisch nicht zu besiegen – denn der offene Krieg würde den zwar langsamen, aber tiefgreifenden Erosionsprozeß der politischen Macht enorm beschleunigen. Noch immer besteht für das PRI-Regime die Gefahr, daß ein solch offener Krieg doch den

Steppenbrand entfachen könnte, auf den der Aufstand vom Januar 1994 vergeblich warten mußte.

Dennoch stellt der Krieg niedriger Intensität, der stattdessen auf allen Ebenen geführt wird, mehr als nur einen permanenten Belagerungszustand dar. Die sich dahinschleppenden Verhandlungen, in denen sich weder Substanzielles ergeben hat, noch ergeben wird, finden nicht zwischen einander gegenüberstehenden feindlichen Lagern statt: die zapatistischen Gemeinden stehen unter ständiger militärischer Bedrohung und Kontrolle, und statt befreiter Gebiete gibt es höchstens ein toleriertes staatsfernes Terrain, das den Gemeinden für die Dauer der Verhandlungen eingeräumt wird. Es ist bislang nicht entschieden, für welche der beiden Seiten die Zeit arbeitet. Daß es aber überhaupt noch einen Handlungsraum und damit auch einen gewissen zeitlichen Rahmen für die Revolution niedriger Intensität gibt, ist einzig und allein ein Resultat der militärischen Defensive, die die EZLN für sich als operativen Grundsatz bestimmt hat – und zwar nicht aus militär-taktischen, sondern aus politischen Gründen. Denn der offene Krieg stellt nicht nur für die PRI, sondern auch für die EZLN ein erhebliches Risiko dar, vor allem eine aufgezwungene Militarisierung der Bewegung, der alles zum Opfer fiel, was wir als die neuen Elemente einer revolutionären Praxis beschrieben haben. Im Krieg Anfang 1994 hat die EZLN diese Erfahrungen bereits unter den erbärmlichen Bedingungen des Rückzugs machen müssen, die zeitweilig einen durch die Not diktierten Rückschritt in der eigenen Praxis mit sich brachten.

Daß die Zeit ein strategischer Faktor ist, weiß auch das Regime, und es hat die militärische Defensive der EZLN dazu benutzt, um mit dem Alltagsregime von Repression und Korruption alle Bewegungen in Chiapas – die nur zum Teil unmittelbar mit der zapatistischen Bewegung verbunden sind – auch in eine soziale Defensive zu treiben: Repression durch das brutale Ende, das vom Militär den Landbesetzungen bereitet wurde; Korruption insbesondere durch den Versuch, mit Versprechungen unmittelbarer Konzessionen Bündnispartner der Zapatistas zum Bruch mit der Aufstandsbewegung zu bewegen. Der zeitweilige Erfolg, den das Regime damit hatte, weist auf die Gefahren für die Aufstandsbewegung und die mittelfristigen Ziele des Regimes hin: in allen Verhandlungen und in der öffentlichen Propaganda versucht die PRI, den Aufstand zu regionalisieren, ihm seine politische Spitze, die auf das Herz der Staatsmacht in Mexiko-Stadt zielt, abzuberechen. Programm und Praxis sozialer Autonomie sollen umgedreht werden zur regionalen Autonomie eines indigenen Homeland. Welche Mittel dem mexikanischen Staat dafür real zur Verfügung stehen, welchen ökonomischen und politischen Preis er dafür zu zahlen in der Lage ist, können wir nicht genau genug beurteilen. Auch wenn die zapatistischen Gemeinden davon wenig beeindruckt sein werden, könnte so eine Einkreisung stattfinden, die den Aufstand als Kampf für die unmittelbaren Bedürfnisse isoliert,

weil dann die Alternative nur noch lauten würde: Minimale ökonomisch-soziale Hilfe oder offener Krieg.

Dieser Gefahr arbeitet die EZLN ausdauernd entgegen. Daß die Vertreter der Zapatistas immer noch in den Verhandlungen zäh an den über Chiapas hinausreichenden gesellschaftlichen und politischen Forderungen festhalten, ist dabei nicht abstrakte Prinzipientreue oder nur Sabotage des Dialogs mit der Macht; es ist die einzige Weise, in der die EZLN – übrigens sehr realpolitisch – den wirklich angestrebten Dialog mit den sozialen Bewegungen außerhalb Chiapas offen hält. So bleibt es bei einer grundsätzlich instabilen Situation, die nicht ewig fortauern kann und in der alles darauf ankommt, ob die Revolution niedriger Intensität in gesamt Mexiko sich schneller ausbreitet als der Krieg niedriger Intensität in Chiapas. Und es bleibt dabei, daß zwar die soziale Polarisierung in gesamt Mexiko spürbar zugenommen hat, daß die Entschiedenheit des zapatistischen Widerstands diese Polarisierung politisch fördert und den Basisorganisationen einen gewissen, wenn auch oft nur symbolischen Orientierungspunkt bietet, daß aber kein übergreifender Prozeß gesellschaftlicher Selbstorganisation erkennbar ist, in dem das mexikanische Proletariat in einer gemeinsamen Bewegung die Staatsmacht zerstören könnte. In dieser Phase ist für die Zukunft fast alles denkbar, im schlimmsten Fall eine soziale Implosion, in der das herrschende System alternativlos in sich zusammensackt und der soziale Krieg die offen militärische Form autoritärer Lösungsversuche annimmt. Gemessen an der weder euphorisch noch pessimistisch zu bestimmenden offenen Situation nimmt sich die aus der Not geborene Taktik der Zapatistas fast schon wie eine politisch ausgereifte Strategie aus, die dem jetzigen Kräfteverhältnis und den wirklichen Klassenkampfverhältnissen in Mexiko angemessen ist und die Zeit als strategischen Faktor ernst nimmt. Aber auch dieser Eindruck stellt die tatsächlichen Verhältnisse auf den Kopf: nicht ein überlegter strategischer Plan – einer nach politischer Kontrolle greifenden Führung – liegt der Taktik der Zapatistas zugrunde, sondern einzig und allein die Entschiedenheit ihrer eigenen sozialen Basisorganisationen, jeden gesellschaftlichen Dialog als Ergebnis des unmittelbaren Bruchs mit der Macht zu begreifen und zu führen.

IV. Der internationale Kontext und die Grenzen unserer Solidaritätsarbeit

Erklärtermaßen haben wir es schon seit den ersten Aufrufen und Mitteilungen im Frühjahr 1995 abgelehnt, unsere eigene Initiative als ein weiteres Dritte-Welt-Solidaritätsprojekt zu bestimmen oder bestimmen zu lassen. Wir wollten damit nicht die bisherigen Solidaritätsprojekte – insbesondere der Lateinamerikagruppen – herabsetzen, sondern die Richtung unserer eigenen Initiative bestimmen: sie sollte der Richtung des zapatistischen Aufstandes selber folgen – vom lakandonischen Urwald nach Mexiko-Stadt, von Mexiko-Stadt in alle Welt, die

USA und auch zu uns. Solidaritätsarbeit sollte unserer Überzeugung nach ein Bestandteil der hiesigen politischen Praxis sein, und die Informationen über die zapatistische Bewegung könnten – so hofften wir wenigstens – hier und dort auch praktische Übersetzung in Aktionen hier finden. Dieser Aufgabenbestimmung von Land und Freiheit lag als eine zentrale These zugrunde, daß die internationalen Klassenauseinandersetzungen und Befreiungsbewegungen immer weniger von den Unterschieden zwischen der sozialen Lage in den Metropolen und der sogenannten Dritten Welt als vielmehr von der Angleichung der Kampfsituationen geprägt werden. Daß der Aufstand der Indígenas so plötzlich eine zumindest politisch-sprachliche und symbolische Vermittlung fand, lag auch an der Modernität des Schreckens, den der Kapitalismus über Chiapas gebracht hat, an der Konfrontation zwischen zwei Welten, aus der etwas für uns Neues hervorging. Trotzdem war und ist uns der Unterschied klar, daß es dort zwar auch um einen Kampf von Proletarisierten gegen die Unterwerfung unter und gegen die Integration ins Kapital geht, aber daß dies ein anderer Prozeß ist als der von Menschen, die sich – wie hier in den Metropolen – zunächst gegen die kapitalistische Desintegration wehren und ihre moralischen Maßstäbe von sozialer Gerechtigkeit zumindest im ersten Schritt der Staatlichkeit kapitalistischer Wohlfahrt entnehmen. Im Weltmaßstab begegnen sich so, ebenso wie im Mikromaßstab von Mexiko und Chiapas, zwei Welten unterschiedlicher Geschwindigkeit, und zwar durchaus auch als Konfrontation. Diese Konfrontation herbeizuführen, halten wir selber für notwendig: damit nicht die eine Bewegung Modell für die andere wird, sondern aus ihrem Aufeinandertreffen die gemeinsamen Möglichkeiten und damit auch die Schwäche des einen und einzigen Feindes durchschaubar werden.

Wir glauben, daß diese Erfahrung in den Köpfen vieler Menschen, die mit Neugierde und Sympathie die Ereignisse in Chiapas und ganz Mexiko verfolgt haben und weiter verfolgen, tatsächlich gemacht wird und daß die Ahnung dieser Gemeinsamkeiten dem eigenen Verhalten und Alltagsleben weit voraus ist. Daß sie sich nicht unmittelbar in Aktion umsetzt, bedeutet nicht, daß sie wirkungslos bleibt. Eher speichert diese Wahrnehmung selbstbewußter Kämpfe – die der eigenen Situation immer näher rücken –, und in dieser Kette sind Aufstandsbewegungen wie die in Chiapas und etwa der Massenstreik in Frankreich nur zwei auseinanderliegende Glieder – schon Bilder einer vorweggenommenen eigenen Zukunft und ihrer Möglichkeiten. Das ist Utopie im Zustand ihres Konkretwerdens. Unsere eigenen Initiativen sind dieser Entwicklung immer um einen oder mehrere Schritte voran, greifen voraus, auch daneben, machen Vorschläge – und sind dabei doch realistisch: weil sie immer wieder die Realität danach befragen, wieweit sie mit der Ausarbeitung ihrer eigenen Ahnungen vorangekommen ist. Wenn unsere Erwartungen nicht erfüllt wurden, dann legen wir das deshalb nicht als bloße Illusion ab. Aber wir stellen uns, wie allen

anderen, die in der Solidaritätsarbeit beteiligt sind, die Frage, inwieweit wir tatsächlich dem Bedürfnis nach Autonomie, wie es in den wirklichen Menschen hier vorhanden ist und wirkt, auch Sprache und Bilder gegeben haben.

Diese für uns entscheidende Frage können wir nicht beantworten; wir schauen nur selbstkritisch auf die diversen Szenen, in denen wir uns zum Teil bewegen, die nur im Zustand der mobilisierten Selbstisolierung politisch werden können und damit häufig genug unter den hiesigen Bedingungen das erschreckende Bild der mexikanischen Linken reproduzieren, das die Zapatistas mit beeindruckender Entschiedenheit demontieren. Zwischen zwar geduldiger Solidaritätsarbeit (von hier nach dort), die Informationen und Hilfsmittel transportiert, aber mehr die Unterschiede als die Gemeinsamkeiten betont, und einem abstrakten Internationalismus ohne Unterschied und wirklich lebendiger, hörbarer und fühlbarer, also erlebbarer Gemeinsamkeit – zwischen diesen extremen Polen der Solidaritätsarbeit sehen wir zur Zeit nur ein Meer noch anonym bleibender Menschen, die zwar nach ihren Bedürfnissen befragt werden wollen, aber den Mund verschließen, aus dem allein sich die neue Sprache und der Klang einer befreienden Zukunft bilden können. Ob wir zuhören können oder es auch noch lernen, ob wir unsere eigene Wahrnehmung so verändern, daß wir davon heute im Alltag – und nicht unbedingt in den großen politischen Kampagnen, die oft ihren eigenen Inhalt übertönen – schon etwas knistern hören, – davon wird abhängen, inwieweit Internationalismus seinen Namen wirklich verdient.

Wir wollen niemand schelten und uns nicht bußfertig ins Ritual der Selbstkritik zurückziehen. Im Gegenteil ergibt sich für uns aus dieser wohl noch länger offen bleibenden Frage die Notwendigkeit, die angefangene Arbeit fortzusetzen; freilich erst einmal nur mit der weiteren Herausgabe von Land und Freiheit, und zwar in der uns möglichen Form. Wir werden uns wie bislang, sogar noch verstärkt, darum bemühen, den weitgestreuten Kreis der LeserInnen – auch darunter gibt es viele noch verschlossene Münder – zu verbreitern, ohne aber an unserer grundsätzlichen Orientierung auch nur einen Deut zu ändern. Weiter werden wir Land und Freiheit vor allem als Informationsmittel für alle an der Solidaritätsarbeit Beteiligten begreifen und deshalb auch an dem Austausch und der Diskussion der verschiedenen Gruppen teilnehmen. Nur werden wir noch stärker als früher, bei uns wie bei anderen, darauf achten, daß wir von unserer eigenen Praxis hier ausgehen und darüber auch Auseinandersetzungen führen wollen. Gerade weil wir in der Solidaritätsarbeit deutlicher als befürchtet gesehen haben, wieweit die Niveaus von Bewegungen wie der zapatistischen und unserer auseinanderliegen, fangen wir bei unserer Praxis selber an.

Das gilt nicht zuletzt auch für Momente, in denen wir Vorbehalte und Kritik an den Zapatistas äußern. Von einer traditionellen Haltung der Nichteinmischung halten wir nichts; gerade die internationale Bedeutung des zapatistischen Aufstandes verpflichtet zur Kritik. Aber diese kann und darf nicht in Allgemein-

heiten revolutionstheoretischer Art steckenbleiben, sie muß im ersten Schritt eine selbstkritische Überprüfung der eigenen Maßstäbe einschließen. Wir sehen keinen Grund darin, die zapatistische Bewegung zu verherrlichen und die reale Rückständigkeit im Emanzipationsprozeß zu beschönigen. So macht ein zapatistisches Programm – wie das im Gesetz der Frauen – noch keine Befreiung von Herrschaftsverhältnissen aus; nur das praktische Verhalten zu den programmatischen Zielen ist das Kriterium der Bewertung. Selbstkritische Aussagen sind ebenfalls nichts-sagend, wenn nicht die dauernde Anstrengung sichtbar wird, die Grenzen des eigenen Verhaltens und Handelns zu überschreiten. Wir werden uns auch nicht damit begnügen, auf die objektiven Bedingungen zu verweisen, um die Unvermeidlichkeit von emanzipatorischen Rückschritten zu begründen. Objektive Bedingungen gibt es nur vor und nach der Anstrengung, sie zu verändern. Alles in allem kommen wir aber in fast allen kritischen Fragen zu dem Schluß – und damit zu der vorläufigen Bilanz – daß die Zapatistas sich genau in dieser Weise ihren Problemen stellen und daß sie genau dort, wo sich ihnen scheinbar unveränderbar objektive Handlungsgrenzen entgegenstellen, gesellschaftliche Kampf- und Kräfteverhältnisse thematisieren und jene zur Veränderung aufrufen, die dies auch können. Das gilt für die sozialen und politischen Oppositionsbewegung in Mexiko außerhalb Chiapas; und das gilt für den internationalen Zusammenhang.

Internationalismus heißt in dieser Situation nicht nur, daß wir die Aufrufe aus dem lakandonischen Urwald als Appell an unser eigenes Handeln verstehen. Es heißt auch, im selben Maße, wie wir unsere eigenen Möglichkeiten – hier, in dieser kapitalistischen Metropole – einschätzen und wahrnehmen können, Bewegungen wie den Zapatistas ein realistisches Bild von den sozialen Auseinandersetzungen und Kräfteverhältnissen hier zu vermitteln. Wir haben einige Zweifel daran, ob diejenigen Teile der Linken, die sich zeitweilig sehr aktiv an der Solidaritätsarbeit beteiligt haben, dieser Aufgabe gewachsen ist. Jedenfalls glauben wir nicht, daß die Zapatistas oder andere Befreiungsbewegungen auf Dauer ein klares Bild von den Verhältnissen in den kapitalistischen Metropolen gewinnen können, wenn sie sich auf Einschätzungen stützen müssen, in denen der konkrete Zusammenhang von Klassenkampf und Emanzipation nicht (mehr) hergestellt wird. ■

NS-Massenvernichtung, Antisemitismus und sozialer Antagonismus

**Einige Überlegungen und Thesen zu Zygmunt Baumann: Große Gärten,
kleine Gärten – Allosemismus: Vormodern, Modern, Postmodern**
(Kursiv gesetzte Zitate sind aus diesem Aufsatz)

Vorbemerkung:

Die sozialrevolutionäre, antileninistische Position, die am Prinzip der Aktion von unten festhält, wird von dem historischen und aktuellen Antisemitismus und verschiedensten Antisemitismus-Theorien am stärksten herausgefordert. Steckt in Antisemitismus ein fehlgeleiteter oder verkürzter Antikapitalismus? Ist Antisemitismus eine Ideologie im Sinne von »notwendig falschem Bewußtsein«, das unmittelbar aus der Basisform der bürgerlich-kapitalistisch vergesellschafteten Strukturen erwachsen muß – wie es bei Postones bekanntem Text »Die Logik des Antisemitismus« anklingt? Muß daher auf Grund des Fetischcharakters der Warengesellschaft jeder 'unbewußte' antikapitalistische Widerstand im verkürzten Antikapitalismus des antisemitischen Denkens enden?

Oder können wir es uns wie Eberhard Jungfer so einfach machen und verkünden: »über antikapitalistischen Inhalt des Antisemitismus nachzudenken hieße nur, selbst einer Propaganda aufzusitzen«?

Im Rahmen einer Freiburger Antisemitismus-Arbeitsgruppe entstand folgender Text, der lediglich dem Zusammenhang von ostjüdischer Migration und Antisemitismus nachgeht, aber auch den Zusammenhang von Produktivismus, kapitalen Bewußtseinsformen, Subjektkonstitution und Antisemitismus anreißen will. Die folgenden Überlegungen entstanden parallel zu der Lektüre von Zygmunt Baumanns Aufsatz »Große Gärten – kleine Gärten« ; es wird weniger auf den Text Baumanns eingegangen, sondern assoziativ vorgegangen. Der Text ist ein erster Beitrag in einer Reihe von »Frag-menten« zur Überprüfung des sozialrevolutionären Paradigmas. Eine Auseinandersetzung mit Postones Text »Die Logik des Antisemitismus« und dessen Rezeption ist in der Mache...

I. Zur soziologischen Sprache Baumanns Was ist »Vormoderne« und »Moderne«?

Baumann ist polnisch-englischer Soziologe. Er selbst ist der postmodernen Soziologie zuzurechnen. In seinem neusten Buch »Moderne und Ambivalenz.

Das Ende der Eindeutigkeit« will Zygmunt Baumann in der Postmoderne die Chance zur Überwindung der »Eindeutigkeit« die für moderne Herrschaftsformen konstitutiv ist (war?), entdecken. Ausschlußmechanismen, wie sie nur für die Moderne prägend gewesen sein sollen, seien der Postmoderne fremd. Ein merkwürdiger Optimismus, der jedoch Baumanns Verdienst, der ihm mit seinen Holocaust-Analysen zukommt, nicht schmälert.

Es ist wichtig, Baumanns soziologische Betrachtungsweise historisch zu unterfüttern. Auch verschleiern und irritieren Begrifflichkeiten wie »Moderne« oder »Postmoderne« mehr, als daß sie Erhellendes zur geschichtlichen Entwicklung und zur geschichtlichen Genese des Antisemitismus beitragen könnten. »Moderne« bezeichnet die Durchsetzung und Ausbreitung der kapitalistischen Produktionsweise. Die Gesellschaft(en) wurden funktional, der kapitalistischen Arbeitsteilung dienlich differenziert. Die ArbeiterInnen sollten – so sagte es die Ideologie – als »Freie und Gleiche« auf dem Markt ihre Ware Arbeitskraft verkaufen, dazu mußten die »vormodernen«, feudalen Abhängigkeitsverhältnisse zertrümmert werden. Agrarische Subsistenzwirtschaften wurden aufgelöst, um ArbeiterInnen freizusetzen und für die Arbeit in den Manufakturen und Fabriken zu gewinnen.

Der Kapitalismus als sämtliche Lebensbereiche durchziehende und prägende Vergesellschaftungsform fand allerdings seinen Durchbruch erst Anfang des 20. Jahrhunderts im Fordismus. Hier hat Auschwitz auch seinen historischen Ort; von hier aus sollte sich dem Phänomen Antisemitismus genähert werden. Das Zusammenrühren der antisemitischen Hep-Hep-Krawalle von 1819, der Judenverfolgung in Baden 1848 mit dem Holocaust unter dem Stichwort »Antisemitismus in der Moderne« macht daher wenig Sinn.

Der Kapitalismus mit seinem Zwang zur eigenen Reproduktion über den Verkauf der Ware Arbeitskraft produziert Ideologie als »notwendig falsches Bewußtsein« (Marx). Doch die oftmals daraus abgeleitete Totalität der kapitalistischen Vergesellschaftung ist ihrerseits zu totalitär und systemtheoretisch gedacht, denn die Ideologie der (Fabrik)arbeit mußte erst durchgesetzt werden. Erst mit neuen Organisationsformen der Arbeit, die in den ersten 20 Jahren des 20. Jahrhunderts sich entwickelten, konnte die Widerständigkeit des »Nicht-Werts« (Tronti) der Arbeiter-BäuerInnen eingehegt werden. Die Auseinandersetzung mit dem »Ludditentum«, der Maschinenstürmerei, bereits im 18. und 19. Jahrhundert steht paradigmatisch für den Kampf zwischen Arbeiterautonomie und Maschinendiktatur der kapitalistischen Arbeit. Eine weitgehend außerhalb des Kapitalverhältnisses sich befindende und über den Zusammenstoß mit den Verwertungsimperativen des Kapitals sich in ihrem konservativen Gehalt auflösende »moral economy«, die zu einem revolutionären Moment wurde, sollte im Krieg der Stechuhren, Fließbänder und Werkpolizei endgültig erst Anfang des 20. Jahrhunderts besiegt werden.

Daß Vergesellschaftung nur als kapitalistische Vergesellschaftung gedacht wurde, mußte also erst mit der Zerschlagung proletarischer, aber auch radikalierter bäuerlicher Zusammenhänge, die sich dem kapitalistischen Arbeitsdiktat verweigerten, freigezogen werden. Im Zuge der fortsetzenden Kapitaldurchdringung und Festsetzung der Verwertungslogik in den Köpfen lösten so disparate Gesellschaftungsformen nicht nur Xenophobie aus, sondern auch missionarischen Eifer oder glühenden Hass auf diese (Re)produktions- und Lebensweisen. Daher machen auch Kategorien wie »Rationalität« und »Irrationalität« wenig Sinn, um sich antisemitische Handlungen erklären zu wollen. Sie sind in ihrem Hass völlig irrational, folgen allerdings sehr rational den kapitalistischen Verwertungsimperativen. Selbst in ihrer »antikapitalistischen« Rhetorik folgen sie der aus den kapitalen Verhältnissen resultierenden Hypostasierung der 'konkreten Arbeit'. (vgl. Postone – Logik des Antisemitismus)

Wo die Kategorie »Wert« die einzige bestimmende Größe der Vergesellschaftung werden sollte, mußte definiert werden, was »un-wert« ist: *»Die Produktion von Ordnung hat ihren Sondermüll, alle Klassifikation läßt etwas übrig, was sich der sakrosankten Trennung zwischen den Klassen entzieht, kein Füllmaterial ist fein und komplex genug, um ohne Querverweise und eine umfangreiche Abteilung 'Diverses' auszukommen, die dem Ordnungssystem spottet.«* Neben der Arbeiterklasse des Kapitals, deren Internationalität auf Grund kolonialistischer und imperialistischer Gefälle die Grundlage entzogen wurde, und 'deren' »Arbeitgeber«, der im gleichen nationalen Boot sitzen sollte, stand das »Unproduktive«: Der »raffende«, und eben nicht »schaffende« Spekulant und Wucherer, der im antisemitischen Denken des NS als »jüdisches Finanzkapital« wieder auftauchte. Auf der anderen Seite wurden der leistungsverweigernde »Asoziale« und der ostjüdische »Luftmensch« zum Gegenentwurf der völkischen Konzeption der produktivistischen NS-Gesellschaft.

II. Die »gärtnerische Logik« im Kampf gegen die Un-Ordnung

Zygmunt Baumann spricht von *Allosemitismus*, er findet den Begriff des Antisemitismus zu eng gefasst. Der Haß auf das Andersartige, die *»Ambivalenz gegenüber dem Anderen, dem Fremden – und konsequenterweise dem Juden als der radikalsten Verkörperung, der Essenz des letzteren«* sieht er in Zusammenhang mit dem Projekt der Moderne. Die Moderne wiederum ist für Baumann geprägt von dem *»gärtnerischen Blick«* auf die Gesellschaft, dem ordnenden und strukturierenden Blick auf die Gesellschaft, bei dem das »Nicht-Passende« wie Unkraut beseitigt gehört:

»Das Zeitalter der Moderne ist (...) als ein ›Zeitalter des Gartens‹ interpretierbar – eine Zeit in der die Gesellschaft wie ein Garten behandelt wird,

der Design und Kultivation benötigt; und wie jeder Gärtner weiß, ist unverzichtbarer Teil der Kultivation das Unkrautjäten; der Schutz von Pflanzen, die in die Gestaltung hineinpassen vor solchen, bei denen das nicht der Fall ist. Wenn Gesellschaft zu einem Garten wird, dann nimmt die Idee vom unwerten Leben in jedem Gesellschaftsentwurf zwangsläufig so viel Platz ein, wie die Notwendigkeit der Bekämpfung von Unkraut und Parasiten in jedem guten Gartenhandbuch ausmacht.«

Leider verzichtet Zygmunt Baumann darauf, diese biotopischen und landschaftsgärtnerischen Analogien auf die Geschichte des Kapitalismus, also auf die Geschichte der Mehrwertabpressung, zu beziehen:

Am Anfang der Welt stand angeblich der Biß Adams in den Apfel – schenken wir der Bibel Glauben, am Anfang des Kapitalismus stand die ursprüngliche Akkumulation (von Kapital) - schenken wir Marx, Bd. 23, Das Kapital I. S. 741ff., Glauben. Dieser gewalttätige Aneignungsprozeß von Boden und Arbeit, um ersteinmal Kapital zur Verfügung zu haben, war nur der Auftakt einer Gewalt und Gewaltförmigkeit, die seither den Kapitalismus begleitet und für die Profite der Herren der kapitalistischen Akkumulation sorgen sollte.¹ Entgegen der liberalistischen Ideologie, eine »invisible hand« würde den Markt ganz von alleine regulieren (Adam Smith), fanden die Herren der kapitalistische Akkumulation sehr schnell heraus, daß der Markt allein kein Quäntchen an Rendite bringt. Die offensichtlich falsche Vorstellung von Kapitalismus als »Marktwirtschaft« zeigte sich am deutlichsten im Fordismus-Taylorismus:

¹ Bei Marx selbst ist dies nicht herauszulesen, es scheint so, als stelle für Marx die ursprüngliche Akkumulation eine einmalige Angelegenheit dar. Doch auf dem Hintergrund der feministischen Reproduktionskritik, wonach gewaltsam Werte in der Hausarbeit geschöpft werden, was auch ein Fundament der Reproduktion der kapitalistischen Produktion darstellt, auf dem Hintergrund des direkten Wertraub im Trikont und der new enclosure und der aktuellen Funktion des Bandenwesens und von Mafiastrukturen im Kapitalismus scheint diese gewaltsame Aneignung von Werten keinesfalls abgeschlossen. Der Kapitalismus war in diesem Sinne nie »Marktwirtschaft«. Es müsste auch endlich aufgeräumt werden mit der falschen (leninistischen) Vorstellung, die Anarchie des Marktes müsse durch die Planung der Gesellschaft durch den Staat aufgehoben werden, wodurch auch die rationelle Planung in der Fabrik zum positiven Leitbild der sozialistischen Gesellschaft in der SU wurde.

Die Behauptung einer Marktwirtschaft, in der die doppelt Freien 'frank und frei' aufeinandertreffen, und einer Selbstverwertung des Werts, in der der Staat »Freiheit und Gleichheit« garantieren soll, wie es in den Analysen der »Wertkritiker« (neue bahamas, Initiative Sozialistisches Forum) öfters anklingt, ist ebenfalls Humbug und bloßes Spiegelbild der klassischen und neo-klassischen Vorstellung einer 'unsichtbaren Hand', die den Markt reguliere.

Anfang des 20. Jahrhunderts setzte sich in den USA, Deutschland aber auch Rußland dieses Denken des Planens und Formierens der kapitalistischen Gesellschaft soweit durch, perfektionierte und modernisierte sich, daß die Zurichtung von Gesellschaft nach Anforderungen des Kapitals nicht nur zur wissenschaftlichen Aufgabe wurde, sondern eine regelrechte Effizienz- und Planungshysterie um sich griff. Die wissenschaftliche Betriebsführung, das sogenannte Taylor-Prinzip sollte das »Humankapital«, also die ArbeiterInnen, zum effizienten und profitablen Arbeiten bringen. Nicht nur die Fabriken wurden mit Fließbändern ausgestattet, an denen mathematisch genau berechnete Greif- und Drehbewegungen der ArbeiterInnen die Entfremdung in der Produktion auf ihre Spitze trieben, sondern die Durchrationalisierung ging bis zur Gestaltung kontrollierter Wohngebieten. Psychiatrisierung »abweichenden Verhaltens« und soziale Hygiene und Kontrolle des Sexualverhaltens sollte die Gesellschaft nach Verwertungsinteressen durchrationalisieren. Auffallend ist der sprunghafte Anstieg rassistischen und antisemitischen Denkens und »zivilisatorisch« legitimierten imperialistischen Zugriffsversuchen auf die »rückständigen« und »barbarischen« Elemente, der diese Entwicklung begleitete.

An dem System der totalen (Arbeits- und Gesellschafts)Kontrolle fanden natürlich gerade auch die Bolschewisten großen Gefallen. Der Zusammenhang des Antisemitismus unter Stalin und dem Fabrik- und Effizienzterror in der SU müßte einer genaueren Bearbeitung vorbehalten sein. Die »gärtnerische Logik« erfuhr im Kasernensozialismus des Stalinismus eine Radikalisierung, die ja in der Tat große Ähnlichkeit mit dem Nationalsozialismus aufweist.²

III. nationale Arbeiterklasse, »Luftmenschen«, Intergration und Klassenkampf

Nach 1870 waren die Grenzen westeuropäischer Staaten für alle Proletarier offen, gerade die osteuropäische jüdische Massenarmut drängt in die Staaten Westeuropas. Capitalistic business as usual: sie sollten mit den einheimischen ArbeiterInnen konkurrieren – und damit auch deren erkämpfte Standards unterhöhlen. Doch der kapitalistischen Handhabung der Einwanderung stand die

² Das hat nichts mit »Totalitarismustheorie« zu tun. Diese ist Ausdruck des neu-deutschen Anspruchs auf Weltgeltung mittels Einreihung & Entsorgung der Vergangenheit und versucht gerade über das rassistische Diktum von »Auschwitz als asiatische Tat« (Nolte) den immanenten Zusammenhang von Staatlichkeit, Nation, »sozialistischer«, »nationalsozialistischer« oder »sozialstaatlicher« Vergesellschaftung im Sinne der Verwertungsansprüche zu leugnen.

Furcht der Kapitalisten entgegen, die die nationale Arbeiterklasse revolutionär »aufgemischt« sahen durch die oftmals politischen MigrantInnen. Die mit der Migration verbundene technische Neuzusammensetzung der Arbeiterklasse brachte auch immer eine politisch-kämpferische Neuzusammensetzung der Klasse mit sich. Mit den massenverelendeten jüdischen Wander-Proletariern zirkulierten auch Kampferfahrungen. »Die Nationen fühlen gegenüber den Juden die gleiche Animosität, die das Mehl gegenüber der Hefe spürt, die es davon abhält, zur Ruhe zu kommen.« Gerade die jüdischen »Luftmenschen«, die EinwandererInnen, die das Bild eines internationalen, flexiblen und oftmals politisierten Proletariats verkörperten, standen der Integration der ArbeiterInnen in die jeweiligen Nationen entgegen.³

»Allgemein gesprochen war das 19. Jahrhundert das der 'proletarischen Massenmigration' (Ferenczi); Migration war in Zentraleuropa willkommener Export des Pauperismus und die Migranten fanden Nachfrage in neuen Regionen kapitalistischer Entwicklung. Mit dem ersten Weltkrieg und mit der Wende zum national organisierten Kapitalismus und verschärft durch die Freisetzung infolge der Weltwirtschaftskrise von 1929 wurden die Migranten zu Flüchtlingen.« (E.Jungfer – Aktualität des Antisemitismus) Und die Juden galten als die klassischen Flüchtlinge: »In der mobilen Welt waren die Juden noch mobiler als alle anderen, in der Welt der Grenzerstörungen durchbrachen sie die meisten Grenzen...« Aber auch die integrierte, nationale Arbeiterklasse wehrte sich gegen diese immigrierende Konkurrenz. Die Zeit des Kampfes und der Revolution war für die national eingehetzte Klasse zu Ende:

»Nach dem Abflauen der revolutionären Wogen waren alle Bedingungen beisammen für die Entstehung eines massenhaften Antisemitismus in den entwickelten Nationen, polarisiert von einer nationalistischen extremen Rechten, die einen wichtigen Teil der einheimischen Arbeiterklasse mit sich riß. Das Urbild des »Juden« als Wucherer und Ausbeuter wurde wiederbelebt und in allen Tonlagen gesungen. damit wollte man die einheimischen

³ Im übrigen wurden auch die jüdischen Massen aus Osteuropa von der jüdischen Bourgeoisie als eine reale Gefahr für ihre Integration angesehen. Die Überschwemmungsszenarien für den westlichen Teil Europas wurde von ihnen nicht minder bedrohlich an die Wand gemalt wie mit konkreten Vorschlägen, die von Auswanderung bis Deportation reichten, verbunden. Auf diesem Hintergrund wäre auch die damit immer lauter werdenden zionistische(n) Idee(n) der Staatsgründung im entfernten Palästina zu diskutieren. Die sozialistisch-zionistischen Vorstellungen wären dagegen auf dem Hintergrund der am Arbeiter-Antisemitismus zerschmetterten Klasseneinheit und der Transformation *jüdischer sozialistischer Bestrebungen in ein nationales-kolonialistisches Projekt zu diskutieren. Feststehen sollte allerdings: wer über Antisemitismus und die NS-Vernichtungspolitik nicht reden will, sollte auch über den Zionismus den Mund halten.*

Arbeiter davon überzeugen, daß die Einwanderer, *weil sie Juden waren*, nichts mit dem (nationalen) Proletariat zu tun hätten, und so die Gefahr der revolutionären Ansteckung neutralisierten. In der Verschärfung der Krise 1929 radikalisierte sich dieser Arbeiter-Antisemitismus. Ein Teil der Arbeiterklasse klammerte sich in seiner bedrohlichen Lage verzweifelt an die Zugehörigkeit zur Nation und wies die Vorstellung von einem internationalen Proletariat immer stärker von sich. Die Verschärfung der Arbeitslosigkeit machte aus den neu gekommenen Proletariern Konkurrenten, die es zu beseitigen galt.« (Le Brice-Glace, Frühjahr 89, aus: TheKla 14)

IV. »Der Jude« als revolutionäre Bedrohung

In persona sind die Juden und Jüdinnen, die sich aktiv als RevolutionärInnen betätigten, heute noch bekannt. Rosa Luxemburg und Leo Jogiches, der an der Spitze der Berliner Kommune stand, Eugen Levine an der Spitze der bayerischen Räterepublik, Karl Radek, aber auch Namen wie Trotzki, Kamenew, Sinowjew, Litwinow, Isaac Deutscher...

Doch diese personenfixierte Geschichtsschreibung ist so falsch, wie sie auch das Bild vom Juden als revolutionäre Drohung nicht zu fassen vermag. Die Geschichte geht weit zurück:

»Die frühe und klassische Moderne war die Zeit der *classes dangereux*, des *vagabundierenden Pöbels*...«, zu diesem vagabundierenden Pöbel müssen auch die Juden selbst dazugezählt werden. In den deutschen Einzelstaaten gehörten um 1780 fast neuen Zehntel der deutschen Juden den in völliger Armut lebenden Marginal- und Unterschichten an. Hier lebte das alte Stereotyp des »dreckigen Juden« wieder auf.

»Die sehr große Zahl der völlig verarmten Juden, die als Hausierer und Trödler von Ort zu Ort zogen, vertiefte alte Vorurteile und brachte neue hervor. Zum einen galt der Wanderhandel als unehrenhaftes Gewerbe, von dem viele Verbindungslinien zum Räuber- und Vagantentum führten. Die Nähe zu diesem sozialen Milieu brachte die jüdische Bevölkerung insgesamt in Verruf.« (Helmut Bering – *Moderner Antisemitismus in Deutschland*)

Überblickt man allerdings die Gesamtentwicklung in Deutschland von 1780 bis 1870 so ist festzustellen, daß die breite jüdische Unterschicht fast vollständig verschwand.

»Die Juden waren die sozial Schwachen, die aufstiegen und mobilisierten darum bei den Oberen die Furcht des Abstiegs, versinnbildlichten, daß die Welt sich nicht nur drehte, sondern sich weiterhin auf den Kopf stellte – eine Welt, in der nichts Bestand hat und in welcher auf nichts Verlaß ist.« Dies geht zurück auf die Ergebnisse der Judenemanzipation und diese Haltung lebte im Zuge

der Krisenerscheinungen um 1929 wieder auf. Hinzu kam dabei noch die Einwanderung von verarmten Ostjuden, die allerdings in keinster Weise dem Bild des Aufsteigers gerecht wurden: Die Ostjuden aus Polen, Rumänien und Rußland waren – völlig verarmt und im Gegensatz zu den meisten Juden in Deutschland subproletarisiert – zur Migration gezwungen. »Man schätzt, daß zwischen 1880 und 1914 nahezu 3.500.000 (Juden) aus diesem Teil Europas (Rußland, Rumänien und Galizien) geflohen sind. (...) Die Zahl der Juden verringerte sich deshalb aber nicht, sondern das Gegenteil war der Fall.« (Eli Löbel – Juden und Palästina) Gerade während der Weimarer Republik »strömte« (um rassistisch zu sprechen) eine riesige Zahl osteuropäischer subproletarischer Juden nach Deutschland. Sie setzen sich »zu einem großen Teil aus zweifelhaften und verzweifelten Elementen zusammen« (So die Wahrnehmung eines führenden Nazis: H.Schacht, Präsident der Reichsbank unter Hitler, in seinen Memoiren). Diese schläfenlocken-tragenden und kaftanbehangenen Fremden, die beispielsweise auch in Wien strandeten, hatten sicherlich in Hitlers Wiener Zeit eine nicht unwesentliche Bedeutung für seine Entwicklung zum leidenschaftlichen Antisemiten.

V. Antisemitismus als konformistische Rebellion und unterwerfende Subjektkonsitution

So richtig es ist, dem Zusammenhang von Migration und Rassismus bzw. Antisemitismus nachzugehen, so wenig darf aber ignoriert werden, daß Antisemitismus oft eben nicht aufgrund realer Erfahrungen mit Juden entsteht. Ebenso ist ein Antisemitismus ohne Juden denkbar, denn der Antisemit schafft »den Juden«.

Die Juden waren historisch überall in Europa die Vermittler zwischen oben und unten, die Sündenbockfunktion der Juden war Jahrhunderte alt. Sie anzugreifen war eine konformistische Revolte, die nicht die Herrschafts- und Ausbeutungsmechanismen als solche in Frage stellte, sondern eine Form des Dialogs zwischen ganz unten und ganz oben darstellte. »*Etwas gegen die Juden zu unternehmen, war nicht nur ein Versuch die Welt wieder angenehm einheitlich zu machen, sondern ein Versuch, die Ungewißheit, Undurchsichtigkeit und Unkontrollierbarkeit der Welt zu bekämpfen.*«

Wenn diese Unkontrollierbarkeit bekämpft wird, so wird wegen der »Angst vor den Frösten der Freiheit«, die kontrollierte Ausbeutungsordnung, die Geborgenheit in der Unterwerfung gesucht.

Das als abstrakt empfundene Kapitalverhältnis hat die Suche nach Identität zur Folge. Eindeutigkeiten lassen sich nur mittels Ab- und Ausgrenzung erlangen. »*Es ist schwierig, Ambivalenz zu bekämpfen und fast unmöglich, den Krieg gegen sie zu gewinnen; man sieht sich schwer auszurechnenden und gerissenen*

Guerilla-Einheiten gegenüber, statt einer Frontlinie, entlang der man die eigenen Kräfte einsetzt oder den Feind ausmachen kann, um ihn auszubomben.« Der soldatische Mann fürchtet das Chaos, die ungeordnete Masse und die 'rote Frau' – er versucht sich einzureihen in Formationen (Truppen, geregelte Aufmärsche, die gleichgeschaltete Masse), in der Manneszucht herrscht. Auf diesem Hintergrund ermordeten und mißhandelten die Freikorpstruppen Rosa Luxemburg nicht nur weil sie Kommunistin war, sondern sie wurde als Kommunistin, Jüdin und Frau ermordet.

Ezra Pounds – von Baumann angeführter – Vergleich der Juden mit »Schleim« und »Morast« ruft die Ähnlichkeit zu dem patriarchalen Abgrenzungsmechanismus, den Theweleit in den »Männerphantasien« herausgearbeitet hat, in den Sinn. Ich denke, daß im Rassismus, in patriarchalen Abgrenzungs- und Machtmechanismen und Antisemitismus ähnliche Momente der Subjektkonstitution im krisenhaften Kapitalismus zum tragen kommen.

Die Frage auszuklammern, warum sich auch viele Arbeiter – unter denen der Antisemitismus bei weitem nicht in der Weise Fuß fassen konnte, wie in sämtlichen anderen Schichten – auf den Antisemitismus einschwören ließen, bedeutet die Augen vor der »Vervolksgemeinschaftlichung« der deutschen Klassengesellschaft im NS zu verschließen. Welche Mechanismen und Strategien führten zu dem Wegschauen bis Akzeptieren und Mittragen der Vernichtungspolitik gegen die Juden?

Hier kommt die Subjektconstitution des deutschen Arbeiters zum »Vorarbeiter der Welt« zum tragen. Mit Subjektconstitution ist eine Strategie gemeint, sich selbst eine Identität in Abgrenzung zu »dem Anderen« zu verpassen und über die Abwertung des »Anderen« sich selbst aufzuwerten. Nicht nur psychologisch, sondern vor allem auch gesellschaftlich gegenüber dem Souverän. Ohne Staat und Nation ist diese Subjektconstitution zum »Deutschen« nicht zu denken.

Diese Selbstfindung steht allerdings immer unter einem 'produktiven' Vorzeichen: War der kommunistische Spruch »Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen« ursprünglich gegen die Bourgeoisie gerichtet, so barg er doch schon in sich die Tendenz zum Produktivismus und Antisemitismus, der sich im Nationalsozialismus gegen das leistungsverweigernde »Lumpenproletariat« richtete und der sich im NS mit der Tradition der Kriminalbiologie und der rassistischen Verfolgungspraxis gegen »Zigeuner« und »Asoziale« verband. Die andere Seite der Ausgrenzungs- und Vernichtungspolitik war die Integration der »arischen« Arbeiterklasse, nachdem die klassenbewußten Arbeiteravangarden und die »Leistungsverweigerer« vernichtet wurden.

Der deutsche Arbeiter wußte (und weiß es nachwievor auf Grund des sekundären Antisemitismus und der gesellschaftlich-sozialpsychologischen Folgen von Auschwitz, weil der Massenmord und die NS-Politik der rassistischen Selektion

und Integration nie revolutionär geahndet wurden) seine Arbeitskraft gegenüber dem Staat (als ideellem Gesamtkapitalisten) durch die Konstruktion des »Juden« als »unproduktiv« und »raffend« anzudienen. Ebenso wie er sich durch die gewaltsame Zurückdrängung der Frau in die Hausarbeit und die biologistisch hergeleitete Klassifizierung des »Ausländers« als »faul« aufzuwerten weiß. Das ist der immanente Zusammenhang von Produktivismus und Ausschlußmechanismen wie Antisemitismus/Rassismus/Sexismus im Medium der Staatlichkeit.

h.

Liebe Arbeiterinnen und Arbeiter:



Liebe Unternehmer, Politiker und Gewerkschaftsbürokraten:



Kämpfen lohnt sich! Streik weltweit!